



MAGAZIN
FÜR JUNGE
LEUTE

elam

D 2835 E

Dezember 68 / Januar 69
6 Frankfurt/M 1

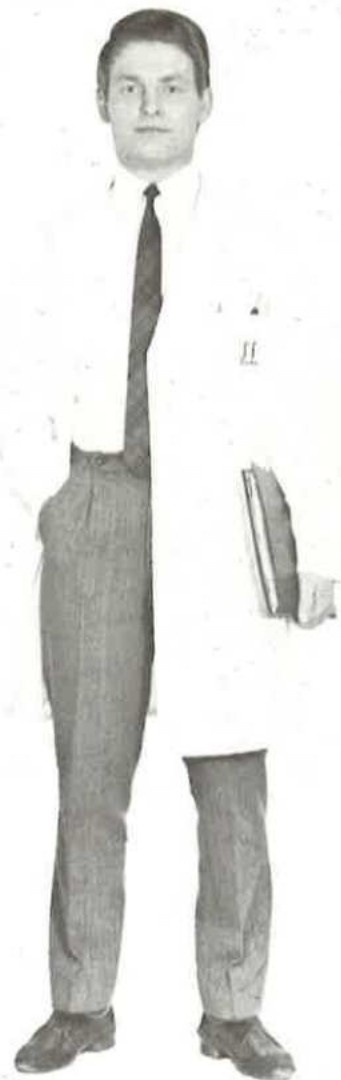
Doppelheft DM 2,-

**Lehrlinge
werden
wild**

**Ku Klux Klan
im
Weissen Haus**

**Kommen
die
Roboter?**





Das ist Ingenieur Rank

Zuverlässig,
gewissenhaft,
erfolgreich.

Vor zehn Jahren entschloß er sich, bei „TT-Zeuke“ als technischer Zeichner anzufangen. Vor zehn Jahren entschloß sich „TT-Zeuke“, die erste Modell-Lok und zwei Wagen in die Serienproduktion zu geben. Beide Entscheidungen waren voneinander unabhängig und hatten nur eines gemeinsam: das Vertrauen zur eigenen Leistungsfähigkeit und den Optimismus der Jugend.

Aus den ersten Anfängen wurde eine Weltmarktproduktion, aus einer Lokomotive und zwei Wagen wurde ein großes Sortiment, aus 45 Mitarbeitern wurden 750. Mit der Umsatzkurve stiegen die Verantwortung, das Können und der Erfolg des ehemaligen technischen Zeichners und heutigen Ingenieurs Rank. Er wurde einer der bewährten Ingenieure, Konstrukteure und Techniker des Werkes. Einer der besten. Der Betrieb prägte seine Entwicklung und er prägte das Bild seines Betriebes: Zuverlässig, gewissenhaft, erfolgreich.

(Generalvertrieb: R. Schreiber, 851 Fürth, Keplerstr. 8—10; Versandhandel: E. Succow, 4053 Süchteln, Hochstr. 129)

Qualitätserzeugnisse  aus der DDR

Lehrlinge werden wild	5	So wird man Werkschützer	20	Ku Klux Klan im Weißen Haus?	59	Kurzgeschichte	69
Neujahrs-Preisausschreiben	12	Die Ohrfeige	23	Kommen die Roboter?	63	Briefkasten	72
Bundestagswahl: Die Alternative	15	Interview mit Vu Quang	25	Test: Bin ich normal?	67	Songmagazin	78
		Kommunisten im Kreuzverhör	31			Leserbriefe	81
		Olympiade im Niemandsland	34				
		Ich war in Sibirien	56				

INHALT

Ku Klux Klan im Weißen Haus?



Test: Bin ich normal?



Neujahrs-Preisausschreiben



Interview mit Vu Quang



Lehrlinge werden wild

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann,
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Brüderweg 16
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
6104 Jugenheim a. d. B.
Aisbacher Straße 65

DORTMUNDER BÜRO
46 Dortmund
Brüderweg 16
Tel. 57 20 10

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer
Jahresabonnement DM 10,-
zuzügl. Zustellgebühr

KONTEN
Weltkreisverlag
Deutsche Bank Darmstadt
Kto.-Nr. 290 221
Postscheckkto. Frankfurt/M.
Kto.-Nr. 2032 90

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stg.
/ CSSR 2 Kr. / DÄNEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 ffrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT



Lieber Leser,

„Lohnstopp!“ — Das Wort ging dem Unternehmervertreter glatt von der Zunge, als ihn ein WDR-Reporter interviewte. Das Interview entstand nach der Bonner Zehner-Konferenz der Finanzminister und Notenbank-Gouverneure. Kommende Lohnverhandlungen stünden unter einem stärkeren Druck, meinte der Mann, und ein Lohnstopp sei wünschenswert. Die anderen Branchensprecher stießen ins gleiche Horn. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, lautete ihre Drohung: Wenn die Arbeiter bei den Lohnforderungen nicht kurz träten, dann seien die Arbeitsplätze in verschiedenen Industriezweigen akut gefährdet.

Bonn wurde bei der erwähnten Zehnerkonferenz zur Kasse gebeten. Es ging nicht nur um die Sanierung des französischen Franc. Zur Debatte stand die Krise, in welche die bisherigen westlichen Leitwährungen geraten sind.

Die galoppierende Schwindsucht, die den Franc auszehrt, erinnerte an die Krise des US-Dollar, die 1965 zu einer „Flucht ins Gold“ führte. Damals wertete die „New York Times“ die Flucht aus dem Dollar als ein „ungeheures Mißtrauen gegenüber den von den mächtigsten und reichsten Nationen der westlichen Welt angewandten Methoden, ihre wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten zu betreiben. Die meisten Goldhamster wollten sich gegen die Politik ihrer Regierungen und deren Folgen schützen.“

Tatsächlich war es die Politik der Regierungen, die den Dollar, das Pfund und den Franc zur Auszehrung verurteilte:

— der Dollar krankt an der jahrelangen Aggression gegen Vietnam — Kosten pro Tag: 69 Millionen Dollar — und an der fehlenden Bereitschaft der US-Regierung, den unerhört kostspieligen Rüstungswettlauf einzuschränken;

— das britische Pfund siecht dahin, weil England den Verlust seines kolonialen Weltreiches nicht verkräftete und der militärischen Aufrüstung den Vorzug vor der sozialen gab;

— die Hauptschuld an der Misere des Franc tragen sowohl der Wegfall der kolonialen Höchstprofite als auch de Gaulles atomarer Ehrgeiz (Force de frappe).

Im Kampf um den kleiner gewordenen kapitalistischen Weltmarkt half Bonn den Unternehmern seit Jahren durch kräftige Finanzspritzen. Die Große Koalition ließ sich

ihre beiden Investitionsprogramme runde 7,5 Milliarden Mark kosten. Sie sorgte gleichzeitig in der konzertierten Aktion durch einen quasi-Lohnstopp für „Ruhe im Hinterland“. Gewerkschaften, die auf die Durchsetzung einer aktiven Lohnpolitik verzichteten, halfen — gewollt oder ungewollt — beim Ausbau der Vormachtstellung westdeutschen Monopolkapitals im internationalen Maßstab.

So wurde die Bundesrepublik in der Rangordnung der kapitalistischen Staaten wirtschaftlich zu einem Riesen, und Franz Josef Strauß dekretierte, es sei nicht angängig, einen wirtschaftlichen Riesen als politischen Zwerg zu behandeln.

Auf dem Höhepunkt der Krise wurde Bonn zur Kasse gebeten. Bonn zahlte — nicht aus barmherziger Nächstenliebe, sondern mit dem Ziel, seinen politischen Einfluß zu vergrößern. Die britische „Times“ kommentierte diese Hintergedanken mit den Worten: „Die Bundesrepublik ist jetzt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch Nummer 1 in Europa.“

Die von den Verbündeten geforderte Aufwertung der DM wurde nicht offiziell, sondern unter der Hand vollzogen. Die Folge: Die exportabhängige Großindustrie hat Absatzschwierigkeiten; sie sieht sich gleichzeitig auf den eigenen Märkten einer härteren — weil durch Steuersenkung begünstigten — Auslandskonkurrenz gegenüber.

Wer zahlt die Rechnung für Bonns Versuch, wirtschaftliche Zugeständnisse für politischen Einfluß einzutauschen? Die ersten Reaktionen aus dem Unternehmerlager lassen keinen Zweifel daran, daß diese Rechnung in einer konzertierten Aktion an die arbeitende Bevölkerung weitergereicht werden soll. Mit dem Buhmann Arbeitslosigkeit möchte man sie davon abhalten, höhere Löhne und Gehälter zu fordern. Wie bei der Rezession 1966 soll der kleine Mann zur Kasse gebeten werden.

Ein gefährlicher Kurs. Denn: Ein Absinken der Kaufkraft könnte sehr schnell dazu führen, eine neue Wirtschaftskrise zu importieren.

Notwendig ist jetzt die „Stärkung der Massenkaufkraft“ (DGB-Nachrichten-Dienst), denn nur „Dickere Lohntüten sichern den Aufschwung“ (Westfälische Rundschau). Unsere Forderung, die wir im neuen Jahr nachdrücklich und kämpferisch vertreten sollten, müßte heißen: Schnallt den Gürtel enger — beim Rüstungsetat und bei den Unternehmern!

Wir stehen vor harten Auseinandersetzungen, und wir tun gut daran, uns schon jetzt darauf einzustellen.

In diesem Sinne wünsche ich — auch im Namen unserer Herausgeber, des Verlages und der Redaktion — ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Herzlich Ihr

K. H. Reichel

KARL HUBERT REICHEL

LEHRLINGE IN AKTION

Von Hans-Jörg Hennecke
Freitag, 8. Nov. 1968,
18.00 Uhr.
Ort der Handlung:
Hamburg, U-Bahn-
station Baumwall.
Fünfhundert Hamburger
Lehrlinge und
Jungarbeiter —
darunter Mitglieder der
Gewerkschaftsjugend
und der SDAJ —
formieren sich zur
Demonstration. Zum
ersten Mal gehen
junge Arbeiter auf die
Straße, um ihre
Forderungen nach
einem fortschrittlichen
Berufsausbildungs-
gesetz zu vertreten.





Folklore aus aller Welt

Folksong Selection
mit Pete Seeger, Cisco Houston
Leadbelly, Ella Jenkins, Mary Lou
Williams und anderen
30 cm LP DM 22,-
Bestell-Nr. FMX-SP-1601

Vietnamesische Lieder
17 cm DM 9,-
Bestell-Nr. LDY-4046

Lieder und Tänze Jugoslawiens
1. aus Serbien und Kroatien
Bestell-Nr. LDY-4121
2. aus Mazedonien
Bestell-Nr. LDY-4132
jeweils 17 cm DM 9,-

Lieder von Mikis Theodorakis
30 cm DM 19,-
Bestell-Nr. LDX-s-4327

Lieder und Tänze Lateinamerikas
25 cm DM 15,-
Bestell-Nr. LD-S-4208

Western Story
dargeboten von Pete Seeger



Alleinvertrieb für die
Bundesrepublik Deutschland



Weltkreisverlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Bestellungen oder Prospekte
über jede gute Plattenhandlung
oder direkt vom Weltkreisverlag

Lehrlinge in Aktion

Über den Neuen Wall und Jungfernstieg zieht die Demonstration in Richtung Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof. Durch die Mönckebergstraße hallen Sprechchöre: „Bildung ist kein Ungeheuer, nur den Bossen viel zu teuer.“ Und an die Adresse des Bundestages gerichtet: „In der Rüstung sind sie fix, für die Bildung tun sie nichts.“ Neben roten Fahnen und Marx-Porträts tragen die Demonstranten auf einer Unzahl von Transparenten ihre Forderungen durch die belebten Straßen. „Wir fordern Mitbestimmung in der Berufsausbildung.“ „Das Übel an der Wurzel packen, alle Großkonzerne knacken.“ Seit 50 Jahren besteht die Forderung nach einem Berufsausbildungsgesetz. Seit 50 Jahren werden Lehrlinge und Jungarbeiter verdrängt. Seit 50 Jahren hintertreiben Unternehmer systematisch die Schaffung eines Gesetzes. Ergebnis: gesetzliche Grundlage für die Berufsausbildung ist auch heute noch die Gewerbeordnung von 1869! Dort heißt es u. a.: „Der Lehrling hat sich der Zucht und Ordnung des Lehrherrn zu unterwerfen.“

Lehrling 68 — Der Idiot von morgen

Darauf sind die Lehrlinge sauer: auf die Aufrechterhaltung diktatorischer Prinzipien in Berufsausbildung und Betrieb, auf die Verschleppungstaktik von Unternehmern und Parlament. Denn Lehrlinge und Jungarbeiter sind es, die die Zechen für die Bildungsmisere zahlen müssen.

„Lehrling 1968 — der Idiot von morgen.“ „Bonn begeht Mord an unserer Zukunft.“ „Ausbildung ja — Ausbeutung nein.“ „Weiß in Bonn das Parlament, was uns auf den Nägeln brennt?“ „Wir fordern ein einheitliches Berufsausbildungsgesetz.“ Das sind weitere Slogans der Demonstranten.

Die Forderungen kommen an, sie werden von den Straßenpassanten beachtet. Was nicht ankommt ist die seltsame Aktivität einer Handvoll linksradikaler SDS-ler. Das Dutzend „Antiautoritärer“ im Zug spielt verrückt, versucht die Polizei zu provozieren und beschimpft junge Arbeiter als „Nazioner“, weil sie sich um die Geschlossenheit der Demonstration kümmern. Gewollt oder ungewollt, sie besorgen hier das Geschäft der Unternehmer, indem sie alles daran setzen, die Demonstration zum platzen zu bringen. Obwohl das nicht im geringsten gelingt, wird man sich überlegen müssen, ob für die, die das Bündnis sprengen wollen, z. B. in der APO überhaupt noch Platz ist.

Auf dem Carl-Legien-Platz vor dem Gewerkschaftshaus sprechen abschließend ÖTV-Gewerkschaftssekretär Herbert Bienk und Claus Christens, Jugendvertreter bei Beiersdorf und SDAJler. Christens präzisiert noch einmal die Forderungen der Demonstranten. Christens fordert auf, im Wahljahr die Haltung der Parteien daran zu messen, was sie für die Jugend und für die Berufsausbildung getan haben. „Bisher haben wir nur den Mund gesplitzt, jetzt wird gepfiffen!“

Werden Lehrlinge ausgebeutet?

Daß der Pfiff gehört wurde, zeigte sich bereits einen Tag später. Wütend schlägt sich Springers „Hamburger Abendblatt“ (9. 11. 68) auf die Seite der Unternehmer. „In jüngster Zeit ist von Lehrlingsseite hier und da im ganzen Bundesgebiet verstärkte Kritik an dem Berufsausbildungssystem als Ganzem sowie an dem Lehrherrn und seinem Betrieb schlechthin laut geworden. Da ist von Ausbeutung und Degradierung der Lehrlinge zu Handlangern die Rede, und da wird nach großem Vorbild volle Mitbestimmung in allen Fragen der Berufsausbildung gefordert. Was ist denn an der „Ausbeutung“ dran? So gut wie nichts!“

So stellt sich das Problem vom Schreibtisch eines Springer-Redakteurs aus. Dem Verfasser der zitierten Zeilen sei empfohlen, ausnahmsweise seinen Redaktionsraum einmal mit der Wirklichkeit zu vertauschen. In der Rechtsschutzstelle des Hamburger Gewerkschaftshauses könnte er stundenlang Beispiele aus Hamburger Betrieben hören, in denen Fälle von Lehrlingsausbeutung aufgedeckt wurden. Dort könnte er hören, daß beispielsweise in einem Handelsunternehmen kaufmännische Lehrlinge ausschließlich damit beschäftigt wurden, bestellte Waren zur Kundschaft zu fahren. Die Haftung für die Transporte mußten die Lehrlinge übernehmen. Und statt der vorgesehenen „Erziehungsbeihilfe“ von 200 DM zahlte der Firmeninhaber lediglich 150. Als sich die Lehrlinge bei ihm darüber beschwerten, verprügelte er sie und kündigte die Lehrverhältnisse. Da ist das Beispiel eines 17-jährigen Dekorateurlehrlings. Seine Firma schickte ihn regelmäßig vor Messeeröffnungen los, Ausstellungsstände aufzubauen. Um rechtzeitig fertig zu werden, ließ man den Lehrling dann Tag und Nacht arbeiten. Überstieg das seine physischen Möglichkeiten, wurden ihm Tabletten spendiert — Rauschmittel.

Die Liste ließe sich beliebig verlängern, obwohl nach Schätzungen des DGB überhaupt nur 5 % aller Fälle bekannt werden. Hinzu kommt die große Zahl, die mit rechtlichen Mitteln derzeit gar nicht abzustellen sind. Daß eben Lehrlinge durchgängig als billige Arbeitskräfte behandelt werden. Daß diese Art „Leerzeit“ das große Geschäft der Unternehmer ist.

Aus dieser Situation der Lehrlinge entwickelte sich schließlich auch die Idee, nicht mehr ausschließlich papiernen Protesten zu vertrauen, sondern in die Offensive zu gehen: zu demonstrieren für ein modernes Berufsausbildungsgesetz.

Idee im Lehrlingschor

Es waren zwei Maschinenschlosserlehrlinge, denen die Idee gekommen war: Peter Pluskat und Arp Kreßin. Als Mitglieder des Lehrlingschors ihrer Firma hatten sie Gelegenheit, an vielen Lehrlingsfreisprechungsfeiern teilzunehmen.

Arp Kreßin: „Immer wieder hörten wir dort das selbe Geschwafel der Unternehmer. Daß Lehrjahre keine Herrenjahre sind und andere Phrasen. Jedenfalls wurde immer am Problem vorbeigeredet.“

Gemeinsam mit anderen Lehrlingen verfaßte Arp ein Flugblatt. „Die Gesellschaft, die Technik, die beruflichen Anforderungen werden sich in Zukunft immer rascher ändern — so sagt man allerorten. Aber was merkt ihr da-



Lehrling 68: Heute Bierholer — morgen arbeitslos?



„Bildung ist kein Ungeheuer, nur den Bossen viel zu teuer!“



Hauptquartier der Demonstrationsvorbereitung: Bert Badekow, Arp Kreßin, Iris Ulke.



„Sie machen sich's nicht leicht!“

Es ist die Aufgabe des Chemiker-Teams, schwierige Probleme zu lösen, bei denen viel herauskommen soll. Viel für unsere Kunden. Der Chemiemarkt ändert sich ebenso, wie Verfahrenstechniken und Anwendungsmethoden für Chemieprodukte verbessert werden. Das ist die Arbeit von Spezialisten. Unsere Spezialisten haben viel entwickelt. Das Ergebnis ist ein umfangreiches Angebot und marktgerechte Qualität der Erzeugnisse. Einige davon sind: Anorganische und organische Chemi-

kallen, Riechstoffe, Aromen und Essenzen, Haushaltchemikalien und Seifen, Kerzen und Kosmetika, Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, chemisch-technische Spezialerzeugnisse, Lacke und Anstrichstoffe, Textil- und Lederhilfsmittel, Plaste und Plasteerzeugnisse, Kautschuk- und Asbestserzeugnisse. Was unsere Spezialisten noch nicht gefunden haben, danach suchen sie — schon für morgen.



Doch es genügt nicht, nur zu klagen, legen wir endlich unsere Forderungen auf den Tisch der Herrschenden:

- Ein einheitliches, dem technischen Fortschritt entsprechendes Berufsausbildungsgesetz.
- Berufsforschung und eine auf die Zukunft gerichtete Berufsberatung.
- Mitbestimmung der Arbeiterjugend und ihrer Organisationen in allen Fragen der Berufsausbildung.

Doch stellt euch mit diesen Forderungen nicht allein vor euren Boß, er wird euch nur auslachen. Organisiert euch in den Gewerkschaften und in den fortschrittlichen Jugendorganisationen. Bildet zusammen mit euren Jugendvertretern und Vertrauensleuten betriebliche Aktionsausschüsse und entwickelt gemeinsam konkrete Forderungsprogramme.

Haut mit der Faust auf den Tisch, geschenkt wurde euch noch nie etwas!
(Flugblatt der SDAJ, Hamburg)

„Wir werden die Parteien danach beurteilen, was sie für die Jugend und für die Berufsausbildung getan haben.“

„Bisher haben wir den Mund gespitzt, jetzt wird geprüffelt!“



CHEMIE - EXPORT - IMPORT

DDR • 1055 BERLIN • STORKOWER STRASSE 133 • TELEX BERLIN 011 2171 AHBC DD

Karl Hubert
Reichel

WIE MACHT MAN KRIEGE?

Von der
Diplomatie
Alleinvertretungs
der Bonner
Kanonenboot
Wilhelm II. zum
anspruch
Kanzler

Kriegsvorbereitung in Deutschland
1900 1968

Paperback, ca. 220 Seiten, Jetzt neu erschienen im
DM 7,60

Ein Buch, das Deutschlands
Unternehmer nervös macht!



Weltkreisverlag GmbH
6104 Jugenheim
Alsbacher Str. 65

Lehrlinge in Aktion

■ Bei Blohm und Voß werden Lehrlinge 80 Stunden pro Jahr allein mit dem Auslegen der Werkstatt beschäftigt. Eine besonders lukrative Form der Ausbeutung hat sich dieser Betrieb in seiner Lehrwerkstatt 3 einfallen lassen. Die Lehrlinge werden direkt in die Produktion eingegliedert. Sie stehen an der Drehbank und produzieren z. B. Geländerendhülsen. Billige Arbeitskräfte, die dabei natürlich nichts lernen. Ergebnis: 50% der elektrotechnischen Lehrlinge fielen durch die letzte Prüfung.

■ Die Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck beschäftigt ihre Lehrlinge mit dem Entgraten von Werkstücken. Eine Arbeit, die weder Fähigkeiten noch Fertigkeiten erfordert und eigentlich von Hilfsarbeitern ausgeführt werden soll. Aber Lehrlinge sind billiger!

Entsprechend sehen die Zukunftschancen der Lehrlinge von heute aus. Arp Kreßin: „Maschinenschlosserlehrlinge lernen zwar Rohre verlegen, aber wie man eine numerisch gesteuerte Drehbank einrichtet, das lernen sie nicht.“

Bert Badekow: „Hinzu kommt der Lehrermangel an den Berufsschulen und die Trennung von theoretischer und praktischer Ausbildung. Deshalb fordern wir Blockunterricht, daß also beispielsweise pro Monat eine ganze Woche Schule sein soll. Ich lerne Elektromechaniker. In der Ausbildung steht im Vordergrund Feilen, obwohl das gar nicht mehr vorkommt. Aber in fünf Jahren sollen wir Computer einrichten, doch darauf werden wir nicht vorbereitet.“

„Laßt Bonn nicht zur Ruhe kommen!“

Die Schlußfolgerung der Jungarbeiter: „Wir dürfen die Verantwortlichen in Bonn solange nicht zur Ruhe kommen lassen, bis ein Berufsausbildungsgesetz auf dem Tisch liegt, das unsere Forderungen berücksichtigt.“

Daß diese erste Demonstration nicht nur Springers Zeitungsschreibern wehtat, zeigte sich bereits einen Tag später. Die IG Metall hatte Vertreter der drei Bundestagsparteien zu einer Podiumsdiskussion über Berufsausbildungsfragen eingeladen. Alle drei waren des Lobes voll über die parlamentarischen Vorbereitungsarbeiten für ein entsprechendes Gesetz. Doch wie das nach dem Willen der Herrschenden aussehen wird wurde deutlich, als ein Lehrling genau wissen wollte:

— Wie steht ihr zu unserer Forderung nach Mitbestimmung der Jugendvertreter in der Berufsausbildung?

— Wie steht ihr zu zentralen Lehrwerkstätten?

Einmütige Antwort aller drei Parteivertreter: „Damit habe ich mich noch nicht beschäftigt.“ Ein Lehrling nach der Diskussion: „So sind die an der Meinung der Betroffenen interessiert. Da gibt es nur eins: wir müssen weiter demonstrieren. Nicht nur hier in Hamburg, in allen Städten der Bundesrepublik.“ ■



„Wir müssen weiter demonstrieren, in allen Städten der Bundesrepublik.“

AUSBILDUNG = AUSBEUTUNG

1 400 000 Jugendliche befinden sich zur Zeit in der Bundesrepublik in einem Ausbildungsverhältnis. Aber nur 20 bis 25 % werden unter Bedingungen ausgebildet, die den beruflichen Anforderungen von heute entsprechen. Die Mehrzahl der übrigen Lehrlinge wird in den Ausbildungsbetrieben nur als billige Arbeitskraft verwendet. Das gilt ganz besonders für das Handwerk, in dem auch heute noch ein Drittel aller Lehrlinge ausgebildet werden. Drastisch belegen das einige Zahlen:

- Von 221 000 Beschäftigten im Kraftfahrzeughandwerk sind etwa 86 000 Lehrlinge.
- Von 169 000 Beschäftigten im Elektro-Installateur-Handwerk sind 65 000 Lehrlinge.
- Die absolute Spitze hält das Radio- und Fernseh-Techniker-Handwerk. Von 22 000 Beschäftigten sind dort 10 000 Lehrlinge!

Siegfried Müller, Jugendsachbearbeiter beim Hauptvorstand der IG Metall meint dazu: „Die Lehrlinge, die in diesen und in einer Reihe anderer Berufe ausgebildet werden, finden wir nachher an den Fließbändern in der Industrie als ungelernete Arbeiter wieder. Dies ist ein Beweis dafür, daß es nicht stimmt, daß die Ausbildung beim Handwerk in guten Händen liegt.“ (elan 9/68: Berufsausbildungsgesetz jetzt!)

MARSCH AUF BONN

„Fast keiner interessierte sich für die tatsächliche Lage der Jugend und gerade der Jugend in den Betrieben. Plötzlich aber, nachdem Tausende junger Menschen ihre politischen Forderungen auf der Straße kundtaten, gab es aufgeregte Minister, Sondersitzungen des Bundestages, Landtagsdebatten und Erklärungen der Regierung. Angesichts dieser Lage wird uns doch geradezu die Frage aufgedrängt, ob es nicht am besten wäre, wenn ein paar tausend Betriebsjugendvertreter für ein paar Tage in Bonn erschienen, um dort ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen.“

(Gert Lütgert, Jugendsachbearbeiter beim Hauptvorstand der IG Metall auf der Bundesjugendkonferenz 1968 seiner Gewerkschaft.)

BERUFSSCHULMISERE

Nach Mitteilung der IG Metall ist ein geregelter Berufsschulunterricht z. B. in Dortmund kaum möglich. Trotz der vorgeschriebenen 9–11 Wochenstunden haben die Lehrlinge oft nur 3–4 Stunden alle zwei Wochen. In einigen Bereichen ist eine Einschulung der Lehrlinge überhaupt nicht möglich.

Preis—
aus—
schreiben

do it
your
self

Haben Sie sich schon mal über einen blöden Bildtext geärgert? Haben Sie schon einmal müde gelächelt über eine Sprechblase, die nur der Redakteur für wahnsinnig komisch hielt? Das soll jetzt anders werden! Seien Sie Ihr eigener Schalk. Erfinden Sie selbst Bildtexte oder Sprechblasen zu den Fotos auf dieser Seite. elan wird die originellsten Bildtexte und Sprechblasen prämiieren. Den Siegern winken interessante Prämien:

1. Preis:
Brecht: Gesamtausgabe in zwanzig Bänden.
 2. Preis:
Drei Langspielplatten mit Revolutionsliedern
 3. Preis:
elan-Jahresabonnement
 4. — 10. Preis:
je eine Schallplatte.
- Einsendeschluß ist der 31. Dezember 1968 (Poststempel). Die Auswahl der Preisträger trifft eine Jury der Redaktion und des Verlages (Rechtsweg ausgeschlossen).



Kunst im Widerstand

Kunst im Widerstand — eine Legende? Bis heute sind einige Apologeten der modernistischen Kunst darum bemüht zu beweisen, daß wirklich große Kunst stets außerhalb jedes Engagements entstanden ist. Für sie hat es kaum Werke gegeben, bei denen in dieser oder jener Form gegen den Faschismus opponiert, Partei ergriffen wird. Aber das Gegenteil ist der Fall, das beweist dieses Buch, das in einer Auswahl von über 500 Arbeiten zeigt, wie umfangreich die Widerstandskunst gewesen ist.

Alles, was Rang und Namen in der Welt besitzt, ist vertreten. Viele bisher unbekannte Werke und Tatsachen werden der Öffentlichkeit zum ersten Male vorgelegt. Bedeutendes steht neben Bescheidenem und Vergessenem und bildet als Ganzes doch eine Einheit durch die Moral des Anliegens. Weit spannt sich der Bogen von der Vorahnung bis zum Ende. Er umfaßt Arbeiten von Künstlern und Autodidakten, die in der Emigration und im Konzentrationslager entstanden, in der Illegalität und in den Okkupationsgebieten. Daneben treten Künstler in Aktion, zu denen das Grauen der Unterwelt nur als Echo drang und die sich doch verpflichtet fühlten, gegen die Barbarei des Faschismus aufzutreten.

Aus dem Stilgefälle der Moderne schält sich trotz aller Verschlüsselungen und Mehrdeutigkeiten, die Heimkehr zu Kernfragen unserer Existenz heraus, mit denen zugleich Probleme des Realismus wieder Aktualität gewinnen.

Themen des Buches	Bomben
Das Vorspiel	Klage
Die »Führer«	Ghetto
Propaganda	Gefangene
Emigration	Konzentrations-
Spanien	lager
München	Widerstand
Krieg	Das Ende

BESTELLSCHEIN

(bitte im Umschlag an: „tat“-Buch- und Schallplattenvertrieb, 6 Frankfurt/Main 1, Postfach 2409)

Ich/wir bestelle(n)

..... Expl. **Kunst im Widerstand**
zum Preise von DM 78

..... Expl. **Kunst im Widerstand**
zum Preise von DM 78

mit Ratenzahlung

1. Rate DM 40,— sofort nach Rechnungseingang
 2. Rate DM 19,— bis 15. 2. 1969
 3. Rate DM 19,— bis 15. 3. 1969
- (Nichtgewünschtes bitte streichen)

Wer dieses Buch aufmerksam betrachtet, wird erschüttert und ergriffen sein über das, was sich seinem Auge darbietet. Aber er erhält zugleich eine Vorstellung von dem Mut und dem Willen zur Tat.

Von Wissenschaftlern sehr vieler Länder wurde das Material zusammengetragen. Ist auch manches durch den Krieg zerstört, anderes von den Faschisten vernichtet worden, so reicht das Vorhandene doch aus, Bilanz zu ziehen. Man erhält einen Einblick in den politischen Elan der Künstler unseres Jahrhunderts und ihr schöpferisches Vermögen, diesen Willen auszudrücken und als bleibendes Vermächtnis der Nachwelt als Mahnung und ethische Verpflichtung zu hinterlassen.

Die antifaschistische Widerstandskunst ist keine bestreitere Legende mehr. Bildet dieses Buch auch erst einen Versuch, zur Umwertung der Kunstentwicklung unseres Jahrhunderts beizutragen, so bereitet es doch das Terrain für eine Auseinandersetzung, um die bei der Fülle an Fakten kein Theoretiker mehr herumkommt. Tendenzen der modernen Kunst erscheinen unter dem Blickwinkel des Widerstandes gegen den Faschismus in einem neuen Licht.

Format: 20 x 30 cm,
470 Seiten mit 500 Abbildungen,
davon 50 mehrfarbig, Ganzleinen
mit Schutzumschlag in Schuber,
Preis DM 78,—

Bundestagswahl 69: ApO in den Bundestag?

GO IN

Das ApO-„go in“ in den Wahlkampf ist beschlossene Sache. Nach einem ganztägigen teach in in der Dortmunder Westfalenhalle beschlossen 2 500 Vertreter politischer und sozialer Gruppierungen am 2. November die Schaffung eines Aktions- und Wahlbündnisses für den demokratischen Fortschritt. Zu den Gründern zählten „allen voran Betriebsarbeiter, Angestellte, Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch beunruhigte Angehörige der gewerblichen und bäuerlichen Zwischenschichten, der Intelligenz, der Jugend“ (Prof. Werner Hofmann).

Der Bündnispartner erklärte Ziel:

Der Politik der Großen Koalition eine andere entgegenzusetzen;

„mit vereinten Kräften eine Erneuerung des gesellschaftlichen und politischen Lebens durchzusetzen;

im Hinblick auf die Bundestagswahlen der Bevölkerung die Wahlentscheidung für eine neue Politik zu ermöglichen“.

Stimmzettel-Illusionen?

Die Gründer „wissen, daß nicht nur durch den bloßen Wahlakt etwas geändert wird“ (Prof. Hofmann). „Nur wenn neben den bestehenden Parteien eine politische Alternativkraft auftritt“, schrieb der Marburger Prof. Abendroth, „wird es möglich sein, den Aufstieg der faschistischen Partei, der NPD, zu beenden, und kann es gelingen, in der Sozialdemokratie denjenigen Gruppierungen Mut zu machen, die die Unterwerfung unter die Politik der CDU nicht wollen.“



**Röderberg
Verlag**

Hosch

druckt
von DIN A 6 bis
DIN A 2
Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Kataloge,
Briefbogen,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt
am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 778273

GO IN

„Parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf“ sind in den Augen des Naturfreunde-Jugendfunktionärs Jürgen Laimer „keine Alternativen, sondern zwei sich ergänzende Instrumente zur Artikulierung und Durchsetzung unserer Interessen.“ Die Betonung liegt auf Aktion. Den neuen Bundesgenossen geht es nicht darum, „diese oder jenen kleinen Reförmchen zu erbitten“. Das, und nicht nur das, unterscheidet sie von sozialdemokratischen Ministern. Laut Prof. Hofmann geht es ihnen darum, „die Regierung und die herrschenden Parteien dem ständigen Druck einer fragenden Öffentlichkeit auszusetzen, sie zur Rechenschaft zu bringen, sie unablässig mit ihren eigenen Worten zu konfrontieren, das Zusammenspiel von ökonomischer und politischer Herrschaft bloßzulegen und handelnd einzugreifen“.

Die Kampfansage an das Establishment . . .

... brachte das Aktions- und Wahlbündnis unmittelbar ins Schußfeld der Bonner Koalitionen und ihrer Presse. Vom Strauß-Sprachrohr „Bayern-Kurier“ („Arme Linke“) bis zur Wehner-Orgel Vorwärts“ („DKP-gesteuert“; „wer in ihr mitmacht, hat das Recht verwirrt, im Namen der Demokratie aufzutreten“) bemühten sich die Gazetten der Großen Koalition, das Bündnis madig zu machen.

Der Aufwand an Druckerschwärze mußte bei unbefangenen Betrachtern den Eindruck keimen lassen, daß man das neue Bündnis ernster nahm, als man zugeben mochte und durfte. Kennzeichnend für die Nervosität ist der von Herbert Wehner betriebene Distanzierungsbeschluß des SPD-Präsidiums, den die „Welt“ des Axel Cäsar Springer stürmisch feierte: „SPD sagt Aktionsbündnis der Linken den Kampf an“.

Dieses Echo auf den Dortmunder Zusammenschluß war kalkulierbar und voraussehbar; wie ein altes japanisches Sprichwort sagt: Die Zunge sucht immer den Zahn der schmerzt. Deutlich und unmißverständlich war die Formulierung der im Aktionsbündnis zusammengeschlossenen Gruppierungen, es gehe ihnen nicht um das bloße Mitmachen bei „Wahlen, die durch die anderen heute als reine Herrschaftsakklamation veranstaltet werden“, und zwar „als bloße Selbstbestätigung, mit allen Mitteln der Täuschung“, sondern um die Nutzung der Wahlen als „Hebel zur Entwicklung von

Kritik, Kontrolle, Öffentlichkeit, zur Entfaltung von gesellschaftlicher Gegenmacht auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“.

Der andere Wahlkampf

Der Wahlkampf, wie ihn das Aktionsbündnis versteht, wird sich von den Werbefeldzügen der regierenden Parteien unterscheiden. Öffentlich wird das Aktionsbündnis seine Kandidaten wählen. In öffentlichen Veranstaltungen, auf zentralen Plätzen, vor Betrieben etc. werden sie ihren Wählern Rede und Antwort stehen, werden sie ihre politischen Vorstellungen äußern. Abgeordnete, die aus dem Aktionsbündnis hervorgehen, arbeiten mit der außerparlamentarischen Bewegung unmittelbar zusammen und geben ihr Rechenschaft. Sie nutzen das Parlament als eine Tribüne des Kampfes, und sie koordinieren ihre Tätigkeit mit den Aktionen der ApO. In diesem Bündnis sollen die Arbeiter nicht Aushängeschild, sondern bestimmendes Element sein. Deshalb wird der Schwerpunkt der Tätigkeit auf der Gewinnung eines starken Rückhaltes in der Arbeiterschaft gerichtet sein. Auf den Kandidatenlisten und auf allen Ebenen der – von der Wahlgesetzgebung geforderten – Partei des Aktionsbündnisses werden aktive Sprecher und Vertreter der Arbeiterschaft zu finden sein: Betriebsräte, Vertrauensleute, Aktive der Gewerkschaftsbewegung.

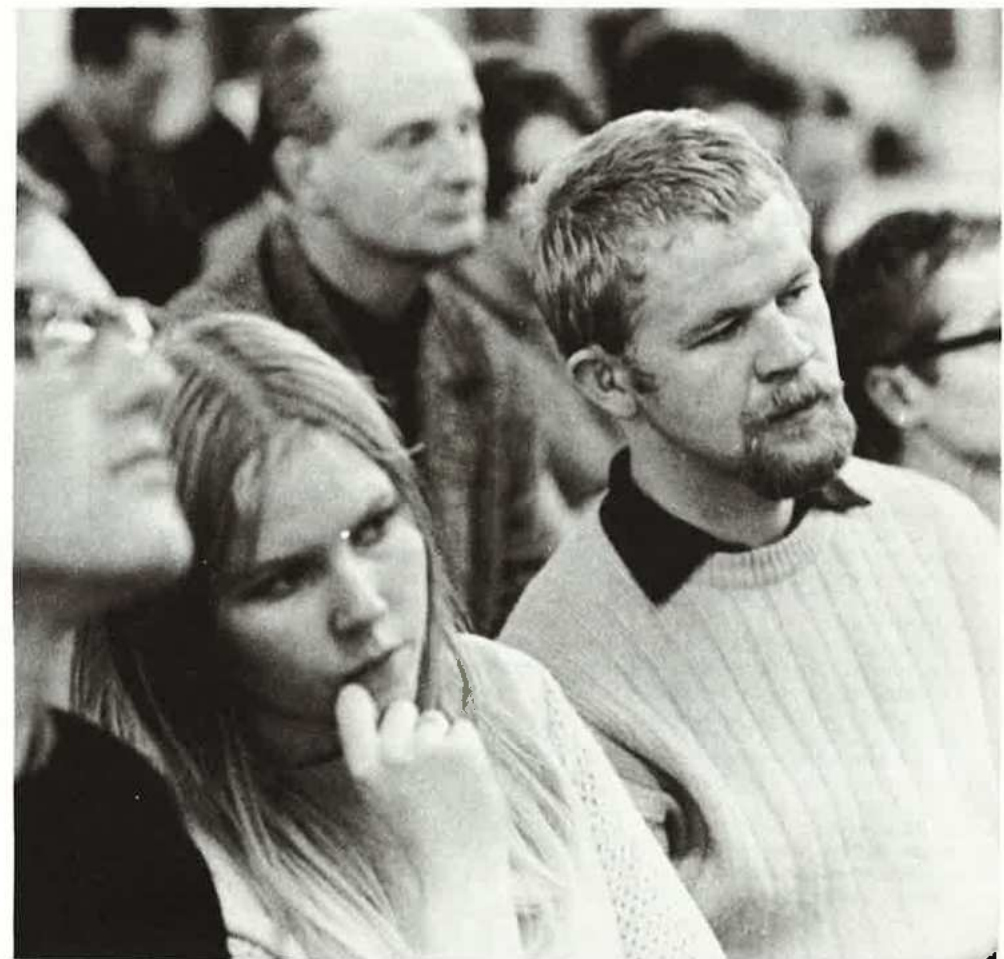
Dazu Prof. Hofmann: „Uns eint die Überzeugung, daß Demokratie eine Kampfaufgabe ist, daß eine umfassende demokratische Erneuerung in unserem Lande not tut, und daß dies nur durch uns, die Kräfte des Volkes selbst geschehen kann, auf dem Wege der demokratischen Selbsttätigkeit.“

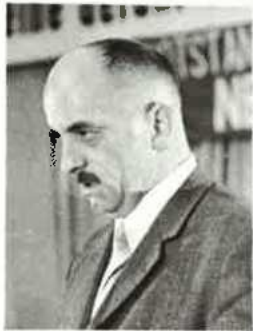
Und der Betriebsratsvorsitzende Helmut Bublitz aus Gelsenkirchen: „Wir brauchen eine Politik, die sich nicht länger am Profit- und Machtstreben einer großkapitalistischen Minderheit orientiert, sondern die eine wahrhafte Mitbestimmung ermöglicht.“

Im Interesse der geforderten neuen Politik wird das Aktionsbündnis allen demokratischen Kräften offenstehen, die „für eine demokratische und soziale Erneuerung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft eintreten und die im wesentlichen dem Aktionsprogramm zustimmen.“

„Alle an einer demokratischen Neuorientierung interessierten Kräfte sind aufgerufen, Aktionszentren zu bilden und Vorbereitungen für die Nominierung fortschrittlicher Kandidaten zu treffen.“

Dem aufmerksamen Beobachter des Dortmunder Kongresses wie auch der vorangegangenen Arbeiterkonferenzen konnte nicht das starke Engagement junger Leute entgehen, das sie gegenüber dem neuen Wahlbündnis an den Tag legten. Der Grund für dieses Engagement liegt auf der Hand. Jürgen Laimer, der in der Arbeitsgemeinschaft Jugend ein stark beachtetes und fundiertes Referat hielt, sagte dazu: „Das Aktionsbündnis hat den veralteten und autoritären Ausbildungsmethoden in Schule, Betrieb und Gesellschaft den Kampf angesagt, um Mitbestimmung und Mitspracherecht der jungen Generation in Fragen der Ausbildung, in Wirtschaft und Politik durchzusetzen.“ Die Alternative zur Politik der Großen Koalition ist wählbar geworden. Sie fordert und erfordert Engagement und Kampf. Es genügt nicht, ihre Ziele und Forderungen gut und richtig zu finden. So etwas „muß praktische Folgen haben“ (Brecht).





PROFESSOR WERNER
HOFMANN

Es ist Anlaß zur Beunruhigung; zur Beunruhigung über das, was man hierzulande Außenpolitik, wie über das, was man Innenpolitik nennt.

Nach außen blasen die alten Kämpfer des kalten Krieges wieder zum Sammeln. Die Mitglieder der Bundesregierung hat in den letzten Wochen eine fieberhafte Reiselust gepackt: Von Israel bis Spanien, von Südafrika bis Nordamerika hat man um Rückhalt für eine Politik nach-gesucht, die sich anschießt, unser Land in eine einzige Front des kalten Krieges zurückzuverwandeln.

Das läßt man sich etwas kosten — oder besser: das läßt man uns etwas kosten: Mehrere Milliarden Devisenhilfe — sprich: Vietnam-Hilfe — sind den USA zugestanden worden.

Der Militärhaushalt tritt über alle Ufer. Wir stehen vor einer bisher nicht gekannten Sturzwelle von Rüstungsausgaben, von Anforderungen an die Bevölkerung, mit allen inflationären Folgen, die das haben muß. Wir antworten, und wir werden es vor aller Welt unablässig wiederholen: Man beginne einmal mit der Entspannungspolitik: Man kürze die Rüstung, man unterzeichne den Atomwaffensperrvertrag, man erkläre das Münchner Abkommen für null und nichtig, man weise jene Landsmannschaftsfunktionäre in die Schranken, die auf ein Heimatrecht pochen und gegen „Verzichtspolitiker“ in unserem Lande eifern, man wage es, endlich einmal unsere Landkarten korrekt zu drucken — und man beginne mit der Entspannungspolitik einmal in der richtigen Reihenfolge: nämlich bei der DDR und bei der Sowjetunion selbst!

Ohne eine solche Friedenspolitik nach außen wird es auch keine demokratische Entwicklung im Inneren geben.



NF-JUGENDFUNKTIONÄR
JÜRGEN LAIMER

Junge Arbeiter und Angestellte machen die Erfahrung, daß für sie Demokratie am Werkort aufhört. Sie begreifen mehr und mehr den krassen Widerspruch zwischen der Bilderbuchdemokratie des staatsbürgerlichen Unterrichts und der rauen, autoritären Wirklichkeit.

Die Hochschulen in unserem Land gleichen einem Feudalsystem. Sie sind darauf eingestellt, die Herrschaft einer sozialen Schicht zu verewigen, die Bildung und Besitz für sich monopolisieren konnte.

Die Schulen in der Bundesrepublik sind autoritär organisiert. Sie sind fast überall darauf eingestellt, zum Gehorsam gegenüber dem Obrigkeitsstaat und gegenüber einer selbsternannten Herrschaftsschicht zu erziehen.

Jahrelang gaukelten die Regierenden uns ihre Friedensliebe vor. Aber während sie von Frieden sprachen, erhöhten sie Jahr für Jahr den Rüstungsetat. Sie hielten an einem außenpolitischen Konzept fest, das nur mit Gewalt zu verwirklichen ist, da es die territoriale Integrität unserer Nachbarstaaten und die Existenz der DDR gefährdet und die Vormachtstellung Westdeutschlands in Europa zum Ziele hat. Gleichzeitig unterstützen sie politisch, materiell und finanziell die Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk.

Zwei Jahrzehnte wurde von sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit geredet.

Alle elementaren Forderungen der Jugend sind bis heute unerfüllt geblieben. Dazu gehört die Forderung nach einem demokratischen Schul- und Bildungssystem, nach einer moderneren Ausbildungsförderungs- und Berufsausbildungsgesetzgebung, nach demokratischer Hochschulreform, nach Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, nach Mitspracherecht der Jugend in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Aktionsbündnis, das sich heute hier der Öffentlichkeit vorstellt, hat den veralteten und autoritären Ausbildungsmethoden in Schule, Betrieb und Gesellschaft den Kampf angesagt, um Mitbestimmung und das Mitspracherecht der jungen Generation in Fragen der Ausbildung, in Wirtschaft und Politik durchzusetzen.



BETRIEBSRATS
VORSITZENDER
HEINZ LUKRAWKA

Demokratie erfordert die Orientierung der Wirtschaft auf den Menschen und nicht auf den Profit. Die Jagd nach dem Profit birgt ständig die Gefahr neuer Krisen in sich. Wir kämpfen darum, daß der Mensch im Mittelpunkt allen Geschehens stehen muß.

Die Arbeiterinteressen unserer Zeit erfordern, daß Konzern-Milliardäre auch dadurch von den Schaltebeln der Macht verdrängt werden, indem, entsprechend dem gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm, die Konzerne und Großbanken sowie die Schlüsselindustrien und andere markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmungen in gesellschaftliches Eigentum übergeführt werden. Das ist eine demokratische Grundforderung unserer Zeit, die ebenso wie die Mitbestimmung und eine demokratische Planung Voraussetzung ist, um den vom Grundgesetz vorgeschriebenen sozialen und demokratischen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Die Arbeiterinteressen unserer Zeit erfordern eine Stärkung der Massenkaukraft durch eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften. Schließlich erfordern die Arbeiterinteressen in unserer Zeit statt wachsender Rüstungsausgaben mehr Mittel für die Sozialpolitik, das Gesundheitswesen, die Wissenschaft, für friedliche Zwecke und andere Gemeinschaftsaufgaben.



BETRIEBSRATS
VORSITZENDER
HELMUT BUBLITZ

Der Eintritt von SPD-Ministern in die Regierung unter einem CDU-Kanzler, Kiesinger, der die Richtlinien der Politik bestimmt, stärkte die CDU/CSU und half ihr, die Politik der Großkonzerne auf Kosten der Werktätigen fortzuführen.

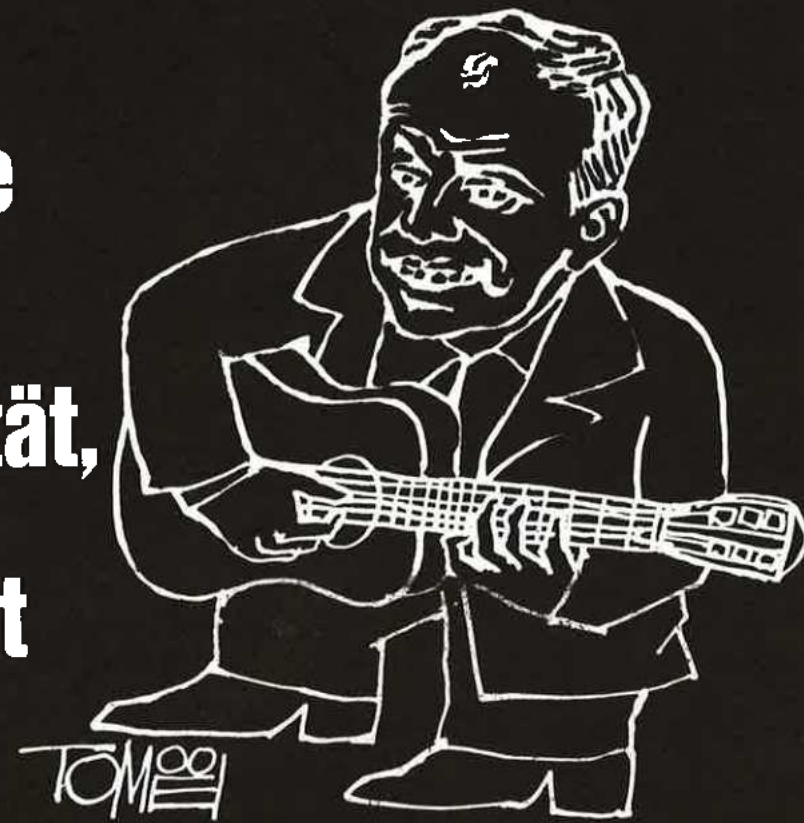
Nur so war es möglich, den Abbau der sozialen Leistungen, den Steueranstieg für die Werktätigen — und nicht zuletzt die antidemokratische Notstandsverfassung gegen den Widerstand der Gewerkschaften, der Studenten und der fortschrittlichen Intelligenz durchzusetzen.

Es gibt Kollegen, die das Argument anführen: Unser Aktionsbündnis, das sich der Interessen der Arbeiterschaft annimmt und sich gegen die SPD-Politik richtet, würde die Arbeiterbewegung spalten. Tatsache aber ist, daß die SPD-Führung mit ihrem Übergang auf den CDU-Kurs die Arbeiterbewegung gespalten hat.

Unsere Wahlalternative für die Interessen der Arbeitnehmer und aller demokratischen Kräfte spaltet nicht die Gegner der Politik des Großkapitals, sondern eint sie.

Dieter Süverkrüp

Ballade von der Quantität, der Qualität und so



Sie war ein bißchen blond und alles dran.
Wohl aus dem Dornbusch trat ein scharfgeschliffener Mann
Seht, seine Wangen leuchten hohl und ungesund!
Er ruft: „Mein Fräulein, ach, welch blonder Mund!
Da ist ein Unterholz! Ich liebe Sie!“
Aufseufzt Luischen keusch, doch ohne Prüderie
(mit einem Anflug von Sozialdemokratie):
„Mach, was du willst mit mir, mein Lieber; nur
bleib' mir - versprichst du das? - von der Frisur!“

Man läßt sich heute schon manches gefallen,
aber das Letzte nicht.

(Dieses war als Einleitung zu verstehen. In der nächsten
Abteilung führen wir beliebige andere Beispiele vor
in reicher Auswahl.)

So hat doch hier keiner was gegen die Demokratie:
nur wäre die Mitbestimmung ein arges Malheur.
Auch wundert sich kaum einer mehr über Pornographie -
höchstens über den freien Geschlechtsverkehr.
Wer wäre da etwa noch nicht für die Revolution,
wofern sie sich auf die Länge der Haare beschränkt?
Wir brauchen sie sehr: die gesunde Opposition,
die in manchen Dingen radikal anders denkt.

Man läßt sich heute schon vieles gefallen,
wenn auch das Letzte nicht.

Der Demonstrant mag getrost durch die Städte rennen,
solange er nicht die Straßenverkehrsordnung bricht.

Er hat die realen Verhältnisse anzuerkennen:
das gilt für die Oder-Neiße allerdings nicht.
Doch sei es ihm unbenommen zu agitieren,
wenn ihm der Sinn nach der Arbeiterklasse steht.
Das darf indessen am Ende nicht dazu führen,
daß es dabei in Fabriken und Werkshallen geht.

Man läßt sich heute schon manches gefallen,
aber das Letzte nicht.

Wir sehen uns einig betreffend den Neo-Faschismus
und finden ihn eigentlich unverschämte illegal.
Doch andererseits gibt es den Parlamentarismus.
Wir sind Demokraten und bleiben als solche loyal.
Wir sind Humanisten: es lebe der Mensch ohne Ketten!
Wir sind im Prinzip für den Sieg der Gerechtigkeit.
Nur wenn eines Tages Vietcong-Truppen siegen täten,
das ginge im obigen Sinne natürlich zu weit.

Man läßt sich heute schon manches gefallen,
aber das Letzte nicht.

Der Kommunismus an sich und als reine Idee -
wer wäre von ihm nicht bürgerlich fasziniert?
Nur darf man's ihm einfach nicht nachsehen seit eh und je,
wenn er sich rücksichtslos etwa realisiert.
Wir gönnen dem Nachbarn den National-Kommunismus.
Wir glauben, dies' Joch ertrügen wir weniger schwer.
Wir wären im eigenen Land für den Sozialismus,
wenn es ein National-Sozialismus wär'.

Heute führt er in seinem Heim an der Leverkusener Straße 19 das Leben eines Biedermannes. Ermittlungsbeamter läßt er sich schlicht und einfach nennen. Mit viel Wohlwollen läßt sich seine Tätigkeit auch so umschreiben, obwohl Gerd Baitz kein Polizist, sondern Chef des „Ermittlungsdienstes“ der Chemischen Werke Hüls (CWH) in Marl ist. Eine konzerneigene Schnüfflergarde, die sich zur Bespitzelung der Belegschaft in dem Marler Großbetrieb etabliert hat.

Als wir in der elan-Doppelnummer Juli/August 1968 über diese bewaffnete, mit Spürhunden und Funk ausgerüstete Formation berichteten, war das ein Schlag ins Kontor. Die Story kursierte im ganzen Betrieb und sofort war eine Diskussion im Gange, die Herrn Baitz ebenso unangenehm war, wie der Unternehmensleitung.

Werksschützer Baitz ging zur Gegenoffensive über. In der Hauspostille der CWH „Blick vom Hochhaus“ konnten die 17000 Belegschaftsmitglieder am 2. Oktober lesen, wie harmlos die Werksschutz-Nebenabteilung Ermittlungsdienst ist. Sie habe die Aufgabe, „alle bekanntgewordenen Verstöße gegen die Betriebssicherheit (!) oder die betriebliche Ordnung (!) sachlich und objektiv aufzuklären.“ Im übrigen seien nur 20 der 183 Werksschutzmitarbeiter bewaffnet, „im wesentlichen (!) bei der Begleitung von Geldtransporten“ und die Handsprechfunkgeräte dienten nur der „Sicherheit des einzelnen Werksschutzkollegen auf abgelegenen Werksgelände.“

Für den 45jährigen Gerd Baitz ist die Spitzeltätigkeit mehr als

ein Beruf. Sie ist Lebensinhalt dieses Mannes, so weit man seinen Weg zurückverfolgen kann. Und er hat ein Leben hinter sich, das jeden Wallace-Krimi in den Schatten stellt.

Gerd Baitz war 22 Jahre alt, als der Krieg zu Ende ging. Zu diesem Zeitpunkt hing er seinen ursprünglichen Plan, Ingenieur zu werden, an den Nagel und nutzte das in vier Sektoren aufgeteilte Berlin für ein lukratives Unternehmen. Über den Berliner Polizeidienst stieg er zum Leiter der deutschen Abteilung des US-Geheimdienstes CIS (einer CIA-Filiale) im amerikanischen Sektor auf. Doch Baitz erstes Engagement im kalten Krieg fand kein glückhaftes Ende. Nachdem er durch einen Zeugenauftritt vor Gericht demaskiert wurde, ließen ihn die US-Untergrundkämpfer fallen wie eine heiße Kartoffel. Baitz war für sie wertlos geworden.

Doch der vielversprechende Junge brauchte sich nach keinem ehrenhafteren Beruf umzusehen. Vater Kurt verdiente seinen Lebensunterhalt unter dem Decknamen „Onkel Gustav“ im gleichen Gewerbe. Er war führender Funktionär einer antikommunistischen Spionage- und Sabotageorganisation, die sich unter dem wohlklingenden Namen „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ ins Vereinsregister eintragen ließ.

In den Dienst dieser KGU stellte Sohn Gerd ab Januar 1951 sein Talent. Er übernahm die Widerstandsabteilung. Gelder für die KGU flossen reichlich aus interessierten amerikanischen Quellen. Auch der Westberliner Senat engagierte sich.

Als Gegenleistung spionierte die KGU über Mittelmänner die politische, wirtschaftliche und militärische Situation in der DDR

aus. Außerdem versuchte man, junge Leute in der DDR (die meisten waren nicht älter als 17 Jahre) zu antikommunistischen Propagandaaktionen zu bewegen. Worum es den KGU-Leuten dabei ging, bekannten sie freimütig: „Es kam darauf an, die Stabilisierung des Regimes immer wieder zu stören und aufzuhalten.“

Um dieses Ziel zu erreichen, war das Einschleusen von Flugblättern die harmloseste Aktion. In einem eigenen Labor entwickelten KGU-Mitarbeiter Säuren, die Maschinenteile zerfressen sollten und andere, die als Beigabe zum Benzin jeden Motor zur Explosion bringen konnten. Insbesondere beschäftigte man sich mit der Produktion von Nervengiften, mit denen man plante, Briefe an führende Politiker der DDR zu präparieren. Geringe Mengen dieser Gifte bewirken Lähmungserscheinungen. So sollte die politische Führung der DDR außer Gefecht gesetzt werden.

Menschenleben spielten für den Widerständler Gerd Baitz überhaupt keine Rolle. So trachtete seine Abteilung danach, eine Eisenbahnbrücke östlich Berlins in dem Moment zu sprengen, in dem sich der D-Zug Berlin — Moskau darauf befand. Der nötige Sprengstoff war schon geliefert, doch die Aktion scheiterte an einem fehlenden Pkw.

So verlegte man sich auf andere Sabotageaktionen in der DDR: Unbrauchbarmachung von Trockenmilch durch Seifezusätze, Vernichtung von Milch, Sabotage an Tankwagen der DDR-Reichsbahn, Zerstörung von Druckluftschläuchen an Zügen, Züge zum

Entgleisen bringen, Vernichtung von Produktionsmaschinen. Sogar Kinderferientransporte wurden durch die Einflußnahme der KGU umgeleitet, die dann im Erzgebirge statt an der Ostsee landeten.

Die KGU-Spezialisten schwammen im Geld, während ihre Aktionen anderen den Tod brachten.

Gerd Baitz, inzwischen zum Chef eines Stabes avanciert, machte daraus eine Art Familienbetrieb: In seiner Abteilung beschäftigte er seinen Vater, eine Schwester als Sekretärin und seinen Schwiegervater in der Zentralkartei. Doch die fetten Jahre sollten nicht ewig dauern. Die DDR-Staatsorgane brachten die Aktivitäten der Baitz-Agenten bald zum Erliegen. Auch im Westen wurde Ende der fünfziger Jahre die Kritik an der KGU immer deutlicher. In Pressestimmen wurde ihre Arbeit schlicht „verbrecherisch“ genannt. So ging die Tarnorganisation einem unrühmlichen Ende entgegen.

Doch wieder brauchte sich Gerd Baitz nach keinem anderen Beruf umzusehen. Seine Fähigkeiten beeindruckten die Unternehmensleitung der Chemischen Werke Hüls, die ihn als Werksschutz- und Ermittlungsdienstchef nach Marl verpflichtete. Denn wer könnte besser geeignet sein, eine 17000 Mann-Belegschaft in Schach zu halten, als ein Mann vom Kaliber Gerd Baitz? So konnte er 23 Jahre im Job bleiben. Und er wird wohl solange, bis ihn die zum Teufel jagen, die er im Interesse einer Handvoll Großverdiener bespitzelt.



Hans-Jörg Hennecke WIE MAN WERKSCHÜTZER WIRD

oder:

Wie bei den Chemischen Werken Hüls in Marl ein Spionage- und Sabotage-Spezialist auf die Belegschaft angesetzt wird.

Ohrfeige für Pg. 2633930



Die Ohrfeige, die Deutschland brauchte

Es brauchte sie,

damit die Schuld bewiesen wird der Generationen, die grausam, gierig, feige und blind folgend geglaubt haben, daß sie uns auf ewig den echten Sinn des Wortes „Ehre des deutschen Volkes“ verbergen könnten.

Es brauchte sie,

um zu rächen die Toten von Stalingrad, Russen die ihr Vaterland verteidigten und die deutsche Jugend, die man zu täuschen versucht hatte und deren Tränen zu Eis erstarrten, wenn sie an die Ihrigen dachten, die für sie verloren waren.

Es brauchte sie,

für den Rauch, der aus den Kaminen der Todesfabriken in Auschwitz stieg und dessen Geruch den Deutschen anhaften wird, bis zu dem Tag, an dem alle Deutschen die Leiden derer, die hinter Stacheldraht saßen, mitempfinden werden.

Es brauchte sie,

damit all die Gebäude in der Welt gereinigt werden, die von der Hakenkreuzfahne besudelt waren, als Erinnerung an alle Manolis Glezos', die sie heruntergerissen haben.

Es brauchte sie,

um die letzten Gedanken von Hans und Sophie zu ehren, als sie ihre Hälser auf den Hauklotz legten und darauf warteten, daß der Kopf unseres wahren Deutschlands in den Müll rollte.

Es brauchte sie,

um das jüdische und deutsche Volk auszusöhnen, denn diese beiden Völker können nur dann in Fraternität zusammenleben, wenn sie gemeinsam den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen wollen.

Es brauchte sie,

für ein Deutschland, befreit von jeglichem Hang nach Sühne; heute sind es drei oder zwei, eines Tages aber, wenn wir den Sieg davontragen sollten, so wird es ein Deutschland werden im Sozialismus und Frieden, das die anderen Völker der Erde respektiert.

Es brauchte sie,

damit viele sich endlich die Wunderbrille von Günter Grass aufsetzen können, während Kurt-Georg Kiesinger wie ein falscher Blinder seine Augen mit der schwarzen Brille verdeckt, die so viele getragen haben, um sich der Wirklichkeit zu verschließen.

Und es brauchte sie von der Hand einer Frau

denn man achtete nicht darauf, ob es Frauen waren, als man sie in die Verbrennungsanlagen trieb, als sie unter den Bombenangriffen starben, als sie unter der Folter aufschrien.

Und dennoch kann das Herz einer Mutter es nicht ertragen, daß man ihre Kinder tötet oder sie zu Mördern erzieht.

Das ist der Grund, der mich dazu getrieben hat, im Namen der 50 Millionen Toten und der künftigen Generationen in das abstoßende Gesicht der 10 Millionen Nazis zu schlagen, damit sie alle die gleiche Scham empfinden und sich die gleiche Röte der Ohrfeige auf ihren Wangen abzeichnet.



Zwei Anmerkungen und eine Erklärung zur Ohrfeige

Untat und Sühne der Beate Klarsfeld

Der Schlag ins Gesicht trifft einen Kanzler, der längst sein Gesicht verloren hat. Der Skandal soll des Kanzlers Vergangenheit Deutschland gegenwärtig machen. Schlagartig schwindet des Kanzlers Gedächtnisschwund. Seiner Vorkanzler-Vergangenheit erinnert er sich im beschleunigten Verfahren. Um zu verhindern, daß wie in der Vergangenheit, Gewalt zum Mittel der Auseinandersetzung wird, sorgt er für einen Gewaltspruch im Stil seiner Vergangenheit. Der Kanzler möchte durch ein abschreckendes Urteil der Gegenwart klarmachen, daß seine Vergangenheit in Deutschland noch Zukunft hat. Zu den Folgen schweigt der Kanzler, so wie er in der Vergangenheit schweigend alle Demütigungen seiner Opfer ertragen hat. Zu erkennen gibt der Kanzler sein wahres Gesicht erst nach dem Schlag ins Gesicht.

PETER SCHÜTT

Eine Ohrfeige für einen Bundeskanzler mitten auf seinem Parteitag in West-Berlin ist geschmacklos so heißt es

so geschmacklos wie die Gewalt der Berliner Studenten die dieser Bundeskanzler kurz vor der Ohrfeige unappetitlich nannte

Daß aber ein Mann der der Nazi-Partei angehörte und in gehobener Stellung in seinen Rundfunkprogrammen Hitlers Gewalt appetitlich zu machen suchte

jetzt Bundeskanzler ist gilt nicht als geschmacklos obwohl zu bedenken wäre daß das für viele Menschen unappetitlich und eine Ohrfeige ist

ERICH FRIED

Am 7. November ist beim Abschluß des CDU-Bundesparteitages in West-Berlin Bundeskanzler Kiesinger von einer jungen Frau, deren Schwiegervater von seinen ehemaligen Parteigenossen in Auschwitz ermordet wurde, öffentlich geohrfeigt worden. Sie rief dabei: „Nazi“, wie es den Tatsachen der Biographie des Geohrfeigten leider entspricht.

In einer vernünftigen Gesellschaft, die ihre eigenen Spielregeln demokratischer Rechlichkeit einhielte, könnte die Anwendung von Gewalt auch in dieser verhältnismäßig bescheidenen Form nicht gebilligt werden. In einer vernünftigen Gesellschaft wäre ein früheres Mitglied der NSDAP nicht Chef der Regierung des angeblich geläuterten deutschen Staatswesens. Frau Klarsfelds Absicht, die Öffentlichkeit über Kiesingers Vergangenheit aufzuklären, ist zu begrüßen. Die genannten Spielregeln hat nicht sie zuerst verletzt. Sie wurden auf das abscheulichste ebenso durch den Amtsantritt des fraglichen alten PGs wie durch Frau Klarsfelds Entlassung aus ihrer Stellung als Sekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks gebrochen, nachdem Frau Klarsfeld das für den wahren menschlichen Anstand Selbstverständliche ausgesprochen hatte, daß ein früherer Parteigänger des Völkermordes als Bundeskanzler untragbar sei.

Mit der Verurteilung Frau Klarsfelds zu einem Jahr Gefängnis in einem sogenannten Schnellverfahren, noch am Tage der Tat, bricht dieser Staat die Spielregeln, auf die er sich zu berufen pflegt, weiter. Man braucht, um das zu wissen, nur das Urteil mit den landesüblichen Gerichtssprüchen gegen KZ-Verbrecher oder gegen Täter wie dem Polizeibeamten Kurras zu vergleichen, der den Studenten Ohnesorg umbrachte. Man braucht nur die außerordentliche Langsamkeit in der Vorbereitung der Verfahren in den letzteren Fällen mit einer gegen alle rechtsstaatlichen Prinzipien verstoßenden Hast in diesem Fall zu vergleichen. Ihr offenbar einziger Sinn ist es, einer Aufdeckung der Hintergründe und Tatmotive durch de-

ren Vertuschung vorzubeugen. Die Unterzeichneten legen gegen diesen neuerlichen Rechtsbruch einer Justiz, welche die ersten Akte der Umbringung schon der ersten deutschen Demokratie auf dem Gewissen hat, ihren schärfsten Protest ein.

Walter Boehlich — Karlheinz Braun — Günther Busch — Günter Eich — Peter Klein-schmidt — Horst Krüger — Claus Leininger — Karl Markus Michel — Claus Peymann — Dieter Reible — Lothar Schwab — Ulrich Sonnemann — Martin Sperr.



Weihnachten mit ERIKA

Es ist erst jetzt ein richtiges Weihnachtsfest geworden – „ERIKA“ ist da. Schenken auch Sie praktisch, modern und von bleibendem Wert! Die ERIKA Kleinschreibmaschine ist wirklich ein Geschenk für die ganze Familie.

Ob privat, geschäftlich oder für die Schule – „ERIKA“ ist immer für Sie da. Sie ist formschön, zuverlässig, federleicht und stets Ihre treue Begleiterin. Über den Fachhandel erhältlich.



Zu Besuch in Europa
weilte Vu Quang,
der Vorsitzende
des Verbandes
der Werktätigen
Jugend Vietnams.
Hermann
Sittner sprach mit ihm



elan: Seit mehr als 10 Jahren steht das vietnamesische Volk im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, der mit barbarischen Mitteln Ihrem Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung nehmen will. Welche Ziele verfolgt der US-Imperialismus mit seiner Aggression. Welche Hintergründe hat sie?

Vietnam wird siegen

Vu Quang: Nachdem der französische Kolonialismus 1954 in Dien Bien Phu seine Niederlage erlitten hatte, versuchte der amerikanische Imperialismus ihn abzulösen. Die Amerikaner booteten die Franzosen aus und griffen selber in Südvietnam ein, indem sie eine Marionettenregierung einsetzten, der sie Militär- und Wirtschaftshilfe gaben.

Sie betrieben diese neokolonialistische Politik, um Südvietnam zu einer Militärkolonie des USA-Imperialismus zu machen und es auszubauen als Stützpunkt für den Angriff gegen Nordvietnam und dann gegen die übrigen sozialistischen Länder.

elan: Gegen diese Politik hat die Bevölkerung Südvietnams mit politischen Mitteln gekämpft. Die Regierung der DRV und die FNL Südvietnams sprechen von einem Drei-Phasen-Krieg der Amerikaner in Vietnam. Was ist darunter zu verstehen?

Vu Quang: Das vietnamesische Volk mit seinem Kampfeswillen machte die Pläne des US-Imperialismus zunichte. Es zwang die Amerikaner dazu, sich des Marionettenregimes und seiner Armee zu bedienen, um den Spezialkrieg in Südvietnam zu inszenieren. Sie bemühten sich, mit Waffengewalt Millionen Menschen unter Kontrolle zu bringen dadurch, daß man sie in getarnte KZs, in die „strategischen Dörfer“ einsperrte.

Angesichts dieser Situation blieb der südvietnamesischen Bevölkerung kein anderer Ausweg, als zu den Waffen zu greifen, sich zu erheben gegen das Marionettenregime und gegen den US-Imperialismus. Der Spezialkrieg scheiterte an der Entschlossenheit und der Kampfkraft der südvietnamesischen Bevölkerung.

Gegenwärtig führen die USA deshalb den lokalen Krieg in Vietnam. Ihre Einheiten gelten als die Hauptstoßkraft und werden von den Truppen der Marionettenarmee und der Satellitenstaaten unterstützt. Die Gesamtstärke dieser Truppen beläuft sich zusammen auf 1,2 Millionen, davon über 500.000 Amerikaner. Sie haben bisher schon alle Arten der Bewaffnung, der Kriegsführung in Vietnam eingesetzt – außer Kernwaffen.

elan: Die Amerikaner haben ihre Aggression mit hohen Opfern bezahlen müssen...

Vu Quang: Während der Offensive zu Beginn dieses Jahres haben die Patrioten Südvietnams große Erfolge errungen. Allein in acht Monaten dieses Jahres wurden etwa eine halbe Million Soldaten des Gegners vernichtet, außer Gefecht gesetzt oder gefangen genommen, darunter 180.000 US-Soldaten. Vernichtet oder beschädigt wurden 7.000 amerikanische Flugzeuge, 8.000 Panzer und Schützenpanzerwagen. Die Nationale Befreiungsarmee befreite ein Gebiet mit mehr als zwei Millionen Einwohnern.

elan: Welche Rolle spielt die Jugend Ihres Landes im Kampf gegen die US-Aggression?

Vu Quang: Die Jugend in Südvietnam ist organisiert in der „Vereinigung der Jugend für die Befreiung Südvietnams“, und aus ihren Reihen kommt auch der größte Teil der Kämpfer für die Befreiungsarmee. Außerdem sind Zehntausende Mädchen und Jungen in Südvietnam vereinigt in den „Stoßtrupps der Jugend für die Befreiung Südvietnams“, und sie übernehmen vor allem den Nachschub von Munition und Lebensmitteln. Die Jugend und die Studenten in den Städten Südvietnams nehmen ebenfalls an diesem

Kampf teil, und zwar in der Form des politischen Kampfes, der politischen Aktion. Weiter ist es so, daß die Jugend in den befreiten Gebieten Südvietnams bestrebt ist, die Produktion weiter zu entwickeln, und auch damit ihren Beitrag leistet zur Verteidigung und zur Festigung des Hinterlandes für den Kampf gegen die amerikanischen Aggressoren.

elan: Für die Bevölkerung der beiden Teile Vietnams ist mit dem amerikanischen Imperialismus ein gemeinsamer Gegner entstanden. Wie kämpft nun die Jugend der DRV?

Vu Quang: Die vier Millionen Jugendlichen im Norden unseres Landes nehmen in den Reihen der Armee am Kampf teil. Sie schließen sich den Stoßtrupps der Jugend „Kampf gegen die USA“ an, um die Produktion voranzubringen, und sie setzen auch alle ihre Anstrengungen darein, sich weiterzubilden. Die jungen Menschen nehmen an der „Bewegung der drei Bereitschaften“ teil, die drei Ziele umfaßt: 1. Mutigen, tapferen Kampf und die ständige Bereitschaft, sich den bewaffneten Kräften anzuschließen; 2. Bemühen, Wissenschaft und Technik zu meistern, um fortschrittliche wissenschaftliche Erkenntnisse in der Praxis der Produktion anzuwenden und diese dadurch zu entwickeln; und 3. das ständige Bestreben, sich auch auf politisch-ideologischem Gebiet weiterzuentwickeln, ein gesundes Jugendleben zu gestalten und ein reges kulturelles Leben zu entfalten.

elan: Sie sprachen vom politischen Kampf der Jugend in den Städten des Südens. Hier finden sich Gruppierungen mit verschiedenartigen Beweggründen. Können Sie konkretes sagen über diese Gruppen und über ihre Ziele?

Vu Quang: Die Bevölkerung in beiden Teilen unseres Landes ist eng miteinander verbunden im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, weil er mit seiner Aggression in Südvietnam vor allen Dingen das Nationalgefühl unserer vietnamesischen Menschen verletzt hat. Das reicht von der ländlichen bis zur städtischen Bevölkerung, ja bis in die Reihen der Angehörigen des Marionettenregimes.

Dazu kommen auch ökonomische Momente. Die Amerikaner haben in den Städten Südvietnams alles an sich gerissen, sie haben Quartiere beschlagnahmt für ihre Soldaten, und sie betreiben einen unerhörten Luxus, einen unerhörten Aufwand. Man sagte uns zum Beispiel in Saigon, daß ein Hund in einem amerikanischen Hundezwinger eine bessere Unterkunft hat als die Südvietnamesen. Hinzu kommt hier das selbstherrliche Auftreten der Amerikaner. Das reicht von der Weigerung, den Taxifahrer zu bezahlen, über die Vergewaltigung von Frauen bis zu Mord und Totschlag — überhaupt ihr gesamtes Auftreten, mit dem sie ihre Verachtung gegenüber den Südvietnamesen zum Ausdruck bringen. Das alles führt zu einer ungeheuren Empörung der Bevölkerung.

Es haben sich in den südvietnamesischen Städten Organisationen der Jugend gebildet, die sich zum Ziel setzen, das Auftreten der Amerikaner nicht widerstandslos hinzunehmen. Zum Beispiel, wenn sie Amerikaner auf der Straße treffen, die ein so anmaßendes Verhalten gegenüber den Südvietnamesen zeigen, so werden diese Amerikaner von ihnen bestraft, das heißt verprügelt. Und sogar die Marionettenpolizei — wenn sie Zeuge eines solchen Vorfalles wird — ist oft nicht geneigt, zugunsten der Amerikaner einzugreifen, sondern sie tut so, als hätte sie nichts gesehen.

Eine Form des Kampfes sind auch Diskussionen der studentischen Jugend, die sich mit der Frage beschäftigen: Weshalb befinden wir uns in Südvietnam in einer so elendigen Lage. Die Fragestellung wird von ihnen selbst dann beantwortet mit der Feststellung: weil das Ausland — und konkret die USA — sich in unser Südvietnam einmischte.

elan: Es ist bekannt, daß das Marionettenregime in Saigon nicht wählerisch in der Wahl seiner Mittel ist, um junge Vietnamesen in seine Armee zu zwingen.

Vu Quang: Das ist richtig. Es gibt aber Aktionen der Bevölkerung zum Schutz der Jugend, die für die Marionettenarmee rekrutiert werden soll. Die Bevölkerung versteckt sie oder schreitet zu kollektiven Aktionen gegen die Rekrutierer, so daß sie unverrichteter Dinge wieder abziehen müssen. Einen Höhepunkt hatte dieser patriotische Kampf während der Erhebung in den großen Städten wie Saigon, Da Nang und Hue erreicht, die unter dem Vorzeichen einer Bewegung der Buddhisten durchgeführt wurde, aber in Wirklichkeit alle Kreise der städtischen Bevölkerung umfaßte. Während dieser Aktion gelang es ja bekanntlich, für eine gewisse Zeit die Kontrolle über diese Städte in die Hände der patriotischen Kräfte zu bekommen.

Jetzt ist der Kampf gegen die Zwangsrekrutierung der südvietnamesischen Jugend vor allem in der Stadt Saigon eine ganz typische Form des Kampfes gegen die USA und ihre Marionetten geworden. Angesichts der Stärke dieses Kampfes der Jugend, vor allem auch der studentischen Jugend, hat das Marionettenregime versucht, durch einen Terrorakt diese Kräfte einzuschüchtern. Man hat den Chefredakteur einer fortschrittlichen Studentenzeitung in Saigon verhaftet und ihn gefesselt vom dritten Stockwerk eines Hauses heruntergeworfen. Gerade zu dieser Zeit, als in Sofia das Festival der Weltjugend stattfand, wurden auch Studentenfürer in Südvietnam verhaftet.

elan: Als einzige Regierung in Europa unterstützt die Regierung der Bundesrepublik vorbehaltlos die amerikanische Aggression gegen Ihr Volk. Wie beurteilen Sie diese Tatsache?

Vu Quang: Die westdeutsche Regierung leistet für die USA direkte Schrittmacherdienste bei der Aggression gegen unser Land. Das geschieht in der Form der Entsendung von Militärfachleuten nach Südvietnam, in der Form der direkten finanziellen Unterstützung und auch der Unterstützung mit Kriegsmaterial sowie mit anderen Mitteln der Kriegsführung, zum Beispiel mit chemischen Kampfstoffen, die zum Teil von westdeutschen Firmen für die USA produziert werden. Gegenwärtig ist es die westdeutsche Regierung, die auch politisch ständig die USA und das Marionettenregime noch ermuntert, diesen Aggressionskrieg in Südvietnam weiterzuführen. Während die westdeutsche Bevölkerung den Kampf für die Beendigung der USA-Aggression führt, ist es offensichtlich, daß diese Haltung der westdeutschen Regierung gegen die ureigensten Interessen der westdeutschen Bevölkerung verstößt. Damit enthüllt die westdeutsche Regierung vor der fortschrittlichen Jugend der Welt, vor der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit auch ihre reaktionäre, aggressive Fratze.

elan: Bei der Jugend unseres Landes wächst die Bereitschaft und der Drang, die kämpfende Jugend Vietnams noch nachdrücklicher und vor allem wirksamer zu unterstützen. Welche Maßnahmen und Aktionen unserer Jugend sind für Ihr Volk besonders wichtig?



Vu Quang: Eine der wirksamsten Formen der Unterstützung unseres Kampfes besteht in der ständigen Entlarvung der amerikanischen Vietnam-Aggression und der Unterstützung der westdeutschen Regierung dafür in Ihrer Öffentlichkeit, um sie zu mobilisieren zum Kampf gegen diese Aggression. Wir hoffen vor allem — und rechnen darauf, daß Sie die barbarischen Mittel der Kriegsführung wie Giftgas und andere chemische Mittel, die die USA in Vietnam einsetzen, anprangern, um dadurch Ihre Menschen zur Aktion gegen diese Barbarei zu mobilisieren.

Zum anderen bedient sich ja der Feind auch politischer Machenschaften. Zum Beispiel versucht er beide Seiten moralisch auf eine Stufe zu stellen und so den Unterschied zwischen Aggressor und Angegriffenem zu verwischen. Wir betrachten es als eine sehr gute Unterstützung unseres Kampfes, daß Sie Ihre Menschen vor allem auch ständig klar darauf hinweisen, wer der Aggressor in Südvietnam ist, und wer den gerechten Kampf führt.

elan: Gibt es weitere Möglichkeiten, Solidarität für das kämpfende vietnamesische Volk zu üben?

Vu Quang: Wirksame Unterstützung besteht unserer Meinung auch darin, daß Sie in der kommenden Zeit stark unterstützen das Zusammenwirken mit der amerikanischen Jugend bei ihrer Aktion gegen die Wehrdienstpflicht, gegen den Einsatz in Vietnam, und daß dieses Zusammenwirken sich nicht nur erstreckt auf die amerikanische Jugend, sondern auch auf die Jugend der amerikanischen Satellitenstaaten in Südostasien, vor allem wohl auf Australien, die Philippinen, Thailand, Südkorea — um auch dort die Jugend zum Kampf gegen den Einsatz in den Reihen der Kontingente dieser Länder im Vietnamkrieg zu gewinnen. Auch sollten Sie den amerikanischen Soldaten, die auf westdeutschem Territorium stationiert sind, die Wahrheit über den Krieg in Vietnam sagen und sie dazu bewegen, den Kampf gegen den Vietnam-Einsatz zu führen.

Wir begrüßen sehr alle Formen der materiellen Unterstützung, die Sie bisher entwickelt haben, mit Medikamenten und auf viele andere Weise den Kampf unseres Volkes zu unterstützen. Sicher hat auch Ihre Aktion zur Entlarvung der Rolle der westdeutschen Regierung als Helfershelfer der USA im Vietnamkrieg dazu beigetragen, eine starke Stimmung gegen die westdeutsche Beteiligung zu erreichen mit dem Ziel, diese Unterstützung der US-Aggression zu beenden.

elan: Wie beurteilen Sie das Vorgehen des amerikanischen Imperialismus in Europa?

Vu Quang: Es gibt keinen Zweifel: Im Zentrum seiner Globalstrategie steht weiterhin Europa. Heutzutage unternehmen der amerikanische Imperialismus und die westdeutschen Revanchisten im Einvernehmen mit reaktionären Elementen in der CSSR verstärkte Versuche, die sozialistischen Errungenschaften zunichte zu machen, die Tschechoslowakei in ein kapitalistisches Land zu verwandeln; sie bedrohen die Sicherheit der sozialistischen Länder ebenso wie den Frieden in Europa und in der Welt. Die Jugend meines Landes verurteilt jeden Versuch, die CSSR vom sozialistischen Weg abzudrängen. Sie wird mit der Jugend der sozialistischen Länder, mit der tschechoslowakischen Jugend solidarisch sein im Kampf zur Verteidigung des Sozialismus und zur Sicherung des Friedens in der Welt.

elan aktion!

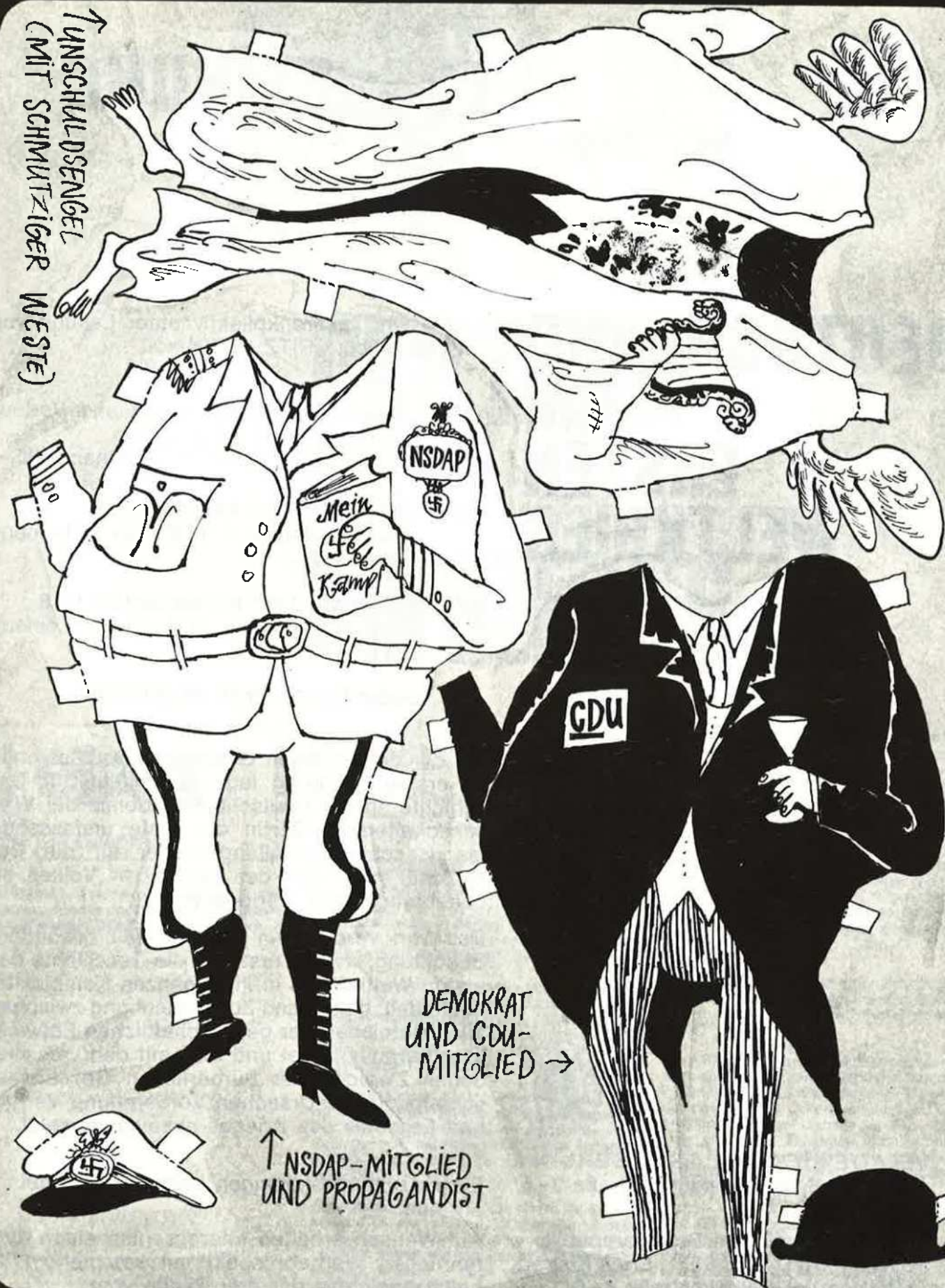


Kiesinger
zum An-
und
Aus-
ziehen!

EXKLUSIV FÜR DIE
ELAN-LESER: HIER
IST UNSER WEIHNACHTS-
SPIEL FÜR SIE! LINKS
SEHEN SIE KIESINGER,
RECHTS KLEIDUNGS-
STÜCKE FÜR IHN. SIE
SOLLTEN IHN ANZIEHEN!
WIE, DAS HÄNGT VON
IHNEN AB. SCHNEIDEN
SIE DIE FIGUR LINKS
AUS UND RECHTS VON
DER KLEIDUNG, WAS
SIE WOLLEN. LEGEN
SIE'S ÜBER DEN KIE-
SINGER, DANN KNICKEN
SIE DIE PAPIERHÄK-
CHEN UM — FERTIG!
VIEL SPASS BEIM
SPIEL! ABER VORSICHT!
GEBEN SIE IHM ZWI-
SCHENDURCH KEINE
OHRFEIGE! DAS KOSTET
EIN JAHR GEFÄNGNIS!

ARNO P. L. 00 ©,

↑ UNSCHULDENGEL
(MIT SCHMUTZIGER
WESTE)



NEU ERSCHEINUNG

DEUTSCHLAND IM ERSTEN WELTKRIEG

Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von
Dr. phil. habil. FRITZ KLEIN

Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf
des Krieges bis Ende 1914
515 Seiten — 7 Karten — Leinen M 25,—

Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917
Etwa 800 Seiten — 16 Karten — Leinen
etwa M 35,—

Bd. 3: November 1917 bis November 1918
Etwa 560 Seiten — 15 Karten — Leinen
etwa M 25,—

Jeder Band enthält 40 Bildtafeln.

Mit der dreibändigen Geschichte Deutschlands
im ersten Weltkrieg legt das Institut für Ge-
schichte an der Deutschen Akademie der Wis-
senschaften zu Berlin die erste umfassende
marxistische Darstellung dieser für die Ge-
schichte nicht nur des deutschen Volkes so
bedeutungsvollen Periode vor.

Das Werk verdient vor allem deshalb besondere
Beachtung, weil es erstmals die Geschichte des
ersten Weltkrieges in ihrer ganzen Komplexität
behandelt, den engen Zusammenhang zwischen
allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwick-
lung herausarbeitet und sich mit den verschie-
denen Zweigen der bürgerlichen Geschichts-
schreibung über Ursachen, Vorbereitung, Verlauf
und Ergebnis des Krieges auseinandersetzt.

Fortsetzungsbestellungen beim Buchhandel
erbeten.

Auf Wunsch erhalten Interessenten einen aus-
führlichen Werbeprospekt mit komplettem In-
haltsverzeichnis der drei Bände vom



AKADEMIE-VERLAG - BERLIN
DDR 108 Berlin, Leipziger Straße 3-4,
Fernruf 22 04 41

Auslieferung für die Bundesrepublik
KUNST UND WISSEN, Erich Bieber,
7 Stuttgart 1, Wilhelmstraße 4-6



DKP-ISTEN IM KREUZFEUER



* mit Wilhelm Schwettmann, Mitglied des
Bundesausschusses der DKP und Arno Rann,
DKP-Landesausschußmitglied in Hamburg.

elan: Vielleicht erinnern Sie sich an ein Ge-
spräch, das elan vor etwa achtzehn Monaten
mit Herrn Kapluck führte...

Wilhelm Schwettmann: ... das war, wenn ich
nicht irre, nach der Gründung des Initiativau-
sschusses für die Wiedezulassung der KPD?!

elan: Herr Kapluck erklärte damals, er wolle
die KPD im Original wieder haben und nicht
als eine „Kopie, der man die Zähne gezogen“
habe. Haben sich die Kommunisten die Sache
inzwischen anders überlegt? Waren Sie beim
Zahnarzt? Warum nun eine Neukonstituie-
rung, die doch einer Neugründung entspricht?

Wilhelm Schwettmann: Manfred Kapluck sagte
damals, Sie würden in der Bundesrepublik
keinen Kommunisten finden, der für eine Neu-
gründung entsprechend Wehners Auflagen zu
haben sein werde. Sehen Sie sich um. Sie
werden auch heute keinen Kommunisten fin-
den.
Werfen Sie einen Blick in die Erklärung, die
wir anlässlich der Neukonstituierung abge-
geben haben. Wir haben keine der politischen
Bedingungen, mit denen man einer kommu-
nistischen Partei die Zähne ziehen wollte,
akzeptiert.

Arno Rann: Die DKP ist zu einem Zeitpunkt
angetreten, als immer deutlicher wurde, daß
die Bundesrepublik eine Alternative und Ge-
genkraft gegen die zunehmende Rechtsent-
wicklung braucht — eben eine kämpferische
kommunistische Partei.
Kommunisten unterscheiden sich von Refor-
misten und revolutionären Schwärmern u. a.

dadurch, daß sie ihre politischen Vorstellun-
gen nicht ins Blaue hinein, sondern auf der
Grundlage des wissenschaftlichen Sozialis-
mus entwickeln, daß sie die herrschende Ge-
sellschaftsordnung nicht durch Schönheits-
pflästerchen dekorieren, sondern verändern
wollen.

Wilhelm Schwettmann: Kurz gesagt: Wir setzen
nicht ein paar Fragezeichen hinter die beste-
hende Ordnung. Wir sagen klipp und klar,
daß wir eine sozialistische Bundesrepublik an-
visieren. Dazu braucht man Stehvermögen
und gute Zähne.

elan: Was unterscheidet eigentlich die legale
Deutsche Kommunistische Partei und die ver-
botene Kommunistische Partei Deutsch-
lands?

Arno Rann: Der politische Standort der DKP
ist bekannt. Wir sind Marxisten-Leninisten.
Wir knüpfen an die revolutionären Traditionen
der deutschen Arbeiterbewegung an, an die
Tradition von Karl Liebknecht, Rosa Luxem-
burg und Ernst Thälmann. Das ist für uns
keine Sache von historischen Gedenktagen
und -feiern; wir nehmen diese Traditionen
als konkrete Anleitung zum Handeln.

Wilhelm Schwettmann: Wer heute in der Bun-
desrepublik Politik machen will, der muß von
den gegebenen politischen, ökonomischen
und gesellschaftlichen Bedingungen ausge-
hen. Die DKP tut das. Sie stellt jedoch keine
Nachfolge- oder Ersatzorganisation der KPD
dar. Wir haben uns auf allen Ebenen — von



Jungkommunisten
auf der DKP-Bundeskonferenz

der Basis bis zur Leitung — neu konstituiert. Das letzte Wort über Programm und Statut wird ergo der Parteitag haben, den wir zur Zeit vorbereiten.

elan: Ist mit der Gründung der DKP nicht ein Fakt geschaffen worden, der die Forderung nach Wiedezulassung der KPD gegenstandslos macht?

Arno Rann: Keineswegs! Sie haben in Ihrer Zeitschrift doch eine Reihe von Beispielen dafür veröffentlicht, wie dieses Verbot die politische Atmosphäre vergiftet hat. Das KPD-Verbot richtete und richtet sich nicht nur gegen die Kommunisten. Es wird von den Herrschenden als Waffe gegen jegliche Demokratisierungsbestrebungen benutzt.

Deshalb fordern wir die Annullierung des Verbotes. Wir tun das gerade im Interesse einer Demokratisierung der Bundesrepublik, die unser vordringliches Ziel ist.

elan: Sie sagen, der Sozialismus sei Ihr erklärtes Ziel. Die DKP erklärt, sie stehe auf dem Boden des Grundgesetzes. Läßt sich das unter einem Hut bringen?

Wilhelm Schwettmann: Zeigen Sie mir den Artikel des Grundgesetzes, der vorschreibt, daß die eigentliche Macht in diesem Lande von den Monopol- und Bankherren ausgeübt werden muß! Wir Kommunisten sind nicht die einzigen, die sagen, daß die Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit immer größer wird — nicht zuletzt durch die undemokratischen Verfassungsänderungen (Notstandsgesetze, Wehrpflicht usw.), gegen die wir auf die Straße gegangen sind. Gegen diese ständige Demontage der Verfassung setzen wir unsere Forderung nach Verwirk-

lichung der demokratischen Rechte des Volkes, und das bekommen wir nicht geschenkt. Aber wir werden es erkämpfen, wenn die Arbeiterklasse und ihre Bundesgenossen dafür antreten.

Unser Bekenntnis zum Grundgesetz ist kein Bekenntnis zu einem bedruckten Papier, sondern zu der in diesem Papier geforderten Verfassungswirklichkeit.

Arno Rann: Die spätkapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihren antidemokratischen, autoritären, imperialistisch-expansiven Tendenzen ist offensichtlich nicht in der Lage, innerhalb der Verfassungsnorm zu regieren. Sie ignoriert sie, oder ersetzt sie durch Notstandsregelungen, mit deren Hilfe eine kleine Minderheit der Mehrheit des Volkes ihren Willen aufzwingen kann.

Wir meinen, daß das Grundgesetz keineswegs die Meinungs- und Mehrheitsbildung für eine demokratische und sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik verhindert. Aber: Den Sozialismus macht man nicht mit einer kleinen, überzeugten Gruppe — man muß die Mehrheit der arbeitenden Menschen davon überzeugen, daß der Sozialismus ein Ziel ist, für das sich der Einsatz lohnt.

elan: In einigen gutbürgerlichen Zeitungen wurde Erstaunen über die Tatsache laut, daß nicht nur alte Klassenkämpfer, sondern auch bemerkenswert viele junge Leute der DKP zuströmen. Ist der Genosse Trend zur DKP übergelaufen?

Wilhelm Schwettmann: Der Genosse Trend ist ein Phantom. Wir halten uns an die Realitäten. Tatsächlich

sind in den letzten Monaten viele junge Menschen zu uns gekommen. Ich glaube, das liegt daran, daß die DKP für junge Leute einfach attraktiv ist.

elan: Worauf führen Sie das zurück?

Wilhelm Schwettmann: Weil wir nicht nur reden, sondern handeln. Weil wir Alternativen für heute und für morgen zu bieten haben. Und nicht zuletzt deshalb, weil wir vor den Fragen der kritischen Jugend keine Angst haben müssen — weil wir uns ihnen stellen.

Ein Beispiel: Die DKP Nordrhein-Westfalens wird im Dezember einen Kongreß zum Thema Bildung und Berufsausbildung durchführen. Wir werden der Jugend nicht nur die Gelegenheit geben, ihre Forderungen zu formulieren — wir werden uns für diese Forderungen engagieren und gemeinsam mit ihr für die Verwirklichung kämpfen.

Ich darf schon jetzt sagen, daß sich die DKP in nächster Zeit sehr intensiv mit der Lage der arbeitenden Jugend beschäftigen wird.

Arno Rann: Wir werden bei der Ausarbeitung exakter Analysen und konkreter Forderungen nicht nach dem Parteibuch fragen. Es geht um die Sache, wir wollen, daß endlich etwas geschieht um die miese Berufsausbildung und die Misere an unseren Schulen und Hochschulen zu überwinden. Wir versprechen nichts. Im Gegenteil: Die DKP fordert die Jugend auf, sich das zu erkämpfen, was ihr die Regierenden verweigern. Ich glaube, die jungen Arbeiter, die in Hamburg für eine fortschrittliche Berufsausbildung auf die Straße gegangen sind, haben ein Beispiel gegeben, das Schule machen sollte.

elan: Alle reden von Jugend — die DKP auch?

Wilhelm Schwettmann: Irrtum! Wir reden nicht von Jugend — wir kämpfen an ihrer Seite. Richtig ist: Zur Zeit reden alle von Jugend. Die Parteien der Großen Koalition haben plötzlich ihr Herz für das Wahlrecht ab 18 entdeckt, und die FDP singt die dritte Stimme dazu ...

elan: Die Forderung nach Wahlrecht ab 18 wird von der Jugend seit etlichen Jahren erhoben.

Wilhelm Schwettmann: Und ebenso lange haben die im Bundestag vertretenen Parteien diese Forderung vom Tisch gefegt. Jetzt, auf der Suche nach einem Wahlschlager, tut man so, als habe man diese Forderung eben gerade erfunden. Das ist ein fauler Trick.

In der Bundestagsdebatte nach den Osterdemonstrationen haben diese Herren gezeigt, daß ihnen eine politisch wache und mündige Jugend unbequem ist. Heute möchte man diese Jugend hofieren. Man möchte vergessen machen, daß damals das Aufbegehren der Jungen mit der Losung beantwortet wurde: Landgraf, werde hart!

Ich meine, die jungen Arbeiter, Schüler und Studenten, die in Siegen gegen die neonazistische NPD demonstrierten, haben mehr politische Mündigkeit und Klarsicht bewiesen als die Bonner Alleinvertreter und Notstandsplaner.

elan: Wie denken Sie über das Verhältnis zwischen DKP und außerparlamentarischer Opposition?

Arno Rann: Wir sind ein Teil der außerparlamentarischen Opposition, und zwar ein aktiver ...

elan: ... aber es gibt zwischen den verschiedenen Strömungen der ApO erhebliche Meinungsverschiedenheiten, z. B. in der Beurteilung des 21. August oder der künftigen Strategie und Taktik des Kampfes!?

Arno Rann: Die gibt es. Sie müssen unserer Meinung nach keine Barriere für gemeinsame Aktionen und Schritte, für ein punktuell zusammengehen im Kampf für so wichtige Forderungen wie Abrüstung, Anerkennung der DDR, Zurückdrängung der Macht der Monopole, für die Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam etc. sein. Die DKP ist zur Zusammenarbeit mit allen Kräften bereit, die sich dem verschärften Rechtskurs Bonns entgegenstellen.

elan: Zwischenfrage. Was verstehen Sie unter einem „verschärften Rechtskurs Bonns“?

Wilhelm Schwettmann: Was wir darunter verstehen? Wenn ein Exponent des extremen rechten Flügels wie Schröder zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten gekürt wird. Wenn Kiesinger nach Spanien und Portugal reist und sich für die Integration der reaktionärsten Regime Westeuropas in eine antikomunistische Allianz stark macht. Wenn Schröder und Brandt in trauter Gemeinsamkeit Abrüstungsschritte durch die Forderung nach Erhöhung der Rüstungsausgaben hintertreiben. Wenn die Große Koalition ihre Anstrengungen verstärkt, um die im eigenen Lande vollzogene Restauration auf die DDR und die anderen sozialistischen Staaten auszuweiten.

Arno Rann: Sie finden diesen verschärften antidemokratischen Kurs auch in der Innenpolitik. Die demokratische Forderung von Arbeitern und Studenten nach Demokratie in Betrieb und Hochschule wird mit einer Prozeßwelle gegen Osterdemonstranten beantwortet. Die außerparlamentarische Opposition soll eingeschüchtert werden. Dagegen muß man sich zur Wehr setzen, das dürfen wir nicht hinnehmen. Dieser politische Kurs verschärfte die Spannungen, er bedeutet ein Zurück in die Schützengräben des kalten Krieges.

elan: Die Offenbacher Bundeskonferenz der DKP hat die Schaffung eines Aktions- und Wahlbündnisses begrüßt. Die DKP wird sich an den Bundestagswahlen beteiligen, zwar nicht als DKP, sondern eben im Rahmen des erwähnten Bündnisses.

Wilhelm Schwettmann: Es ist unser Prinzip, daß wir den Kampf für unsere politischen Forderungen und Vorstellungen sowohl auf der parlamentarischen wie auf der außerparlamentarischen Ebene führen. Alternativen zur gefährlichen Bonner Politik sind nicht im Alleingang zu erreichen. Wir begrüßen deshalb das Aktionsbündnis, und die Betonung liegt für uns auf Aktion. Es genügt nicht, die falsche Politik der Großen Koalition zu kritisieren. Es bedarf einer kämpferischen Auseinandersetzung, um Änderungen durchzusetzen.



Guido Zingerl

Guido Zingerl

Dogsborough und Arturo Ui
einander beim Aufstieg behilflich

entnommen dem Kalender
Grafik zu Berthold Brecht 1969,
Selbstverlag Dänzer, Karlsruhe

OLYMPIA IM NIEMANDSLAND?

Willibald Krüger

Zwei Niederlagen mußte die Bundesrepublik am Schauplatz der Olympischen Spiele 1968 einstecken.

Die eine Niederlage berührt den sportlichen Raum. Denn hinter den beiden Sport-Großmächten USA und Sowjetunion setzte sich die DDR nach einer Punktwertung, bei der die ersten sechs Plätze berücksichtigt werden, mit 239 Punkten an die dritte Stelle der weltbesten Sportnationen. Eine Sensation, könnte man sagen, denn dahinter blieben solche Länder wie Japan, Ungarn, Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik, Australien, Polen. Ein 17-Millionen-Land zeigte, wie unter günstigen gesellschaftlichen Voraussetzungen der Sport zu hoher Blüte gebracht werden kann.

Daß die Bundesrepublik in diesem Wettstreit klar von der DDR geschlagen wurde — sie nimmt mit 180 Punkten den sechsten Rang ein —, ist ein Politikum. Alle Welt spricht vom Sportland DDR, und selbst bei der Auswertung in unseren Breitengraden wird das Abschneiden der DDR-Athleten zum Vergleich herangezogen, um zu folgern, daß wir in Rückstand geraten sind, viel aufzuholen haben, wenn nicht das Wort eines Skeptikers wahrwerden wollte, der angesichts der DDR-Erfolge in den letzten Jahren meinte: „Wir veranstalten die Olympischen Spiele, die DDR holt die Medaillen.“ Mexiko brachte den ersten umfassenden Leistungsvergleich zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Er wurde recht deutlich zugunsten jenes Staates entschieden, der nach Meinung der Bonner Mannschaft gar nicht existiert.

Nun streiten sich freilich selbst die Experten noch darüber welcher Sieg der DDR höher zu bewerten ist: Der im sportlichen Raum mit dem dritten Platz in der Punktwertung, oder jener Erfolg, der ihr zwei Stunden, nachdem die 20jährige Mexikanerin Enriqueta Basilio das olympische Feuer im Stadion entfacht hatte, zuteil geworden war: Die Anerkennung als völlig selbstständiges NOK, als Mitglied des IOC, das mit allen Rechten ausgestattet ist, dessen Hymne gespielt, dessen Emblem und Flagge bei den nächsten Olympischen Spielen gezeigt werden müssen.

Dieser Beschluß wurde in einer IOC-Sondersitzung mit 44:4 Stimmen gefaßt, nahezu einmütig also, und IOC-Mitglied Willi Daume, Eisenhüttenbesitzer in Dortmund, klagte hinterher: „Wir standen in dieser Frage ganz allein.“

Vielleicht war dieses Lamento jedoch mehr als Entschuldigung gedacht, denn am Ort der Olympischen Spiele weilte auch Innenminister Ernst Benda, mit ihm ein knappes Dutzend bundesdeutscher Alleinvertreter. Es war, als sei ein Fuchs am helllichten Tag in den Hühnerhof eingebrochen, so konsterniert zeigte sich die Bonner Benda-Riege. Was konnte



Gold und harte Worte:
Olympikämpfer Neckermann

**Gold-Reiter
Neckermann
zieht eine
bittere
Olympia-
Bilanz:**

Mexiko – die größte Pleite des deutschen Sports

auch schlimmeres passieren, als Zeuge eines Augenblicks zu werden, der in jeder Beziehung historisch genannt zu werden verdient: Historisch für die eine Seite, weil damit ihr Wirken in der olympischen Familie weltweite Anerkennung gefunden hat; historisch jedoch auch für die andere, die Bonner Seite, weil sie eine eklatante Niederlage erlitt.

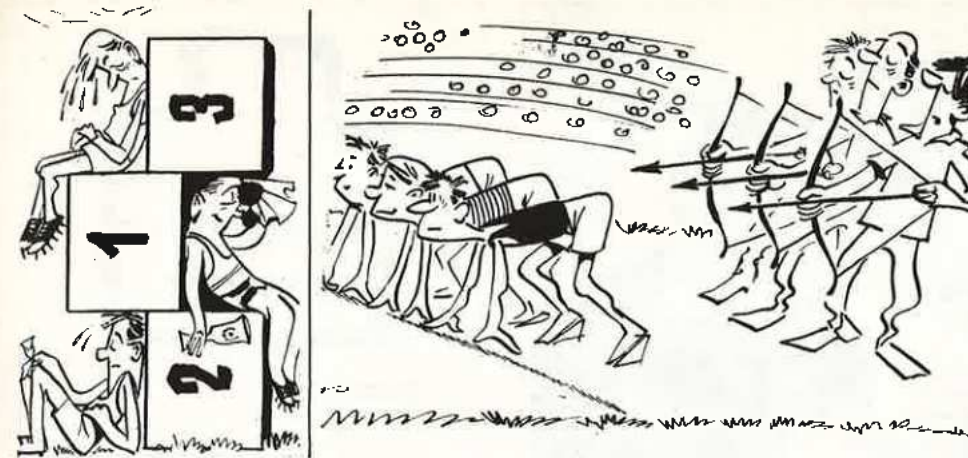
Eine andere Möglichkeit läßt Ernst Benda nicht mehr los: Am besten auf Flaggen und Hymnen ganz verzichten, meinte er in mehreren Interviews nach der Rückkehr vom Schauplatz seiner Niederlage. Nun hat aber soeben in Mexiko das IOC einen entsprechenden Antrag schon abgelehnt. Den Alleinvertreter auf dem Stuhl des Innenministers ficht das selbstredend nicht an: Also muß ein neuer Vorstoß unternommen werden, und Willi Daume ist dazu auserkoren, die Angelegenheit wieder vor das IOC zu bringen. Indes ist General-

sekretär Herbert Kunze der Auffassung, es sei unwahrscheinlich, daß das IOC für 1972 bei der Siegerehrung auf Flaggen und Hymnen verzichtet. Warum auch? Nur um die längst gescheiterte Politik einer Regierung, die den Sinn der Wirklichkeit verloren hat, auch noch zu unterstützen oder zu tolerieren? Da sollen sich die Bonner mal ja keine falschen Illusionen machen.

Zunächst wird die Sache schon am Ende dieses Jahres prekär: Von unseren Zeitungen zwar hartnäckig verschwiegen, ist inzwischen doch durchgesickert, daß das Internationale Olympische Komitee von der Bundesregierung bis Ende des Jahres eine Garantierung über eine völlig gleichberechtigte Teilnahme für die Sportler aller Nationen gefordert hat. Willi Daume erklärte zwar in der IOC-Tagung in Mexiko, als die Angelegenheit im Zusammenhang mit dem Bericht über die Vor-

Montag, 28. Oktober 1968 - 15 Pf
Nr. 252 • Druck in ESSEN • C 1783 A ***

Bild
ZEITUNG
UNABHÄNGIG • ÜBERPARTEILICH



bereitungen in München zur Sprache kam, die Spiele würden streng nach den Regeln des IOC durchgeführt, doch traute man im IOC seinem Pappenheimer nicht so ganz: Die Anfrage Brundages wurde zu einer Forderung der IOC-Exekutive erhoben, Daume mußte sich verpflichten, bis Dezember eine entsprechende Erklärung Bonns vorzulegen. Wenn nicht alles täuscht, war die Stunde der DDR-Anerkennung in Mexiko für Bonn noch längst nicht die letzte Niederlage, solange die Politik der Alleinvertretung nicht aufgegeben wird. Die DDR hat, um im Bild eines Kartenspiels zu sprechen, einen Flash Royal in der Hand, wo Bonn mit drei Buben und einem Pärchen dasitzt und der Welt glauben machen möchte, es genüge schon ein „Pokerface“, um den Konkurrenten zum Passen zu bewegen...

Daran gibt es doch keinen Zweifel: Wenn die Politik der Hallstein-Doktrin und der Alleinvertretungs-Anmaßung jemals einen Schlag erhielt, auf den die ganze Welt aufmerksam wurde, dann in Mexiko durch den Beschluß eines internationalen Gremiums, das mehr Mitgliedsstaaten als die UNO vertritt.

Wer darf jedoch von einem deutschen Alleinvertreter erwarten, daß er sich den unabänderlichen Realitäten beugt, daß er die Beschlüsse internationaler Organisationen anerkennt? Statt Einsicht in die Wirklichkeit, empörtes Schimpfen, der Versuch, das IOC zu erpressen, und verzweifelter Suchen nach einem Weg, mit dem die Anerkennung der DDR in München 1972 nicht sichtbar gemacht werden braucht.

Wer könnte die Bonner Reaktion besser zum Ausdruck bringen als Axel Springers „Welt“, die die zerzauste Fahne der Alleinvertretung genau noch so im Wind flattern lassen möchte wie Kiesinger, Strauß und Wehner. Die „Welt“ also nach dem Beschluß: „Die Entscheidung des IOC stellt das NOK und die Regierung der Bundesrepublik vor die Alternative, entweder die Spiele abzusagen oder dem Bundespräsidenten zuzumuten, 1972 in München Hammer und Zirkel Reverenz zu erweisen.“ Und ferner: „Es wird nicht leicht sein, einen solchen Beschluß (auf Flaggen und Hymnen in München zu verzichten — d. Verf.) gegen den Widerstand vieler Nationen, vor allem des Ostblocks, Afrikas und Asiens, durchzusetzen, doch wenn dem IOC schon politische Einsicht fehlt, wird ihm vielleicht die handfeste Dringung imponieren, vier Jahre vor dem Termin nach einem neuen Veranstalter der Spiele von 1972 Umschau halten zu müssen.“

Dem Klagegedicht auf dem Fuße folgt die Erpressung: Eine der ganzen Welt durchaus nicht fremde Handlungsweise des deutschen Imperialismus und seiner Wortführer. Nur: Die Drohungen kommen heute nicht mehr an. Die

Arme der Alleinvertreter sind schon zu kurz geworden. Deshalb tüfteln sie die tollsten Möglichkeiten aus, um den IOC-Beschluß, der ihrer ruinierten Doktrin den Gnadestoß versetzt hat, auf irgendeine Weise zu torpedieren. Einen besonders genialen Einfall hatte der CSU-Abgeordnete Konstantin Prinz von Bayern: Die Sportstätten und Unterkünfte der Wettkampfteilnehmer sollten für die Dauer der 72er Spiele als extraterritoriales Gebiet erklärt werden.

Olympia im Niemandsland, so eine bayrisch-bundesdeutsche Mischung zwischen Vatikan und UNO — vor soviel Erfindungsreichtum, mit dem die Schimäre der Alleinvertretung gerettet werden soll, müßte man fast den Hut ziehen. Und hinter der Idee steht — freilich unausgesprochen — der Gedanke: Wenn sich ein DDR-Athlet mit seinem Emblem auf dem Anzug zu einem Bummel in die „Weltstadt mit Herz“ begeben sollte, kann er ganz schnell „aus dem Verkehr gezogen“ werden. Die Pinakothek, Schwabing oder das Deutsche Museum sind natürlich kein „extraterritoriales Gebiet“, dort gilt wieder jenes Gesetz, das Ordnungshütern innerhalb und außerhalb der weiß-blauen Grenzpfähle nicht nur das Recht gibt, sondern die Pflicht auferlegt, gegen Flagge und Emblem der DDR einzuschreiten, weil sie eine „Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ sind.



Zwischen Spartakus und Reichswehr

Rosa Luxemburg

Politische Schriften I/II/III

Herausgegeben und eingeleitet von

Ossip K. Flechtheim

Band I: 2. Auflage 1967 · 232 Seiten

Band II: 2. Auflage 1968 · 212 Seiten

Band III: 1968 · 144 Seiten mit Register

der Bände I–III

Enthält u. a. die vergriffene Schrift „Die russische Revolution“

steifkartoniert mit Schutzumschlag

je Band 12,— DM; Leinen je 18,— DM

Karl Liebknecht

Klassenkampf gegen Militarismus

Ausgewählte Schriften und Reden

ca. 248 Seiten · steifkartoniert mit Schutz-

umschlag ca. 15,— DM; Leinen ca. 22,— DM

Leo Trotzki

Schriften über Deutschland

Gesammelte Werke 1

Herausgegeben von Helmut Dahmer

Eingeleitet von Ernest Mandel

ca. 288 Seiten · steifkartoniert mit Schutz-

umschlag ca. 15,— DM; Leinen ca. 22,— DM

Paul Frölich

Rosa Luxemburg

Gedanke und Tat

Mit einem Nachwort von Iring Fetscher

Diese 3. Ausgabe beruht auf der 1949 er-

schienenen 2. Ausgabe.

Durchsicht und Bearbeitung von Rose Frölich

377 Seiten, 4 Bildtafeln · Leinen 28,— DM

Gustav Landauer

Aufruf zum Sozialismus

Herausgegeben und eingeleitet von

Heinz Joachim Heydorn

192 Seiten · steifkartoniert mit

Schutzumschlag 12,— DM; Leinen 18,— DM

Charlotte Beradt

Paul Levi

Eine nicht exemplarische, aber entschleiende

Biographie

ca. 192 Seiten

Snolin-Broschur ca. 12,80 DM

Paul Levi

Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie

Aufsätze und Reden

Herausgegeben und eingeleitet von

Charlotte Beradt

ca. 160 Seiten · steifkartoniert mit Schutz-

umschlag ca. 12,— DM; Leinen ca. 18,— DM

**Europäische
Verlagsanstalt**

Er hat mit
harten Tatsachen zu tun.
Er lässt sich
nicht manipulieren.

Er liest:



Wer in unserem Land Antwort
auf die Fragen von heute und morgen will,
der liest

tatsachen
— SOZIALISTISCHE WOCHENZEITUNG —

die Zeitung, die nicht manipuliert ist

-tatsachen- ist unbestechlich
berichtet ehrlich
kommentiert konsequent
heult nicht mit den Wölfen

-tatsachen- ist eine Zeitung für Arbeiter
für die junge kritische Generation
für Leute mit Verstand und Rückgrat

Ich bestelle hiermit die Sozialistische Wochenzeitung **-tatsachen-**
(Postbezug 1,80 DM, Streifband 2,00 DM pro Monat) für mindestens
..... Monate. Bitte in Blockschrift ausfüllen!

Name:

Ort und Postleitzahl:

Straße:

Unterschrift des Bestellers
(Quartalsbezugspreis für Oberschüler und Studenten 4,00 DM!)



Bulgarien:
Maria (19 J., korrespondiert auf Deutsch) und ihr Bruder Vanja Georgieva (18 J., Französisch), Varna, Mirstrada 10, Bulgarien, suchen Briefpartner. (Interessen: Film, Literatur, Sport, Musik)
Petja Bogdanova (29 J.), Sredez-str. 4, Russe, Bulgarien (Sprachen: Französisch, Russisch; Interessen: Bücher, Musik, Filme, Bilder großer Maler)
Evgenia Kalinova (17 J., Schülerin am Technikum für Bauwesen und Architektur), Losen-Planina-Str. 16, Russe, Bulgarien (Sprachen: Englisch, Italienisch; Interessen: Ansichtskarten, Fotos von Künstlern)
Donka Mitscheva (21 J., Chemiestudentin), Mali-Bogdan-Str. 30, Plovdiv, Bulgarien (Sprachen: Französisch, Italienisch; Interessen: Film, Sport, Schallplatten)

CSSR:
Wilma Halbrstatova (18 J., Biologiestudentin), Vysokoskolska Kolej 3, Tyrsova 5, Jihlava, CSSR (Korrespondenz in Deutsch)
Karel Gleisner (18 J.) Kominicke schody 12, Mlada Boleslav, CSSR (Deutsch und Französisch — Hobbys: Modelleisenbahn, Musik, Jagd, Angeln)
Josef Foltyn (19 J., Student der Hotelfachschule), SHS Komenskeho 9, Marianске Lazne, CSSR (Korrespondenz in Deutsch, Englisch und Französisch mit 17- bis 20jährigem Partner(in) — Hobbys: Lesen, Ansichtskarten)
Vlasta Dokoupilova (24 J., Krankenschwester), Jiraskova 7, Rumburk, CSSR

Kuba:
Ileana Hernandez (17 J.), Avenida 19, esquina 60 Nr. 6005 altos Marianao, Kuba (Sprachen: Englisch, Französisch)
Maria Cristina Jorge Cabrera (Studentin), calle 232 Nr. 3146 entre 51 y 31, Apto San Augustin, Marianao, La Habana, Kuba (Spanisch und Englisch)

Polen:
Benon Szalek (21 J., Studentin), Szczecin, ul. Mazurska 20 m 7, Polen (Korrespondenz in Deutsch, Englisch, Russisch; Interessen: Sport, moderne Musik, Literatur, Ansichtskarten, alte Münzen, Tonband, Schallplatten)
Miroslaw Podriawo (18 J., Mechanikstudent), Slupsk, u. Wolnosci 31, Polen (Sprachen: Russisch, Polnisch; Hobby: Ansichtskarten)

b elan
Blätter für den
Jugend-
leiter

7. Bundesjugendkonferenz des DGB

Ein Bericht von K. H. Reichel und Ulrich Sander

„Die Delegierten der Gewerkschaftsjugend haben auf dem 7. Bundesjugendkongress eine Anzahl progressiver, zum Teil auch radikaler Akzente gesetzt“, meldete der BRU zweitgrößte Tageszeitung, die „Westdeutsche Allgemeine“. Und Erstaunliches fügt sie hinzu: Der Kongress habe eine deutliche Verschiebung der Positionen erkennen lassen, „die radikale Seite vertrat der DGB-Landesbezirk Nordrhein-Westfalen, unterstützt von der HBV-Jugend. Die IG-Metall-Jugend repräsentierte sich als starker Block der Mitte, während die dünn besetzte konservativere Seite von der IG Bau-Steine-Erden bestimmt wurde.“

„Junge Gewerkschafter wollen aufmucken“, verkündete die „Braunschweiger Zeitung“, und eine „kritische Haltung zu Gegenwartsfragen“ registrierte die „Westfälische Rundschau“. In der Tat: Ein jugendpolitisch bewegtes 1969 kündigt sich an. Vorausgesetzt, die zahlreichen — aus dem Katalog von über 300 Anträgen ausgewählten — Beschlüsse werden in Aktivitäten umgesetzt, so wie in Braunschweig geplant:

→ „Nur Notstandsgegner in den Bundestag“ („Frankfurter Rundschau“); Abgeordnete, die für die NS-Gesetze agierten und den Forderungen der Jugend zu einem Bundestagsbegräbnis 1. Klasse verhalten, können nicht auf die Unterstützung der jungen Gewerkschafter rechnen.

→ Das DGB-Vorstands-Lippenbekenntnis gegen die Notstandsgesetze erscheint den Delegierten unzureichend. Sie fordern vom Vorstand erhöhte Wachsamkeit sowie die politische und organisatorische Vorbereitung auf einen evtl. Generalstreik zum Schutz der Demokratie.

→ Der Ostermarsch, bisher nur durch Individualentscheidung einiger Gewerkschafter unterstützt, soll nun von den lästigen Distanzierungen durch die Düsseldorfer Zentrale befreit werden; die Vertreter der Gewerkschaften sollen auf allen Ebenen in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung mitarbeiten.

→ Die 7. DGB-Jugendkonferenz formulierte exakte Forderungen an die Adresse der Bundesregierung: Anerkennung der DDR

und der Oder-Neiße-Grenze, Austritt aus den Militärblöcken, Unterzeichnung des A-Waffensperrvertrages. Sie bezeichnete diese Schritte als Voraussetzung für eine konsequente Friedens- und Entspannungspolitik.

→ Trotz oder wegen des 21. August: Die Ostkontakte sollen fortgesetzt und auf FDGB, WGB und FDJ ausgedehnt werden.

Urheber dieser Beschlüsse sind rund 240 Delegierte und Gastdelegierte von 600.000 jugendlichen Gewerkschaftern, die am 22. und 23. November in Braunschweig zusam-

mengekommen waren. In den vergangenen drei Jahren seit der letzten Bundesjugendkonferenz hat sich Entscheidendes ereignet, das die Antwort und die Aktion der Arbeiterjugend verlangt: Große Koalition, Notstandsgesetzgebung, wachsender Neonazismus, Unruhe der Jugend. Und im gewerkschaftlichen Raum: Sparbeschlüsse, denen 40 Planstellen für hauptamtliche Jugendfunktionäre, der DGB-Berufsweltkampf und die Lehrlingswerbeaktion zum Opfer fielen. (Das Resultat deutet sich schon an: 30.000 jugendliche Mitglieder wurden Ende 1967 weniger gezählt als 1965.)



In dem Bestreben, die Gewerkschaftsjugend zum politisch profilierten Jugendverband zu machen, stellten die Delegierten die Sparmaßnahmen, das Verhältnis zu den Gewerkschaftsoberebenen, die Diskussion über eine aktive selbständige Gewerkschaftsjugend in den Mittelpunkt der Beratungen. (Wohl aber auch ein wenig nach dem Motto handelnd: Das Hemd sitzt mir näher als der Rock. Unbeabsichtigt entstand bisweilen der Eindruck, als sei der DGB-Bundesvorstand der Hauptfeind.)

Die Spannungen zwischen der Jugend des DGB und dem Bundesvorstand sind indes nur zu verständlich. Die „Sparbeschlüsse“ bringen die Jungen ebenso auf die Palme wie die konservative Grundhaltung und das Unverständnis der Vorstände gegenüber der protestierenden Jugend, die Bevormundung der Gewerkschaftsjugend, die mangelnde Treue zu gefäßen Beschlüssen seitens der Vorstände und die ungenügenden Mitbestimmungsrechte der Jugend in der Gesamtorganisation. Nicht einmal über die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bei Aktionen zum 1. September durfte die Gewerkschaftsjugend bisher selbst bestimmen.

Der Serie der Entmündigungsversuche steuerte der DGB-Bundesvorstand zur Jugendkonferenz einen weiteren bei. Ein sowjetischer Diplomat, der um eine Teilnahme an



Werner Vitt

der Konferenz nachgesucht hatte, wurde unter Hinweis auf die GSSR-Ereignisse nicht zugelassen. Andererseits saß ein US-Diplomat unter den Ehrengästen, was Mißfallenskundgebungen und Zurufe „Vietnam“ auslöste.

Eine Delegierte sprach es aus: „Wir werden den Gedanken der Mitbestimmung nur durchsetzen, wenn wir in den eigenen Reihen, in der Gewerkschaft, Mitbestimmung der Jugend praktizieren.“

Dieses und so manch anderes Protestwort in Rosenbergs Ohr! Doch er war nicht anwesend. Vom Geschäftsführenden Vorstand des DGB war außer dem für die Jugendarbeit zuständigen Günther Stephan nur der Beamtenschalter Waldemar Reuter erschienen, der die Delegierten mit Es-bleibt-alles-beim-Alten- und Nun-regt-Euch-nicht-auf-Sprüchen zu lebhaftem Widerspruch Anlaß gab (siehe Kasten).

Ein klares Bekenntnis zu einer aktiven Gewerkschaftsjugend legte Werner Vitt ab, Hauptreferent, IG-Chemie-Vorstandsmitglied und Wortführer der Jungen. Doch die in seinem Referat „Zum Selbstverständnis gewerkschaftlicher Jugendarbeit“ einleitend ausgesprochene Erwartung, die von ihm „sehr geschätzten Gewerkschaftsvorsitzenden und Vorstandsmitglieder sollten dazu bereit sein, nachher mit den hier vertretenen Jugenddelegierten in einen offenen und freundschaftlichen Dialog einzutreten“, blieb mangels Gewerkschaftsbossen ungehört. Nur der Gewerkschaft-Leder-Vorsitzende Adolf Mirkes hatte den Weg nach Braunschweig gefunden, zu Wort gemeldet hat er sich nicht.

Christian Götz, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV, bekannte sich wie viele Sprecher zur Aktionseinheit im DGB. Loyalität verlange aber gleichwertige Partner und die Einhaltung der Beschlüsse. Götz: Der

Sparbeschuß verstößt gegen Entschließung 247 des letzten DGB-Kongresses zur Unterstützung der Jugendarbeit.

Jetzt will die Gewerkschaftsjugend Sicherungen einbauen. Bis zum 8. Gewerkschaftskongreß des DGB im nächsten Jahr sollen neue Leitsätze für die Jugendarbeit und Beschlüßvorlagen über die Wahl der Sekretäre, die Entsendung eines Jugendvertreters in den Bundesvorstand, die Rücknahme der Sparbeschlüsse erarbeitet und in allen Jugendgremien diskutiert werden. Die neuen Leitsätze liegen im Entwurf vor. Ihr Ziel: Mehr Mitbestimmung, mehr Selbständigkeit für die Jugend.

Bereitschaft zu Aktionen brachte die Konferenz vielfältig zum Ausdruck. In Telegrammen solidarisierte sie sich mit den Streikenden der hessischen Correcta-Werke, protestierte sie gegen Schillers Berufsausbildungsmuffel, Staatssekretär Dr. von Dohnanyi. Hans-Joachim Heist (IG Metall): Es wird Zeit, daß auch die Berufsschüler auf die Straße gehen. Ihre Schulen haben vielfach sauerländisches Zwergschulformat, „aber nicht jeder Berufsschüler will Bundespräsident werden, sondern ein qualifizierter Facharbeiter.“

Willi Abts (ÖTV) sah die Tatsache, daß die SPD die Stimmen für ein Notstandsgesetz, nicht aber für die Berufsausbildung zusammenbrachte, als eine Ursache für jugendliches Unbehagen. Und Horst Klaus, frischgebackener Jugendsachbearbeiter im IG-Metall-Vorstand, vermutet eine „APO der Unternehmer“ hinter dem Boykott der Berufsausbildungspläne. Die Unternehmer benutzten das Parlament für ihre Zwecke.

Dieter Keller (IG Metall) empfahl, die Erfahrungen der sozialistischen Länder für die Berufsausbildung zu berücksichtigen und seitens des DGB Prognosen für die Entwicklungschancen einzelner Berufe zu veröffentlichen.

Die Konferenz hatte auch ihre Schwächen, das sei nicht verschwiegen. Wenn Aussagen gegen die konzentrierte Aktion, zur Wirtschaft- und Gesellschaftspolitik auf das nächste Jahr verschoben werden, so kann dies angesichts von Währungs- und Tarifkündigungen nur als unverständliche Sorglosigkeit, wenn nicht gar Konzeptionslosigkeit gewertet werden.

Der aufmerksame Beobachter vermisse eine klare Analyse der sogenannten neuen Ostpolitik der Bundesrepublik; er sah Widersprüche. Zum Beispiel, wenn Lob für Bonn („Zur Friedens- und Verständigungspolitik der Bundesrepublik gibt es keine Alternative“) und kurz vorher konkrete Alternativforderungen zum Bonner Alleinvertreter- und Grenzveränderer-Kurs beschlossen wurden, die an Klarheit der Aussage nichts zu wünschen übrig ließen. Diese Widersprüchlichkeit widerspiegelte auch der CSSR-Beschluß, in dem Bonns restauratives CSSR-Konzept arg verhärmelt wird.

Es fragt sich auch, ob bestimmte politische Aussagen nur deshalb nicht akzeptabel sein müssen, weil sie von den Delegierten kleinerer Gewerkschaften getroffen werden. Eifersüchteleien einerseits und ein bestimmtes Machtbewußtsein andererseits, das aus einem großen Delegiertenkontingent resultiert, liegen nicht im Sinne der angestrebten Profilierung und Einheit der Gewerkschaftsjugend.

In Braunschweig wurden dessen ungeachtet große Schritte nach vorn getan. Zwei Sprecher von der IG Chemie sagten, wie die Beschlüsse zu verwirklichen sind. Hinrich Oetjen: „Alles, was wir hier beschließen, muß als Kampfauftrag angesehen werden.“ Werner Vitt: „Demokratisches Bewußtsein wächst durch die Aktion.“

DGB-Bundesjugendkonferenz

Die Beschlüsse

„Die Befürchtungen vieler Gewerkschaftsmitglieder gegenüber der Großen Koalition haben sich bewahrheitet“, stellten die Delegierten in einem der über 300 Beschlüsse fest, die in Braunschweig behandelt wurden. Während die Preise stiegen, hätten sich die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung nicht im notwendigen Maße verbessert. Ähnlich war das vernichtende Urteil über die Große Koalition, wenn untersucht wurde, ob die Regierung den Forderungen der Jugend nach Mitbestimmung, verbesserter Berufsausbildung und Ausbildungsförderung nachgekommen ist. Es scheine, so wurde erklärt, als ob die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes auch von der Großen Koalition bewußt verzögert werde. Daher müßten jetzt „überall gezielte Aktionen durchgeführt werden, wie sie sich auch bewährt haben vor der Verabschiedung des bundeseinheitlichen Jugendarbeitsgesetzes.“

Mit diesen Aktionen soll den Vorstellungen des DGB für ein Berufsausbildungsgesetz Nachdruck verliehen werden, denn die vorliegenden Entwürfe der Parteien, so die Konferenz, würden den Erfordernissen nicht gerecht.

Notstandspolitiker nicht wählbar

Der Bonner CDU/CSU/SPD-Koalition wird nicht verziehen, daß sie Notstandsgesetze statt Berufsausbildungs- und Ausbildungs-förderungsgesetze, erhöhte Rüstungskosten statt kürzere Wehrdienstzeit und Wahlrecht für die Jugend beschlossen. Die Schuldigen sollen jetzt die Quiltung erhalten. Die Konferenz erklärte, „daß es mit den Beschlüssen der Gewerkschaften zur Notstandsgesetzgebung unvereinbar ist, solche Parlamentarier zu unterstützen und deren Einzug in den Bundestag zu ermöglichen, die sich für die Notstandsgesetzgebung eingesetzt haben.“ Weiter heißt es in dem Beschluß: „Für junge Wähler muß ein weiteres wesentliches Kriterium für ihre Wahlentscheidung die Haltung der Politiker zu grundsätzlichen Forderungen großer Teile der jungen Generation sein. ... Tiefes, an Feindseligkeiten grenzendes Mißverständnis kennzeichnete die Haltung der Mehrzahl der Abgeordneten bei den Debatten über die Unruhe in der jungen Generation. ... Wer es ernst meint mit dem Bestreben, die außerparlamentarische Opposition nicht zur antiparlamentarischen werden zu lassen, muß zu starken Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments bereit sein. ... In den Bundestag gehören Abgeordnete, die im Interesse der Arbeitnehmer handeln und Gewerkschaftsbeschlüsse ihren Gewissensentscheidungen zu Grunde legen.“

Jugend im Betrieb

Im Interesse der Arbeiterjugend soll so forderten die Vertreter der 600 000, endlich

eine große Novelle zum Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet werden, um den jungen Arbeitern 30 Tage Urlaub, ein neues Kurzpausensystem, Verbot jeder Kinderarbeit, Beschäftigungsverbot an Berufsschultagen, Verbot der Nachtarbeit und eine schärfere Überwachung der Arbeitgeberpraktiken zu sichern. Eine neue Berechnungsgrundlage soll Jungarbeitern, die sofort nach Lehrabschluß arbeitslos werden, ein höheres Erwerbslosengeld gewährleisten. Die Fahrtkosten der in der Ausbildung Stehenden soll künftig der Arbeitgeber tragen. Schließlich forderten die Delegierten die Tariffunktionen auf, für Jugendliche den gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit durchzusetzen.

Gefordert wird eine Novelle zum Betriebsverfassungsgesetz, um die Gleichstellung der Betriebsjugendsprecher mit Betriebsräten und die Vergrößerung der Jugendvertretungen zu erreichen. Die Jugendsprecher wollen endlich einen Kündigungsschutz erhalten und in Fragen des Jugendarbeitsschutzes und der betrieblichen Ausbildung mitbestimmen. Gefordert wurde, daß die Verschlechterungen des Unterhaltssicherstellungsgesetzes für Wehrpflichtige rückgängig gemacht werden. Jeder Plan für ein soziales Mädchen-Pflichtjahr, für Arbeitsdienst und Wehrsteuer wird auf den Widerstand der jungen Gewerkschafter stoßen. Die Prüfungsverfahren zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer sollen abgeschafft werden.

Die Delegierten protestierten gegen die Kürzungen des Bundesjugendplans. Sie forderten einen bezahlten Sonderurlaub für ehrenamtliche Mitarbeiter der Jugendarbeit. Allen Arbeitnehmern soll ein zweiwöchiger bezahlter Bildungsurlaub gewährt werden. Weitere Forderungen: Teilnahme der Gewerkschaften am Politikunterricht der Schulen, zwei Berufsschultage in der Woche mit mindestens je sechs Stunden, politische Bildung an Berufsschulen.

Sorge um die Demokratie

Aus Sorge um die Demokratie beschloß die Bundesjugendkonferenz: die Grundrechte müssen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigt werden, einschließlich des politischen Streiks. „Die demokratischen Kräfte müssen gerade nach der Verabschiedung dieses gefährlichen (Notstands-) Gesetzwerkes zu einer erhöhten Wachsamkeit bereit sein.“ Um entsprechende Aktionen unter der Arbeiterschaft vorzubereiten, soll der DGB ständige Streikkomitees bilden und in die Bildungsarbeit Diskussionen über den Generalstreik einbeziehen.

Weitere Forderungen nach mehr Demokratie sehen die Herabsetzung des Wahlalters, die Ablehnung aller Pläne für ein Mehrheitswahlrecht und die Demokratisierung des gesamten Pressewesens vor.

Kampf gegen Neonazis

Die Bundesjugendkonferenz forderte das Verbot der neonazistischen NPD. Alle demokratischen Kräfte wurden aufgerufen, darüber hinaus eine Politik durchzusetzen, die die Ursachen des Faschismus beseitigt. Als solche Ursachen wurden in einem Beschluß genannt: „nach 1945 unterlassene Auseinandersetzung mit Wesen und Ideologie des Faschismus“, „Beibehaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der er wurzelt“, „Besetzung wichtiger staatlicher und wirtschaftlicher Positionen durch Repräsentanten der Nazipartei“, „Aufbau der Bundesrepublik als antikomunistischer Vorposten der westlichen Kapitalismus“ und „Nichtanerkennung der durch den faschistischen Krieg ge-

Worte des Abgesandten des DGB-Bundesvorstandes, Waldemar Reuter, und was Referent Werner Vitt (IG Chemie) und die Delegierten zum selben Thema meinten.

Widersprüche

Änderung der Gesellschaft

„Primäraufgabe der Gewerkschaft ist es also nicht, die Gesellschaftsordnung zu ändern, doch wird sie durch die Auseinandersetzung mit den übrigen Gesellschaftsgruppen die Gesellschaft selbst verändern und fortentwickeln.“ (Reuter)

„Fortschritt und Wohlstand können aber nur im Kampf gegen die bestehenden Macht- und Produktionsverhältnisse durchgesetzt werden.“ (Vitt)

„Die Gestaltung zukünftiger gesellschaftlicher und politischer Herrschaft muß zur Befreiung der Arbeitnehmerschaft aus dem kapitalistischen Produktionssystem führen und damit zur gesellschaftlichen Freiheit der abhängig arbeitenden Menschen.“ (Vitt)

Wieviel Politik?

„Sie (die Gewerkschaft) ist weder politische Partei noch ein Parteiersatz und erst recht kein Tummelplatz für politisch Zukurzgekommene oder revolutionäre Heißsporne.“ (Reuter)

„Den Gewerkschaften ist eine politische Aufgabe zugewachsen, die über die bisherigen klassischen Aufgaben hinaus-

reicht. Angesichts des politischen Vakuums, das durch die ‚Volksparteien‘ noch vergrößert wurde, müssen die Gewerkschaften die ihnen zugewachsene politische Aufgabe wahrnehmen, wenn nicht der größte Teil unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft erneut einem, wenn auch anders gearteten Autoritarismus erliegen soll.“ (Vitt)

„Diese geringe Beteiligung (von rund 5 Prozent der Jugend an den Demonstrationen) sollte uns nicht dazu verführen, die sich hinter den Unruhen verborgenden berechtigten Forderungen zur Veränderung unserer Gesellschaft zu bagatellisieren.“ (Vitt)

„Üben und werben“ oder Mitbestimmung und Aktion?

„So sehe ich den Sinn der gewerkschaftlichen Jugendarbeit darin, die jungen Menschen in demokratisches Handeln und Denken einzuführen und sie in deren Ausübung zu üben, und von der Jugend her gesehen, darum zu werben, daß die von ihr als richtig empfundenen Ideen im gesamten Gewerkschaftsbereich durchgesetzt werden.“ (Reuter)

„Die Gewerkschaftsjugend braucht, um ihre gesellschaftspolitische Aufgabe erfüllen zu können, einen eigenen selbstverantwortlichen politischen Entscheidungsraum.“ (Vitt)

„Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist — wie das auch prinzipiell in dem Entwurf der neuen Leitsätze geschieht — Information, Aufklärung und politisches Engagement durch Aktion.“ (Vitt)

Vom Wert der Beschlüsse

„Keinesfalls sind Satzungen oder Richtlinien geeignet, den guten Willen des Miteinanders zu ersetzen.“ (Reuter)

„Die Beschlüsse über die Aufgabenstellung der Gewerkschaftsjugend sind verbindlich für alle Gremien der im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Sie können nicht nach Gutdünken ausgelegt und mit Hilfe von Anweisungen und Richtlinien in ihrer Substanz verändert werden.“ (Vitt)

Verständnisschwierigkeiten

„Um eines möchte ich Sie aber bitten, das ist das Verständnis für die Generation, gegen die große Teile der Jugend aufbegehren.“ (Reuter)

„Eine Solidarität in alters-differenzierten Gesellschaftsorganisationen über politische oder gesellschaftspolitische Probleme kann aber nur dann hergestellt werden, wenn die einmal formulierten Ziele für alle verbindlich sind und nicht aus kurzichtigen Zweckmäßigkeitserwägungen der Taktik oder gesellschaftlichen Anpassung geopfert werden.“ (Vitt)

Rechts gleich links?

„Deshalb ist uns auch jede Form des Radikalismus, komme er von rechts oder von links, suspekt, weil Radikalismus in Diktatur enden muß.“ (Reuter)

„Die Ursachen dafür (für Neonazismus) liegen u. a. in der nach 1945 unterlassenen Auseinandersetzung mit Wesen und Ideologie des Faschismus; in der Beibehaltung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, in der er wurzelt; in der Besetzung wichtiger staatlicher und wirtschaftlicher Positionen durch Repräsentanten der Nazi-Partei; im Aufbau der Bundesrepublik als antikomunistischer Vorposten des westlichen Kapitalismus und in der Nichtanerkennung der durch den faschistischen Krieg geschaffenen Verhältnisse in Mitteleuropa.“ (Beschluß 206 der 7. ordentl. Bundesjugendkonferenz des DGB.)

schaffenen Verhältnisse in Mitteleuropa". Die Delegierten sprachen sich gegen die Verjährung der NS-Mordtaten nach 1969 aus.

Zusammenschluß in der Aktion

Im Kampf für die demokratischen Rechte und für die Erhaltung des Friedens will die Gewerkschaftsjugend eng mit anderen Gruppen zusammenarbeiten. Die Konferenz brachte Solidarität zum Ausdruck mit dem Protest der opponierenden Jugend gegen Fehlentwicklungen und Schwächen der Gesellschaftsordnung. Beschlossen wurde die Schaffung von Aktionsgemeinschaften zwischen Studenten und der Gewerkschaftsjugend zwecks „gemeinsamer Aktionen zur Demokratisierung unserer Gesellschaft“. Als gutes Beispiel des Zusammenwirkens wurde die Jugendbildungsarbeit der IG Chemie und der IG Metall bezeichnet, in der Studenten und Arbeiter tätig sind. Die Konferenz protestierte gegen die zunehmende Zensur von Schülerzeitungen und beschloß, den Antikriegstag am 1. September – entgegen den Richtlinien des DGB-Bundesvorstandes – gemeinsam mit anderen Jugend- und Studentenorganisationen durchzuführen. Scharfen Protest legte die Konferenz ein gegen die Schnellgerichtspraxis und das Strafmaß im Falle der Beate Klarsfeld.

Kontakte zu sozialistischen Ländern

Gedenkfahrten und Informationsreisen in die DDR, Kontaktaufnahme zur FDJ und zum FDGB, Einladungen an junge Menschen aus der DDR zum Besuch der Bundesrepublik, Publikationsaustausch – all dies sieht die DGB-Jugend als ihren Beitrag zur Deutschlandpolitik an. Entgegen dem DGB-Vorstandsbeschluß, der nach dem 21. August die Kontakte zu den

fünf Warschauer-Pakt-Staaten einstellte, verlangte die Bundesjugendkonferenz, ungeachtet ihrer Ablehnung des Eingreifens der fünf Länder in der CSSR, die Fortsetzung gewerkschaftlicher Ostkontakte. Die Ereignisse in der CSSR dürften nicht dazu führen, daß Politiker der Bundesrepublik eine neue Phase des Kalten Krieges einleiten. Auch zu allen westlichen Mitgliedsorganisationen des Weltgewerkschaftsbundes (WGB, Sitz Prag) sollen Kontakte hergestellt werden.

Friedenspolitik

Als Voraussetzung einer konsequenten Friedenspolitik wertete die Konferenz: „Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Austausch von Gewaltverzichtserklärungen beider deutscher Staaten, Verzicht auf jede Form des Besitzes und Lagerung von Atomwaffen und Atomwaffenträgern und der Mitverfügung über sie, Bereitschaft zum Austritt der BRD aus der NATO und der DDR aus dem Warschauer Pakt.“ Unverzüglich soll Bonn den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnen und das Münchener Abkommen für nichtig erklären. Als „erste Stufe zur Einleitung ernstzunehmender Abrüstungsmaßnahmen“ wurde die Kürzung des Wehrdienstes um mindestens sechs Monate gefordert. Die Pläne für eine Wehrsteuer, so erklärten die Delegierten, stärkten den Verdacht, „daß man zwar von Abrüstung redet, durch die Einführung einer Wehrsteuer aber eine Stärkung des Rüstungspotentials“ erreichen wolle.

Offiziell beim Ostermarsch dabei

Die „Notwendigkeit zur Abrüstung und zum Kampf um die Erhaltung der Demokratie“ unterstreicht ein Beschluß, in dem die offi-

zielle Beteiligung der Gewerkschaften an den Ostermärschen befürwortet wird. Die Jugendausschüsse auf Kreis-, Landes- und Bundesebene wurden aufgefordert, in den Ausschüssen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung mitzuwirken. Ein entsprechender Antrag soll dem nächsten DGB-Bundeskongreß vorgelegt werden. In dem nach lebhaften Auseinandersetzungen mit antikomunistischen Verdächtigungen seitens des IG-Bau-Bundesjugendsekretärs Arno Kerlisch mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß heißt es: „Aufgabe der DGB-Jugend wird es sein, gemeinsam mit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung die enge Verbindung zwischen Rüstungspolitik und sozialer Demontage, zwischen Gesellschaftsordnung und Einschränkung der Demokratie durch Notstandsgesetze aufzuzeigen.“ Die Konferenz rief dazu auf, an Aktionen gegen die „Aggression der Regierung der USA in Vietnam“ teilzunehmen. Sie wandte sich gegen alle Versuche, „den imperialistischen Charakter des Krieges zu verschleiern“. Der Bundestag solle endlich den US-Krieg verurteilen, jede Unterstützung verbieten und amerikanischen Deserteuren Hilfe gewähren. Der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, auf die US-Gewerkschaften, die die Aggression unterstützen, einzuwirken. In weiteren Beschlüssen wurde zum Kampf gegen den Faschismus in Griechenland und zur Solidarität mit den Griechen in der Bundesrepublik aufgerufen. Energisch soll die Freiheitsbewegung in Spanien und Portugal unterstützt werden. Die Praktiken ausländischer Geheimdienste in der Bundesrepublik wurden verurteilt. Unverzüglich sollen die entführten südkoreanischen Bürger in die Bundesrepublik zurückkehren dürfen.

Ulrich Sander

Bankrott der „Revolutionäre“

Beobachtungen bei der SDS-DK/Von Bernd Schönauer

Vom 16. – 18. November fand in Hannover die Fortsetzung der Frankfurter Delegiertenkonferenz des SDS statt, die Mitte September abgebrochen wurde. Auf dieser Frankfurter DK waren fünf Genossen des marxistisch-leninistischen Flügels ausgeschlossen worden. Was sich die Antiautoritären jetzt in Hannover leisteten, konnte nicht zur Freude derjenigen reichen, die sich eine gute sozialistische Hochschularbeit wünschen. Auf der Konferenz in Hannover wurde kein einziger Beschluß gefaßt, weder zur Hochschulgesetzgebung, die jetzt von den Herrschenden forciert wird, noch zu einem anderen Punkt für den Kampf in der Bundesrepublik. Was sich schon vor einem Jahr ankündigte ist jetzt Wirklichkeit: die antiautoritäre Fraktion ist hoffnungslos in die Isolation geraten. Man will sich mit Aktionen aller Art über den „desolaten Zustand“ hinwegheilen. Mit Aktionen auf irgendwelchen Kongressen, die autoritär aufgezogen sind. Doch der Platz des SDS sind die Universitäten und hier wäre es seine Aufgabe, die kritischen Studenten um sich zu scharen und den Kern einer progressiven Richtung zu bilden. Semler trat in Hannover groß auf, der Mann aus Westberlin, der Strategie der sinnlosen Straßenschlacht mit der Polizei. Am klarsten zeigt sich der Zustand des SDS daran, daß solche Leute nach vorne

kommen können. Einige der alten SDS-Führer haben sich zurückgezogen oder sie schafften den Sprung in das Establishment, gegen das sie einige Semester kämpften. Die Berliner SDSler brachten einige Rocker mit, an denen sie die Verbindung zur Arbeiterklasse zeigen wollten und mit denen zusammen sie die Straßenschlacht durchgeführt hätten. Heidelberger forderten stärkere Betriebsarbeit, um SDAJ und DKP besser bekämpfen zu können. Der neue Bundesvorstand ist bereits zerstritten zwischen Becker (Heidelberg), Behnke (Tübingen) und Knapp und Reinhard Wolff (Westberlin). Frankfurter lehnten es wegen der Spannungen innerhalb der Gruppe ab, für den BV zu kandidieren. Bei der Wahl stimmten 26 Gruppen mit, 16 waren schon vorher abgerüstet. Keineswegs überraschend war, daß „traditionalistischen, d. h. marxistisch orientierten SDSlern die Stimmkarten verweigert wurden, auch wenn sie von der eigenen Gruppe zu Delegierten bestimmt worden waren. Keine Mandatsprüfungskommission kontrollierte die Stimmberechtigung der Delegierten. So redete man also und zerradete alles, was bisher an konstruktiver Arbeit geleistet wurde. Ein neues Feindbild wird vielfach aufgebaut, das Bild des Kommunismus. Antikommunismus wird zur Tagesaufgabe erklärt.

Nun wird von verschiedenen Kräften, unter anderem von Trotzkisten, der Wunsch gehegt, den SDS zur Ausgangsbasis für eine neue Partei zu machen, die die Interessen der Arbeiter vertreten soll. Die Intellektuellen in dieser Partei sollten dann die Elite darstellen, der sich der Arbeiter beugen muß. Der praktische Erfolg dieser Partei: ein endgültiger Bruch des Bündnisses, das von Genossen des marxistisch-leninistischen Flügels im SDS mit den Arbeitern vielerorts geschaffen wurde. Ein Beschluß kam dennoch zustande, nämlich das Organ des SDS, „Neue Kritik“ aus dem Verlag gleichen Namens herauszunehmen und so anstatt „revisionistischer“ Politik echte revolutionäre Politik zu machen. Es hat aber eher den Anschein, als ob sich die Zahl der Blätter, die sich ausschließlich mit Sexualproblemen befaßt, wieder um eines vermehre.

Es ist jetzt Zeit, daß die Marxisten-Leninisten im SDS ihre Kräfte verstärken, um durch positive Aktionen der sozialistischen Studentenbewegung in der BRD wieder auf die Beine zu helfen. Es wäre ein politisches Verbrechen, Großbetriebe, die Wissenschaft produzieren, links (oder rechts) liegen zu lassen.



Unternehmer – Sündenregister

Firma: Hamburger Flugzeugbau
Ort: Hamburg
Vorfall: Lehrlinge mit schlechten Zwischenprüfungsergebnissen werden an einem „modernen Pranger“ (Schwarzes Brett) denunziert. Es wird verspottet.
Zeitpunkt: Herbst 1968

Firma: Howaldtswerke – Deutsche Werft
Ort: Hamburg
Vorfall: 50 Prozent der Elektrikerlehrlinge im Werk Ross fallen durch die Prüfung; Ausfegen und Feilübungen gehören zu den Hauptbeschäftigungen.
Zeitpunkt: 1968.

Firma: Auto-Union Zweigbetrieb Schwarzerden
Ort: Schwarzerden/Saar
Vorfall: Die Lehrlinge bleiben nur ein Jahr lang in der Lehrwerkstatt, im 2. und 3. Lehrjahr müssen sie Akkordarbeiten verrichten und 75 bis 90 Prozent der Leistungsausbeute erbringen.

Firma: C. H. Boehringer Sohn
Ort: Ingelheim
Vorfall: Die Chemielaboranten-Lehrlinge Bernd Mannheim (21), Edgar Schiek (19) und Karl Bahlmann (20) werden nicht in ein Arbeitsverhältnis nach der Lehre übernommen wie elf weitere Kollegen. Grund: „Anpassungsschwierigkeiten“, – und intensive Interessenvertretung der Jugendlichen im Betrieb.
Zeitpunkt: Juni/Juli 1968

Firma: Heidenreich und Harbeck, Maschinenfabrik.
Ort: Hamburg.
Vorfall: Lehrlinge ersetzen Hilfsarbeiter und sind wochenlang als billige Arbeitskräfte mit Tätigkeiten beschäftigt, die keine Fertigkeiten erfordern, wie Entgraten von Werkstücken.

Firma: Kaufhaus Horten
Ort: Ludwigshafen/Rhein
Vorfall: Die Firmenleitung stellt dem Verfassungsschutz um einen Betriebsraum zur Verfügung, um den Verkäufer Bernd Kockowiak aus Speyer nach seiner politischen Tätigkeit zu befragen und ihn – erfolglos – für Spitzeldienste anzuwerben.
Zeitpunkt: Oktober 1968

Firma: Klöckner-Möller
Ort: Köln
Vorfall: Jugendliche Hilfsarbeiter erhalten für gleichwertige Arbeit bis zu 50 Prozent weniger Lohn als ältere Kollegen.
Zeitpunkt: Herbst 1968.



Unternehmer — Sündenregister

10472 Fälle von unzulässig langen Arbeitszeiten junger Arbeiter, Angestellter und Lehrlinge stellten die Gewerbeaufsichtsämter Bayerns in den letzten zweieinhalb Jahren fest. 7081 Jugendliche wurden trotz ärztlichen Verbots beschäftigt. Tätigkeiten am Sonntag oder zu anderen arbeitsfreien Zeiten wurden 3400 Jugendlichen zugemutet. 250 Fälle von Kinderarbeit wurden registriert.

Diese Zahlen stammen allein aus Bayern; neue Statistiken anderer Bundesländer liegen nicht vor, eine Bundesstatistik ebenfalls nicht.

Diese Zahlen weisen nur die Fälle aus, die von den Gewerbeaufsichtsämtern bemerkt wurden. Aber rund 95 Prozent von Verstößen gegen den Jugendarbeitsschutz bleiben im Dunkeln. Das meinen Gewerkschaftsexperten. Und nur knapp vier Prozent der tatsächlich registrierten Verstöße führen zu strafrechtlichen Verfolgungen der Schuldigen: der Arbeitgeber. Das stellte sich ebenfalls in Bayern heraus.

Wir haben ein Jugendarbeitsschutzgesetz, mit dem die Unternehmer Schindluder treiben.

Nicht besser steht es mit der Berufsausbildung. Lehrlinge werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Trotz guter Lehrerergebnisse müssen viele ihren Beruf wechseln, da sie in einem Beruf ohne Zukunft ausgebildet werden. Entlassungen nach dem Lehrabschluß stehen auf der Tagesordnung.

In vielen Betrieben verdient die Berufsausbildung diesen Namen nicht.

Lehrlinge müssen Kaffee kochen und Bier holen. Betriebsjugendvertreter werden schikaniert, wenn sie auf Mißstände aufmerksam machen. Jugendliche Arbeiter erhalten für gleichwertige Arbeit weniger Lohn als ihre erwachsenen Kollegen. Mädchen werden mit schweren körperlichen Arbeiten beauftragt. Junge Menschen werden im Betrieb umhergeschubst.

Jeder kennt solche Fälle. Viele haben sie selbst erlebt.

„elan“ hat eine Unzahl solcher Fälle notiert. Jugendliche packten aus. „elan“ stellte die Angaben in einer zentralen Kartei zusammen.

Es entstand ein Sündenregister der Unternehmer.

Die Sünder scheuen nichts so sehr, wie die Veröffentlichung ihres Namens. Vielfach mußten sie von ihrem Tun ablassen. Wie die Firma Karstadt in Dortmund, die die entlassene Betriebsjugendsprecherin Brigitte Ott (siehe elan 9/67) wieder einstellen

mußte. Verschreckt reagierte der „Industriewarndienst“, der gegen unsere Betriebsreports vom Leder zog. Unternehmerverbrechen gegen Jugendliche werden wir künftig verstärkt anprangern. Wir bringen Fakten aus dem Sündenregister. In dieser Ausgabe fangen wir damit an.

Jeder Skandal wird veröffentlicht!

Macht mit. Wehrt Euch. Sagt es Eurem Betriebsrat, Eurem Betriebsjugendsprecher, Eurer Gewerkschaft. Und sagt es der Redaktion „elan“, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie es jungen Menschen im Betrieb ergeht.

Schluckt den Ärger nicht hinunter, hängt es an die große Glocke!

Die herrschende Presse verschweigt, was Jugendliche im Betrieb bewegt.

Kollegen, die „Aktion Sündenregister“ sorgt dafür, daß Eure Probleme nicht mehr vertuscht werden.

Füllt den nachstehenden Interviewbogen aus. Interviewt Eure Kollegen. Schreibt an „elan“.

Danke!

Die Redaktion



„Paßt! Der Nächste!“

SÜNDEN REGISTER

Liebe Kollegen, Freunde, Genossen, Damen und Herren!

Im Rahmen der elan-Aktion „Sündenregister der Unternehmer“ legen wir Euch heute unseren Interview-Bogen vor. Wir wären Euch sehr dankbar, wenn Ihr den Bogen möglichst umgehend ausgefüllt zurücksenden würdet.

Die Fragen sind besonders zugeschnitten auf Jugendliche, die aus eigenem betrieblichen Erleben berichten. Wir bitten jedoch auch jeden älteren Kollegen, die ihm bekannte betriebliche Situation Jugendlicher in diesem Interviewbogen zu schildern. Die Fragen können vielfach nur Anstoß geben zu weiteren Ausführungen, die unter „Bemerkungen“ oder auf einem Beiblatt niedergeschrieben werden sollten.

I. Allgemeine Angaben

Name, Vorname

Geschlecht Alter Wohnort

Straße

Betriebsart: Handwerk / Industrie / Handel / Dienstleistung / Verwaltung / Landwirtschaft *)

Name des Betriebes

Bist Du Lehrling: Ja / Nein Wievielles Lehrjahr?

Ausgeübter Beruf?

Gelernter Beruf?

*) Nichtzutreffendes bitte streichen!

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft

Wieviel Beschäftigte hat der Betrieb?

Wieviel davon sind Jugendliche?

Wieviele davon sind Lehrlinge?

Hast Du schon einmal die Firma, die Branche oder den Beruf gewechselt? Ja / Nein

Wenn ja, warum?

Sind Lehrlinge oder Jugendliche unter 21 Jahren in letzter Zeit bei Euch entlassen worden? Ja / nein

Der Interviewbogen ist auch dann von Wert, wenn nicht alle Fragen beantwortet werden. Wenn es nicht anders möglich ist, kann der Bogen auch ohne Namensnennung abgefaßt werden. Sinn dieser Aktion ist es, Mißstände im Arbeitsleben junger Menschen aufzuzeigen und die dafür Verantwortlichen — die Unternehmer — beim Namen zu nennen.

Redaktion e l a n

II. Berufsausbildung

Gibt es bei Euch eine Ausbildungsabteilung / Lehrwerkstätte oder ähnliches?

Wer kümmert sich um Deine Ausbildung? Meister / Abteilungsleiter

Stimmt Deine Ausbildung mit dem Berufsbild überein (siehe Lehrvertrag)? Ja / nein

Hast Du das Gefühl, daß Dir alles vermittelt wurde (wird), was für Deinen Beruf erforderlich ist? Ja / nein

Wirst Du mit Hilfsarbeiten, bzw. ausbildungsfremden Arbeiten (Einkauf, Kaffeekochen usw.) beschäftigt? Ja / nein

Mit welchen?

Wie oft?

Hältst Du Deinen Ausbilder für fähig für die Ausbildertätigkeit? Ja / nein

Wenn nein, warum nicht?

Welche Fächer hast Du in der Berufsschule?

Wieviele Stunden² pro Fach?

Wie oft?

Was müßte Deiner Meinung nach in der Ausbildung verbessert werden?

Hast Du Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaften besucht?

Wie lange?

Hast Du Bildungsveranstaltungen der Arbeitgeber besucht?

Wie lange?

III. Jugendarbeitsschutz

Wie lang ist die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit der Jugendlichen? Std.

Wie lang ist die Arbeitszeit der erwachsenen Kollegen? Std.

Wieviele Pausen haben die Jugendlichen täglich? Pausen;

Gesamtdauer Minuten

Existiert ein Pausenaufenthaltsraum für Jugendliche? Ja / nein

Hast Du in den letzten 12 Monaten Urlaub gehabt? Ja / nein

Wie lange? Tage

Arbeiten bei Euch Jugendliche im Akkord? Ja / nein

Arbeiten bei Euch Jugendliche in Schichten? Ja / nein

Welche Schichten?

Arbeiten Jugendliche am Fließband? Ja / nein

Sind Fälle von Prügelstrafe vorgekommen? Ja / nein

Ist Dir schon einmal von einer Überprüfung Deines Betriebes durch das Gewerbeaufsichtsamt etwas bekannt geworden? Ja / nein

Hat sich daraufhin etwas geändert?

Machst Du Überstunden? Ja / nein

Wie oft? Stunden pro Woche

Wieviele Stunden hast Du Berufsschulunterricht? Std.

Must Du anschließend noch in den Betrieb? Ja / nein

IV. Entlohnung

Erhältst Du nur den Tariflohn oder auch übertarifliche Zahlungen (Urlaubsgeld und/oder weitere soziale Leistungen wie Fahrgeld, Essenzuschuß usw.)?

Wieviele Prozent vom Facharbeiterlohn erhältst Du?

Wird beim Entgelt unterschieden zwischen Jüngeren und älteren Lehrlingen (unter 18 oder über 18)? Ja / nein

Wird beim Lohn/Gehalt unterschieden zwischen jungen und älteren Facharbeitern/Angestellten? Ja / nein

Erhalten Mädchen den gleichen Lohn bei gleicher Arbeit? Ja / nein

Erhalten jugendliche Hilfsarbeiter den gleichen Lohn wie ältere? Ja / nein

Wie werden Überstunden bezahlt?

Wird Akkord bezahlt?

V. Jugendvertretung

Gibt es bei Euch eine Jugendvertretung und einen Betriebsrat?

Habt Ihr eine aktive Jugendvertretung?

Sind Jugendvertreter zeitweise oder ständig von der Arbeit freigestellt?

Werden Jugendvertreter bei ihrer Tätigkeit von der Unternehmensleitung behindert oder gefördert? Auf welche Art?

Werden Betriebsversammlungen durchgeführt?

Während der Arbeitszeit? Wie oft?

Sind Fälle vorgekommen von Behinderung der Betriebsjugendversammlung durch Abbruch oder Einschreiten der Betriebsleitung?

Darf die Gewerkschaft im Betrieb für den Jugendlichen tätig werden?

Sind Fälle von Entlassungen von Jugendvertretern vorgekommen?

Mit welcher Begründung?

Hat die Jugendvertretung Deines Wissens Einfluß auf die Ausbildung?

Weitere Bemerkungen:

Unterschrift

Ulrich Sander über die DBJR-Vollversammlung:

Auf der Suche nach Profil

Am Anfang war das Mißverständnis. Hermann Kumpfmüller, Vorsteher des Bayerischen Jugendringes und als solcher mit dem klangvollen Namen „Präsident“ ausgerüstet, verteidigte sein Referat „Das Selbstverständnis des Deutschen Bundesjugendringes und seiner Mitgliedsverbände“ gegen die „Bremser“ aller Richtungen: Wer immer argwöhnte und eigenwillig interpretierte, habe ihn ganz einfach mißverstanden. Als „Bremser“ hatte sich auf der 35. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes zu verstehen: die unpolitischen, konservativen oder rechtsstehenden Verbände wie Deutsche Sportjugend, Wanderjugend, Alpenvereinsjugend, Katholische Jugend, Jugendrotkreuz, Landjugend, Deutsche Jugend des Ostens, aber auch die Gewerkschaftsjugend, die einem politischen Zentralismus in der DBJR-Spitze ablehnend gegenübersteht und bei der Frage der Politisierung des Bundesjugendringes das „Wie“ in den Vordergrund stellt. Eines war für Kumpfmüller sicher: „Wenn wir so weitermachen, wie bisher, wird es keine zehn Jahre mehr gut gehen.“

Nicht wenige Jugendverbände des DBJR haben Profilneurose. Die Unruhe und Rebellion junger Menschen fand außerhalb ihrer Reihen statt. Jugendverbände haben vielfach den Anschluß verloren oder eine Schiedsrichterrolle eingenommen. Von der Schiedsrichterrolle konnten sich auch einige Funktionäre in Ludwigshafen bei der Vollversammlung nicht trennen; das zeigte die Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung, die Eingrenzung auf „adäquate Mittel“ (?) für die Durchsetzung der Demokratisierung aller Bereiche, die Festlegung auf „dieses System, so wie wir es verstehen“ (DAG-Bundesjugendleiter Prosch).

Erst vor sechs Jahren hatten die DBJR-Verbände in St. Martin die These von der „vergesellschafteten Jugendarbeit“ und ihrem Ziel der Einordnung junger Menschen in die Gesellschaft verkündet. In Ludwigshafen mußte nun St. Martin kurzerhand über Bord geworfen werden: „Die Jugendverbände bejahen entschieden die Notwendigkeit von permanenten Veränderungen und sehen darin eine entscheidende Voraussetzung zur Sicherung der Zukunft in einer demokratischen Gesellschaft. Dem dient nicht die unkritische Anpassung junger Menschen an die bestehende Gesellschaft.“ So lautet die neue These, formuliert nach einer langen Diskussion – auf daß der Modergeruch des Establishments vom 7-Millionen-Dachverband weiche. Ob freilich Kumpfmüllers Forderung, die Jugendverbände sollten zwischen der Rebellion der Jugend und dem Establishment Brücken bauen und dabei „vom Ufer der Rebellion aus beginnen“, mit den Beschlüssen von Ludwigshafen verwirklicht werden kann, ist ungewiß. Wenn der Bundesjugendring erst jetzt die Herabsetzung des Wahlalters fordert, nachdem dies alle drei Bundestagsparteien ebenfalls taten, so vermag das die Rebellen sicher nicht vom Stuhle zu reißen. Und für besonders

keck darf sich der nicht halten, der, wie es der Bundesjugendring in einer Erklärung zu aktuellen Fragen der Kriegsdienstverweigerung tat, zuerst einmal der Obrigkeit seine Bravheit versichert („bejahen das Verteidigungsrecht der Bundesrepublik“), sich dann von einigen Lümmeln in den eigenen Reihen distanziert, die sich doch tatsächlich erlauben, ihren Antrag auf Anerkennung als Wehrdienstverweigerer erst während des Dienstes beim Bund zu stellen und andere über diese Möglichkeit aufklären („solche Aktionen ... diskreditieren die Mehrheit der Kriegsdienstverweigerer“), um erst dann zur Sache zu kommen: Kritik am Befehl des Generalinspektors vom 1. 7. 68, nach dem vom Prüfungsausschuß abgelehnte Antragsteller auf Kriegsdienstverweigerung auch dann vollen militärischen Dienst tun müssen, wenn sie Berufung gegen diese Verwaltungsentscheidung eingelegt haben. Diese Halbherzigkeit und Vorsicht bei der Formulierung der Forderungen veranlaßte Gewerkschaftsjugend, Naturfreundejugend und Falken dazu, dem Beschluß ihre Zustimmung zu verweigern.

Wenn Kumpfmüller in seinem Grundsatzreferat der Politisierung und Stärkung des Bundesjugendringes das Wort redete, aber als erste Maßnahmen lediglich gemeinsame Verbandszeitschriften, Jugendreiseunternehmen, Funktionärshandbücher und Bildungskurse anzubieten hatte, so war dies der Grund für so zahlreiche Mißverständnisse. Allein die Sorgen der Verbandsspitzen berücksichtigend und ausschließlich auf Abgeordnete und Ministerien und deren Wohlwollen fixiert, wurde nicht deutlich, wie die jungen Menschen selbst für ihre Interessen engagiert werden können. Schließlich ist die Frage noch nicht beantwortet, warum auf dem Sektor Berufsausbildung und Ausbildungsförderung seitens des Bundesjugendringes bisher nur Lobbyarbeit geleistet wurde, obgleich sich alle Verbände der Vordringlichkeit entsprechender Gesetze bewußt sind, ist man im DBJR auf die Möglichkeit, die Jugend selbst auf diesem Gebiet zu aktivieren, offenbar noch nicht gekommen.

Sprecher der Gewerkschaftsjugend waren es, die in Ludwigshafen davor warnten, in der Zentralisierung bereits Stärkung zu sehen und zur Durchsetzung der Forderungen in Ministerien zu antichambrieren. Heinrich Oetgen, Bundesjugendsekretär der IG Chemie, wettete dagegen, den Bundesjugendring als „Dienstleistungsbetrieb“ zu stärken. Vielmehr müsse er in der Diskussion Positionen erarbeiten und die Jugend hinter sich bringen, um durch seine Repräsentanz stark zu sein. Dann werde man auch in Ministerien Eindruck machen.

Der Gewerkschaftsjugend war nachgesagt worden, sie wersetze sich einer Reform des Bundesjugendringes, insbesondere der Abschaffung der antiquierten, Einstimmigkeit gebietenden „Grundsatzfrage“, um eine Politisierung des Dachverbandes einzudämmen. In

Ludwigshafen betonten die Gewerkschafter nun, sie betrachteten den DBJR weiterhin als eine zu bilateralen und multilateralen Kooperationen anregende, freiwillige Arbeitsgemeinschaft, in deren Mittelpunkt der Erfahrungsaustausch stehen müsse. Um zu Mehrheitsentscheidungen zu gelangen, solle die Grundsatzfrage abgeschafft werden. Die Gremien des DBJR könnten aber nur für sich selbst, nicht für die Mitgliedsorganisationen sprechen. Abweichende Meinungen müßten respektiert werden. Die Vollversammlung machte sich diese Auffassung zu eigen.

In einer Frage beharrten die Gewerkschafter auf ihren Standpunkt: Die politische Aussage des Bundesjugendringes darf nicht die Haltung der Mitgliedsverbände kanalisieren oder gar binden. Otmar Günther, Organisationssekretär beim IG-Metall-Vorstand: „In der Haltung zur Oder-Neiße-Grenze kann man sich schließlich nicht von der Deutschen Jugend des Ostens Belehrungen erteilen lassen.“

Weitere wichtige Entscheidungen des Bundesjugendringes bleiben nachzutragen: Forderung nach Revision des politischen Strafrechtes, nach Amnestie für Teilnehmer der Jugenddemonstrationen des Frühjahrs und Sommers dieses Jahres sowie die Wiederwahl des Falken-Bundesvorsitzenden Klaus Fliegel (38) als Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes. Schließlich wurde festgelegt: Innerhalb der nächsten zwölf Monate muß über eine neue Satzung des Bundesjugendringes entschieden werden, damit die Strukturfrage geklärt wird.

KIESINGER SCHWEBE DAS „LEITBILD“ des klerikal-autoritären Antikommunismus“ vor, stellte der Bundesvorsitzende der Deutschen Jungdemokraten, Wolfgang Luder, im Zusammenhang mit der Portugal-Reise des Bundeskanzlers fest. Wie bei den Debatten um die Notstandsgesetzgebung habe sich erneut gezeigt, daß die CDU ungeeignet sei, den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen, die Freiheit in Deutschland zu vollenden.

EIN GO-IN IM Bundesfamilienministerium veranstalteten 17 Sozialreferenten der ASIA verschiedener Hochschulen. Wie der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) mitteilte, drangen die Studenten am protestierenden Pfortner vorbei direkt in das Zimmer der überraschten Familienministerin Aenne Brauklopp ein. Dort ließen sie sich auf dem Teppich nieder. Die Studenten wandten sich gegen die massiven Verschlechterungen, die der Entwurf des Ministeriums für ein Ausbildungsförderungsgesetz im Vergleich zum ebenfalls als völlig unzureichend betrachteten Honnefer Modell aufweise.

JUNGE DEMONSTRANTEN DRANGEN ins Wiesbadener Kurhaus ein, um den exklusiven „Debütantenball“ höherer Töchter zu stören. Die Polizei griff ein. Unter den Gästen des Balls – die Eintrittskarten kosteten hundert Mark – befanden sich mehrere Landesminister.

DIE JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD haben Einladungen der Jugendorganisationen Rumäniens und Ungarns zu gesamt europäischen Begegnungen über Fragen der europäischen Sicherheit, die 1969 in Bukarest und Budapest stattfinden sollen, angenommen.

STARKER ABFALL VON SYMPATHIEN für politische Parteien kennzeichnet das Ergebnis einer Umfrage von „Emnid“ unter Oberschülern und Studenten im Alter von 17 bis 26 Jahren, das jetzt veröffentlicht wurde. 32 Prozent halten keine Partei für wahlenswert. SPD und CDU liefen stark ab, FDP holte auf: Für FDP und SPD entschieden sich jeweils 24 Prozent der Befragten, 22 Prozent für die CDU/CSU, 4 für die NPD und 4 für eine nicht näher bezeichnete linke Partei.

Ein Parteitag gegen die Jugend

Gemeint ist der Parteitag der CDU. Abgehalten vor einigen Tagen in Westberlin. Ge- „Schütz“t durch 5-fache Ketten, durch „außer- gewöhnlich umfangreiche Sicherheitsvorkeh- rungen“ (Die Welt, 4. 11. 68), durch Gitter um das gesamte Gelände und durch „mehrere Hundertschaften der Polizei“. Wie es hieß, schützte man sich, um „Störversuche der außerparlamentarischen Opposition im Keim zu ersticken“. Ein Symptom für das Verhältnis der CDU zur jungen Generation?

Sonntagsredner der CDU haben von dieser CDU-Zusammenkunft behauptet, dies sei ein Parteitag der Zukunft. Aber die Antworten an die Zukunft sind bezeichnend, erschreckend und gefährlich.

Zukunft und junge Generation sind eine Ein- heit. Wer über die Zukunft redet, muß bekenn- en, was er zur Jugend, zu ihrer gegenwärtigen Lage zu sagen hat, wie ihr Heute und Morgen zu gestalten ist.

Wer danach auf dem Parteitag Ausschau hielt, bekam die Antwort, die für das Gesamtkon- zept des Parteitags spricht:

Der alte reaktionäre Kurs wird weiter ver- folgt, der Rechtsschwenk mit allen Mitteln for- ciert. Der demokratischen Jugend, der außer- parlamentarischen Opposition wird wie eh und je gedroht.

Aber offen gesagt: Ein unerfahrener oder oberflächlicher Zuhörer wird sich im Nebel demagogischer Verführungstricks und wirk- lichen Absichten des Parteitages sicher sehr schwer zurecht finden. Wer Zustimmung für eine schlechte Sache braucht, kann nicht gleich mit der Tür ins Haus fallen. So wird denn ein Übermaß von Worten wie Frieden, Friedensordnung, Entspannung, Demokratie strapaziert, um unser Volk unter Führung der CDU, die für eine „neue Ordnung angetreten“ ist (Barzel), endgültig auf den verhängnisvol- len Weg des Strauß'schen „Entwurf für Euro- pa“ zu führen.

Kernstück des Friedens. Dieser CDU-Partei- tag sagte den USA Unterstützung ihrer „Füh- rungsaufgaben“ in ihrer Rolle als Weltgen- darm zu und meldete gleichzeitig mehr eige- ne Ansprüche auf größeren Einfluß in der NATO an. Die CDU, politische Partei des Großkapitals, beharrt auf dem ältesten Relikt der reaktionären Politik, auf dem Alleinver- tretungsanspruch. Im angenommenen CDU-Ak- tionsprogramm — auch „Berliner Programm“ genannt — wird klipp und klar gesagt, daß die CDU die Anerkennung des „Herrschaftssys- tems im sowjetisch besetzten Teil Deutsch- lands“ ablehnt und es als „nationale Sorge- pflicht der Bundesregierung (betrachtet) für unsere Landsleute zu sprechen.

Nichts dazu gelernt. Aber 20 Jahre Nach- kriegspolitik haben doch immer wieder ge- zeigt, daß die Kernfrage jeder Entspannung- politik in Europa der Verzicht auf den Allein- vertretungsanspruch ist. Echte Entspannungs- und ernstzunehmende Friedenspolitik mißt sich daran, daß man z. B.,

die bestehenden Grenzen in Europa und die DDR anerkennt und daß sie die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen mit der DDR anstrebt.

Die Todfeindschaft gegen den anderen deut- schen Staat zeigt sich auch in folgendem ausformulierten Ziel:

„Die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland muß als ge- samtdeutsche Aufgabe begriffen werden.“ Was ist das anderes als die Umschreibung der CDU-Wünsche nach restaurativen konter- revolutionären Veränderungen in der DDR! In der These 5 des Aktionsprogramms wird dann schon eifrig annektiert: „... Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland.“

Das Gesamtvorhaben der CDU sieht vielfältige Anstrengungen vor, für eine Verschärfung der Politik der Stärke noch bessere Voraus- setzungen zu schaffen. So sollen unter Füh- rung Bonns andere westeuropäische Staaten das Potential des hiesigen Großkapitals stär- ken. „Deshalb drängen wir auf die politische Einigung Europas.“ (Aktionsprogramm, The- se 8).

Das war auch Sinn der Reise Kiesingers vor dem Parteitag nach Franco-Spanien und Por- tugal — nämlich die rechten Kräfte in West- europa schneller zu formulieren. Die Orientierung auf die Verschärfung der Spannungen nach außen wird durch eine be- schleunigte Rechtsentwicklung im Innern komplettiert.

Der Buhmann Jugend: CDU-Fraktionschef Rainer Barzel diffamierte einmal mehr die demokratische Opposition der BRD als „Ver- leumder“, die ihre „Rechte“ mißbrauche und daher nicht „Demokraten“ genannt werden könne. (Nach „Die Welt“, 6. 11. 68, S. 7). Generalsekretär Heck sieht in diesen Kräften „Utopisten und notorische Weltverbesserer“. Und der Bundeskanzler, in dessen verteil- tem Rede-Text kein Sterbenswort zur Jugend enthalten war, wandte sich darauf gegen die opponierende Jugend, der er wieder nur „ra- dikale Lösungen“ und „Gewaltakte“ unter- schob. Kein Wort auf dem ganzen Parteitag, wie die seit Jahren von den verschiedensten Kreisen unserer Jugend erhobenen Forderun- gen nach zeitgemäßer Berufsausbildung, nach gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, nach Mitspracherecht der Jugend in der Tat reali- siert werden können. Kein Hinweis nach Be- seitigung der Bevormundung junger Men- schen durch die etablierten Parteien, durch Monopole und Staat. Dafür hörte man auf dem Parteitag dies: Wäh- rend der Jugendaktionen habe sich die Staats- autorität „in manchen seiner Organe unsicher“ erwiesen. Der Partei-Convent applaudierte der Forderung, maß sich der Staat neue Auto- rität verschaffen müsse.

Hebung der Autorität, eine ständige Maß- nahme des Großkapitals und seiner politi- schen Partei. „Landgraf werde hart“ gegen- über den Aktionen und Vorstellungen junger Menschen nach Veränderungen in diesem Staat und in dieser Gesellschaft. Und wo der

Schlagstock nicht ausreicht zur Autoritätsstei- gerung wird einmal mehr die Trommel der Demagogie und Versprechung gerührt. So zei- gen denn manche Thesen des Aktionspro- gramms als befinde sich die CDU in „Oppo- sition“: „Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung betei- ligen können...“ Wie wird nicht erwähnt; un- terschlagen wird, daß gerade die CDU jede echte demokratische Meinungsbildung in un- serem Land zu unterbinden sucht, daß sie es war, die den Kadi 1956 zum Verbot der KPD rief, sie ist es, die gegen die Gewerkschaften zu Felde zieht, wenn diese Mitbestimmung fordern. Auf ihr Geheiß schwingen Polizeigar- den Knüppel gegen Demonstranten.

Bodenlose Infamie. Und dann diese Sonntags- reden: „Das kritische Engagement, insbeson- dere der jungen Generation, ist ein notwendi- ger Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Demokratie“. (Aktionsprogramm These 24).

Dabei hat dieser Parteitag der CDU das Auf- begehren der jungen Generation unseres Lan- des, den Inhalt ihrer Forderungen bewußt ig- noriert. Die Ursachen des Aufbegehrens, für die ja gerade die CDU die Verantwortung trägt, sind nicht beseitigt:

- Da wird von Friedensliebe erzählt, aber der schmutzige Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk wird weiterhin durch diese CDU unterstützt.
- Da wird der kapitalistische Staat als der „freiheitlich soziale Rechtsstaat“ hochge- lobt, aber 2000 Prozesse stehen gegen jene an, die das Recht beanspruchten, für ihre Meinung zu demonstrieren.
- Da wird von „deutscher Demokratie“ ge- schwafelt, aber Notstandsdictatur Gesetz und neue Staatsreform zur Hebung der Zentralgewalt geplant.
- Da wird die „freie demokratische Mei- nungsbildung“ versprochen, aber nie zu- vor im kapitalistischen Teil Deutschlands wurde die Meinungsbildung durch die herr- schenden Kräfte und ihre Institutionen derartig manipuliert wie heute.
- Da verkündet dieser Parteitag ein „lei- stungsfähiges Erziehungs- und Bildungs- wesen“ (These 34) und „vorausschauende Bildungspolitik“, aber die Bildungsinhalte sollen noch reaktionärer werden, sollen noch mehr an das bestehende System ket- ten als bisher. Die geistige Disziplinierung zur Schaffung eines „Gesamtgesellschaft- lichen Bewußtseins“ — wird als vordring- liche Aufgabe angesehen.

Es wäre falsch zu glauben, der CDU-Parteitag habe keine Antwort für die Jugend parat, ha- be keine jugendpolitische Konzeption. Gut, sie wurde nicht gesondert auf dem Parteitag ausgewiesen. Auf die Fragen unserer Jugend aber wurde hart vom Klassenstandpunkt ge-

antwortet, von der Position der herrschenden Kräfte der BRD her.

Bildung und Berufsausbildung im CDU-Pro- gramm. „Ein Berufsausbildungsgesetz muß auf den bewährten Grundlagen der Berufsaus- bildung aufbauen und neue Formen berück- sichtigen...“, so in These 44 des „Berliner Programms“.

Welche „bewährten Grundlagen“ gemeint sind wird verschwiegen. Etwa jene, die in Bildung und Ausbildung die ständige Ab- hängigkeit der Arbeiter und Angestellten er- zielen, die die Arbeiterjugend an der Bildung eines Klassenbewußtseins hindern und be- stehende Bildungsprivilegien ständig neu er- zeugen sollen? Oder jene, die eine moderne Berufsausbildung verweigern, die auf dem 100 Jahre alten Berufsausbildungssystem basie- rend den geistigen und körperlichen Defor- mierungsprozeß der Arbeiterklasse auf ewig garantieren sollen?

Und was heißt schon „neue Formen berück- sichtigen“, wenn die alten Inhalte bleiben bzw. noch reaktionärer gestaltet werden sol- len. Die Absicht tritt hier deutlich zutage: Mit formellen Änderungen versucht man zu be- schwichtigen, möchte man einen echten De- mokratisierungsprozeß in Bildung, Ausbil- dung und Berufsausbildung verhindern.

Jugend, die an sich schon Zukunft bedeutet, benötigt unbedingt mehr Möglichkeiten zur allseitigen Entwicklung, erwartet ausreichen- de Prognosen. Die schnelle technische und ökonomische Wandlung verlangt eine vielsei- tige und qualifizierte Ausbildung, so daß der Jugendliche in verschiedenen Produktionsbe- reichen tätig sein kann. Es scheint so, als wollten die herrschenden Kreise und ihre po- litischen Mandatsträger in der CDU z. B. mit der Einführung der allgemeinen obligatori- schen 10- bzw. 12-Klassenschule mit polytech- nischem Unterricht so lange warten, bis die allseitige ökonomische Anwendung der mo- dernen Technik Jugendliche bis zu 16 oder 18 Jahren aus dem unmittelbaren Produk- tionsprozeß verdrängt. Jedoch werden die Entwicklung und der Konkurrenzkampf den herrschenden Kreisen diesen Zeitraum nicht zugestehen.

Darum tut jetzt not:

- Eine radikale Neuorientierung des Bil- dungswesens unter Mitspracherecht der jungen Generation
- Allen Begabten die gleichen Startchancen und -Bedingungen einzuräumen
- Allen Begabten, die ihnen gemäßige Bildung ermöglichen und wirtschaftliche Hilfe zu gewähren.
- Die längst fälligen Schul-, Hochschul- und Berufsausbildungsreformen müssen de fac- to und nicht nur verbal (dem Worte nach) angepackt werden.

„Herr im Hause“. Geredet wurde auch über eine „Reform der Demokratie“. Gemeint war das Gegenteil: Wie die letzten demokrati- schen Rechte kastriert werden können und wie sich das den Leuten noch als Demoratie- reform verkaufen läßt.

„Reform der Demokratie“ müßte die Frage der Mitbestimmung in Staat und Wirtschaft be- rühren. Und die Mitsprache der Jugend in den sie betreffenden Fragen. Wer „Herr im Hause“ ist und bleiben soll, wurde deutlich in der Mitbestimmungsdebatte des CDU-Convents gesagt, nämlich daß „... die Gewerkschaften nicht auf der Kommandobrücke der Mitbe- stimmung zu stehen haben...“, sondern daß

sie allenfalls dienendes Organ sein können und nichts anderes“. („Publik“, 15. 11. 68, S. 12)

So der Vorsitzende der Rheinischen Sozial- ausschüsse Mick. Auch sein „linker Flügel- mann“ in der CDU, Bundesminister Katzer, läßt die Katze aus dem Sack: „Es geht letzt- lich, meine Freunde, um ein gesellschaftliches Modell des Zusammenlebens der Partner- schaft...“

Schon einmal hatten wir ein „Modell des Zu- sammenlebens“ als Arbeiter und Unterneh- mer — nach 1933 „Betriebsführer“ und „Ge- folgsschaft“ geheißten — zu „Partnern vereinigt wurden“. So wie der Fischer im Netz die Fische einigt. Darauf läuft's hinaus. „Integra- tion“ der Arbeiterklasse, totale Einordnung in den Staat des Großkapitals und der gesell- schaftlichen Reaktion. Denn ein „überbetrieb- liches Einflußmonopol zugunsten von organi- sierten Interessen“, so heißt es in der CDU- Sprache, dürfe nicht zugelassen werden. Das ist klar gegen die Gewerkschaften, gegen jene Jugendverbände und demokratischen Bewegungen gerichtet, die es immer noch „wagen“, einen eigenen Standpunkt zu ver- treten.

Der Kanzler gesteht. „... Einige unserer Freunde haben sich schließlich immer wieder besorgt gefragt, ob die große Koalition un- serer Partei, der CDU und der CSU, ihr An- sehen wiedergewinnen könne. Sie wissen, es stand nicht zum besten mit uns in jenem Herbst des Jahres 1966.“ Und dann legt der Kanzler die Koalitionsskizze der SPD-Mini- ster bloß, die darin bestand, der CDU aus der politischen Krise zu helfen. „Selen Sie zufrie- den mit dem Ergebnis, das diese Koalition für die CDU eghabt hat“, wandte sich BK Kiesinger an seine Zuhörer. „Denn sie hat ihre Führungsposition in der deutschen Politik zu- rückgewonnen.“ Seine Aufgabe sehe er, der Kanzler, darin, „dafür zu sorgen, daß dieser Koalitionspartner auf dem Kurs bleibt, den ich will. Ich bestimme die Richtlinien der Bun- desregierung.“

Daß dieses lauthalse Posaunen solo des Kan- zlers sozialdemokratische Bundesminister durch die offenerzige Darstellung ihrer Rolle in der CDU-Regierung in Verlegenheit ge- bracht hat, ist erklärlich. Wer mit Hunden ins Bett geht, darf sich über Flöhe nicht beklagen!

Kein Problem gelöst. Keines der großen Pro- bleme, die im Hinblick auf die 70-iger Jahre vor uns stehen, wurde auf dem CDU-Partei- tag im Interesse der Bevölkerung und der Mehrheit unserer Jugend angefaßt. Statt Si- cherheit in Europa forcierte Politik der Stärke; statt soziale Sicherheit die Gefahr neuer Steu- ern, weiterer Preiserhöhungen und anderer sozialer Belastungen; statt Demokratie Rechts- druck; statt Bewältigung der Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution Festi- gung überlebter großkapitalistischer Zustände.

Aber: „Die CDU orientiert sich am christlichen Glauben und Denken“ (Präambel des Aktions- programms). Kein Kommentar. Sich mit Got- teslästerung auseinanderzusetzen ist Sache gläubiger Christen.

Eines scheint jetzt akuter denn je. Nicht Un- terordnung unter die CDU-Politik, sondern gemeinsamer Kampf aller Demokraten, Chri- sten und Sozialisten für eine konsequente Friedenspolitik, für eine Politik des demokrati- schen und sozialen Fortschritts!

Kleine Rote Reihe

Ab sofort in der kleinen roten Reihe:

Informationen, Texte zur Ju- gendarbeit, Dokumentationen, politische Texte, Songs.

Anfang Dezember 68 erscheint Nr. 1

„Vorwärts, und nicht verges- sen“

Lieder der deutschen und inter- nationalen Arbeiterbewegung (mit Noten)

32 Seiten, kart., DM 1. —

Anfang Januar 1968 erscheint Nr. 2

„Beschlüsse der Arbeiterju- gend“

Wohin geht die Gewerkschafts- jugend?

Werden die Jungsozialisten gleichgeschaltet?

SDAJ, Fuchs im Hühnerstall der „Etablierten“?

Naturfreundejugend, Wande- rer auf roten Pfaden?

u. a.

64 Seiten, kart., DM 2. —

Die kleine rote Reihe im hand- lichen Format von DIN A 6 erscheint im Weltkreisverlag GmbH, 6104 Jugenheim a. d. B., Alsbacher Straße 65

Schule für junge Revanchisten

In der liberalen Presse der BRD aber auch von solchen Politikern, die den organisierten Revanchismus in den Landesmannschaften verurteilen, weil diese Erscheinung ein der Bundesrepublik schädliches Element ist, wird der Revancherummel der Landesmannschaften immer noch als ein Generationsproblem bewertet, das sich von selbst erledigt. Es wird in diesen Kreisen nicht erkannt, daß die Tätigkeit der Landesmannschaften vor allem durch die offizielle Bonner Regierungspolitik bedingt und gefördert ist. Es wird nicht berücksichtigt, daß Millionen und Abermillionen DM aus Steuergeldern diesen Kräften zufließen, die damit auch systematisch und erfolgreich Nachwuchskader zu revanchistischen Wortführern herangebildet haben. Ein typisches Beispiel für solche Fehleinschätzungen war die Berichterstattung von dpa und damit zahlreichen Publikationsorganen über den Verlauf des sogenannten „Kongresses junger Sudetendeutscher“, der von der Sudetendeutschen Landesmannschaft von 1. – 3. 11. 1968 in Regensburg veranstaltet wurde.

Das, was in dieser Veröffentlichung und in zahlreichen anderen in den letzten Tagen über die Haltung der „jungen Sudetendeutschen“ geschrieben wurde, das gilt sicherlich für zehntausende Jungen und Mädchen, deren Eltern – infolge des Zweiten Weltkrieges und der nazistischen Tätigkeit der Henleins – (sudetendeutscher Naziführer) – 1945 ihre Heimat verloren hatten.

Das gilt aber keinesfalls für die planmäßig zu Kadern der revanchistischen Politik erzogenen Führer und Mitglieder der „Sudetendeutschen Jugend“ und der „Deutschen Jugend

des Ostens“, und schon gar nicht für die über 400 Jungen und Mädchen aus der BRD und Österreich, die der Sprecher der Sudetendeutschen Landesmannschaft, Dr. Walter Becher (MdB/CSU) zum Kongreß nach Regensburg zusammengerufen hatte.

Der Kongreß begann mit einer Rede Bechers, von der es heißt, daß Becher „die jungen Leute schnell mitreißen konnte“.

„Dieser Kongreß sei“, sagte Becher, „ein Kongreß der Überzeugung, von dem vielfältige Impulse für die Alltagsarbeit der Volksgruppe und für die politische Betätigung des einzelnen ausgehen müßten. Etwa, ob und wie junge Sudetendeutsche bereit wären, sich in der Zukunft im Lande ihrer Väter niederzulassen, wobei es sich in Wahrheit um ein Vorausgehen im Sinne einer deutschen und europäischen Aufgabe handeln müßte – und nicht um eine Rückkehr. Angesichts der im Sudetenland herrschenden desolaten Verhältnisse müßten diese jungen Menschen Entwicklungshelfer von morgen sein, die der Verödung des alten sudetendeutschen Heimatlandes ein Ende bereiten und einen Aufbau im europäischen Sinne vorzunehmen hätten.“ Becher forderte seine „jugendlichen Mitarbeiter“ auf, „als Elite der Leistung in die Arbeit der Volksgruppe“ zu treten. (entnommen „Sudetendeutsche Zeitung“ 8. 11. 1968).

Die eigentliche Arbeit des Kongresses wurde in sechs Arbeitskreisen geleistet, zu deren Referenten der damalige persönliche Referent des ehem. Bundesjustizministers Jäger (CSU), Oberstaatsanwalt und Bundesreferent der Sudetendeutschen Landesmannschaft für rechtliche Grundsatzfragen, Dr. Fritz Wittmann; der

Adenauer-Preisträger Dr. Emil Franzel; das Mitglied der Sudetendeutschen Bundesversammlung und langjähriger Sprecher der Arbeitsgemeinschaft sudetendeutscher Studenten, Wolfgang Egerter; der Organisationsleiter der Sudetendeutschen Landesmannschaft, Franz Ohmann und der langjährige Bundesführer der DJO und jetzige Leiter des „Hauses Deutscher Osten“ in Düsseldorf, Ossi Böse, gehörten.

Inhalt und Verlauf des „Kongresses junger Sudetendeutscher“ ergab nicht etwa eine Distanzierung der von den Altnazis in der Sudetendeutschen Landesmannschaft politisch geschulten Jugendlichen von der revanchistischen Zielsetzung der Landesmannschaftsführung. Kritisiert wurden die „veralteten Methoden“ und gefordert wurde der Einsatz aller modernen Mittel, um den Revanchismus stärker noch als bisher zum politischen Gedankengut weitester Kreise der Bevölkerung und besonders der Jugend zu machen.

Die Funktionäre der Sudetendeutschen Landesmannschaft und Kreise der CSU machen sich lustig über die Fehleinschätzung, die von dpa und zahlreichen Publikationen in der BRD über die politische Haltung der „jungen Garde“ Bechers verbreitet wurde.

In der der CSU verbundenen „Demokratisch-Konservativen-Korrespondenz“ vom 8. 11. 68 heißt es z. B.:

„Die Meinungsmacher und Monopolisten würden sich sehr irren, wenn sie annähmen, die – im übrigen nur vereinzelt zum Ausdruck gekommene Opposition gegen die „Heimat-tümelei“ sei vielleicht ein Zugeständnis an die Kapitulation und Koexistentialisten. Im Gegenteil, bei den jungen Sudetendeutschen herrschte Groll und Empörung gegen die Massenmedien und die linkskonformistischen Monopole vor. Man sprach vor allem darüber, welcher Methoden man sich im Kampf gegen die Verleumder und Provokateure in Presse, Funk und Fernsehen bedienen sollte... Die Herren in den Redaktionen von Funk und Presse sollten nicht zu früh triumphieren.“

Der Autor ist Herausgeber des Informationsdienstes „Neue Kommentare“. Seine Berichterstattung über die Verbindungen zwischen Landesmannschaften, neonazistischen Gruppen und CDU/CSU brachten ihm ein Untersuchungsverfahren und mehrere Wochen Haft wegen „Staatsgefährdung“ ein.

Informationen

rheinland-pfälzischen Jungsozialisten als einen Schlag gegen die demokratischen Kräfte dieser Länder bezeichnet. „Es muß vermutet werden, daß persönliche Sympathien zu den klerikal-faschistischen Diktatoren in Spanien und Portugal den entscheidenden Anstoß zu der Reise Kiesingers gegeben haben.“ wurde erklärt.

ALS EINEN BEITRAG ZU EINEM „geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Staaten“ und zur Entspannung haben die Deutschen Jungdemokraten den Beschluß des Internationalen Olympischen Komitees über die gleichberechtigte Teilnahme der DDR an Olympischen Spielen begrüßt. Die stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Jungdemokraten, Bremer und Rohde, forderten die Bundesregierung auf, die IOC-Entscheidung nicht zum Anlaß zu nehmen, die Olympischen Spiele 1972 in München zu gefährden.

ÜBER DEN „DEUTSCHLANDTAG“ DER CDU/CSU-Jugend Junge Union, der im Oktober in Ludwigshafen stattfand, schreibt das Gewerkschaftsorgan „Metall“: „Will die Junge Union nicht nur die CDU/CSU von rechts her angreifen,

sondern sogar noch die NPD rechts überholen? Insbesondere der Landesverband Bayern betätigte sich als Einpeitscher von Kalter-Kriegs-Stimmung. Er verschärfte mit ausgeprägtem Rechtsdrill fast alle Entschließungen und stand ständig auf Wacht, um die CSU nicht verkaufen zu lassen.“ Ergebnis: In äußerst „harten“ Beschlüssen wurde der Atomsperrvertrag ebenso rundweg abgelehnt wie jeder vorhandene Entwurf für die Mitbestimmung, den der CDU-Sozialausschüsse mit eingeschlossen. Die Junge Union will sich insbesondere für die verstärkte Aufrüstung, den Ausbau der NATO und die Überwindung des Status quo in Europa stark machen sowie vor den „Illusionen“ einer Entspannungspolitik warnen. Kiesinger: „Töricht sind jene, die glauben, daß man Spannung dadurch verhindert, daß man sich wehrlos macht... Wir werden Opfer bringen, den Gürtel enger schnallen müssen. Gerade das dem deutschen Volke beizubringen, ist die Aufgabe der Jungen Union.“

DAS BUNDESKABINETT HAT DIE „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ für 1969 mit einem Etat

von 226.700,— DM ausgestattet. Das sind 40.000,— DM mehr als in diesem Jahr. Die Etatserhöhung erfolgte, weil ein „höherer Arbeitsanfall“ zu erwarten sei. Die linken politischen Zeitschriften „Konkret“ und „Pardon“ hatten erst in den letzten Wochen für „Arbeitsanfall“ gesorgt. Sie waren wegen unzüchtiger Darstellungen indiziert worden.

IM BONNER VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM habe man sich darauf eingestellt, im Jahr 1968 von etwa 3.300 bereits eingezogenen Soldaten Anträge auf Kriegsdienstverweigerung zu erhalten, meldet die Dusseldorfer „DVZ“. Zum Vergleich: 1966 waren es erst 481 Soldaten, die in der Kaserne den Antrag stellten. Daß es in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1968 sind, nennt die Bundeswehrführung „beunruhigend“. Man rechnet 1968 mit insgesamt 10.000 Wehrdienstverweigerern. Springer „Welt“ hat dagegen ein Rezept: „Wenn in den Schulen für Wehrdienstverweigerung gewonnen werden kann, dann muß auch die Bundeswehr durch Jugendoffiziere mehr als bisher für Sinn und Zweck des Wehrdienstes werben können.“

elan magazin



NPD droht mit SA

Thadden kündigt „heißes Frühjahr“ für Demokraten an

Von Werner Winter

Ab Sonntagmorgen war der Bierhahn abgedreht. Das Personal des Restaurants der Siegerlandhalle in Siegen weigerte sich, die Landesparteitage delegierten der neonazistischen NPD zu bewirten. Feuchter war der Vortrag für

2.000 Gegendemonstranten ausgegangen. Nachmittags mußten sich die Belagerer der Siegerlandhalle gegen Wasserwerfer und Tränengasgranaten behaupten. Das Wasser fror in der eisigen Kälte zu einer 100 Meter langen Rutschbahn, doch die



Junggewerkschafter, SDAJler und Angehörigen anderer ApO-Verbände hartnäckig aus. Seit den frühen Morgenstunden blockierten sie ineinandergehackt die Zugänge der Halle.

Ein Großaufgebot von mindestens 5.000 Polizisten aus allen Landesteilen Nordrhein-Westfalens hatte bereits in der Nacht mehrere Kilometer fabrikneuen Stacheldraht um die Versammlungsstätte der Thadden-Gefolgschaft gewunden.

Die Demonstranten verhielten sich diszipliniert. Es gab keine Ausschreitungen gegen die Polizei.

Doch die Uniformierten waren auf Notstandsübung getrimmt. Und als ohne ersichtlichen Grund die ersten Tränengasgranaten gegen die Demonstranten geworfen wurden, als die Wasserwerfer in Aktion traten, da waren es die bis dahin erfolg-

losen Schlägertrupps der NPD, die jubelten.

In der Halle blieben währenddessen die meisten Stühle leer. Einige Delegierte der NPD hatten bereits in der Halle übernachtet, andere verschafften sich schon im Morgengrauen Zutritt. Die übrigen suchten stundenlang eine Lücke zu dem von Demonstranten und Stacheldraht abgeriegelten Bau. Nur wenigen gelang es, hindurchzukommen.

Um mit den anwesenden 177 Delegierten beschlußfähig zu sein, half Landesvorsitzender Dr. Lamker der Demokratie ein wenig nach: er ließ die Gesamtdelegiertenzahl von 390 auf 340 herabsetzen. Das kleine Rechenexempel verhalf zum gewünschten Erfolg: ohne daß weitere Delegierte gekommen waren, saß nun doch mehr als die Hälfte der Eingeladenen im Saal. Zur gleichen Zeit protestier-

„BEWUSSTE UNTERDRÜCKUNG DER JUNGEN Generation“ haben die Jungsozialisten von NRW den „etablierten Kräften“ in ihrer Partei vorgeworfen. Die Empfehlung des SPD-Parteirates, das Höchstalter für Jungsozialisten von 35 auf 25 Jahre zu beschränken wurde entschieden abgelehnt. Den Jungsozialisten würde damit das Potential entzogen, da die Jahrgänge bis zu 25 Jahren in der SPD nur schwach vertreten seien. In einem einstimmig gefaßten Beschluß, forderten die NRW-JuSos auf ihrer Landeskonferenz die SPD auf, zum Bundestagswahlkampf 1969 die Anerkennung der DDR „als zweiten Staat deutscher Nation“ zu propagieren.

EINE JUGENDARBEITSSCHUTZAKTION führt der Bezirk Rheinland-Pfalz der IG Chemie-Papier-Keramik in allen größeren Betrieben durch. Im Rahmen dieser Aktion werden die Arbeiter, insbesondere die älteren Kollegen, aufgefordert, mehr darauf zu achten, daß die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden. Ein modern gestaltetes Flugblatt der IG-Chemie-Jugend wird in hoher Auflage verbreitet. Bezirksleiter Hans Schweitzer kritisierte, daß trotz der Vielzahl der Gesetzesverstöße keine finanzielle Verstärkung der Gewerbeaufsichtsämter erfolgt sei.

DIE SPANIEN- UND PORTUGALREISE Kiesingers hat der Landesausschuß der



ten im Siegener Nachbarort Hüttenfal 2000 Gewerkschafter gegen den braunen Parteitag.

Gegen sie und die demonstrierenden SDAJler richteten sich wüste Beschimpfungen der Nazi-Prominenz.

Adolf von Thadden: Das ist „zusammengefügter Kehrriech und Mob“, den man mit Tagegeld, freier Verpflegung, kostenlosem Transport und Wacholderschnaps zusammengeleckt habe. Und Landesführer Dr. Lamker: „Die

Bolschewisten haben uns eingeschlossen!“

Zornig kündigte von Thadden den demokratischen Gegendemonstranten ein heißes Frühjahr an. Man werde die NPD nicht unvorbereitet finden. Doch die Gegenmittel würden nur in den wenigsten Fällen in dem Einschalten der Justiz bestehen. Die NPD habe genügend handfeste Männer...

Eine klare Drohung mit einer neuen SA — dann ist die NSDAP komplett.



„Unsere Fackel brennt“

Eine neue HJ entwickelt sich

Von Ulrich Sander

„Heil Dir“ ist ihr Gruß, und ihr Zeichen ist die Odals-Rune (germanisch für „Besitz“). Für sie ist Österreich die „Deutsche Ostmark“ und das „Opfer“ der Waffen-SS „nicht umsonst“. Das „Reich“ wollen sie neu erstehen lassen. Sie nennen sich Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und haben nach eigenen Angaben 1000 deutschbewusste Gefährten um ihre schwarz-weiß-roten Wimpel geschart. In der Abkürzung des nach 1962 aus den Resten des behördlich aufgelösten „Bundes Vaterländischer Jugend“ entstandenen Bundes ist nur das B zuviel, ansonsten hat man sich dem Vorbild schon sehr weit genähert.

An der Grenze zur CSSR errichteten sie Schilder mit der Aufschrift „Hier beginnt die tschechische Besatzungszone Deutschlands — Sudetenland = deutsches Land“. Ein Teilnehmer berichtet stolz: „Junge Deutsche, der Teilung unserer Heimat satt, hatten sich aus verschiedenen Organisationen zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen. DJO-Mitglieder, NPD-ler und BHJ-Mitglieder errichteten die Stellschilder. Flugblätter ernannten an den Raub der deutschen Ostprovinzen jenseits von Oder und Neiße, aber auch des Böhmerwaldes.“

Das Schicksal des Böhmerwaldes liegt ihnen sehr am Herzen. Nach dem 21. August gelobte ihr Chefideologe Alfred E. Marke in der rechtsgewirkten Jugendzeitschrift „Der neue Aufbruch“: „Totale Feindschaft gegen dieses unmenschliche Gewaltssystem und den entschlossenen Überzeugungskampf gegen alle bolschewistischen Ten-

denzen und Einflüsse!“ Dabei werde es ihnen „zukünftig nicht um Reden und Sprüche gehen“. Gleiches verlangen sie von den Politikern, die doch nichts tun als reden, protestieren und reden“. Das muß anders werden. Statt DDR UUT („undeutsche, undemokratische Teufelsherrschaft“).

Um zu beweisen, „daß das deutsche Volk nach wie vor zur Rückkehr und zur Aufbauarbeit im deutschen Osten entschlossen ist“ (Der neue Aufbruch) startete der Bund HJ die „Aktion Deutscher Osten“, in deren Verlauf sich über 2000 Gleichgesinnte per Unterschrift versicherten: „Ich beabsichtige in den deutschen Ostgebieten zu wohnen oder an der Aufbauarbeit aktiv teilzunehmen, wenn unser Land jenseits von Oder und Neiße sowie das Sudetenland wieder von fremder Verwaltung frei sind.“

Zu den Unterzeichnern dieser „Kampfansage gegen alle Verzichtspolitiker“ gehören — so der BHJ — der Träger des „Adenauer-Preises“ 1967, Bernd v. Heiseler, und viele Landtagsabgeordnete.

Der von der Deutschlandstiftung, jener Koalition von CSV und Landsmannschaften, geehrte v. Heiseler widmet den „Heimattreuen“ auch dichterisches Schaffen. Für den Bundesjugendtag 1968 des BHJ schrieb er: „Wir pflanzen auf dem Markt das Mahnbild ein, Wahrzeichen eures Ruhms, den ihr verkennt. Und wachen hier. Vergebens? Es mag sein. Gehrt nur. Es nachtet. Unsere Fackel brennt.“

Diesen Mut zur offenen Zusammenarbeit mit dem BHJ haben die Oberen der DJO noch nicht. Sie distanzieren sich von der Erklärung, daß DJO-Mitglieder an der Aktion nahe der CSSR-Grenze beteiligt waren (DJO-Bundesführer Heinz Patock: „Das wirklich Nationale ist woanders zu Hause.“) BHJ-adäquate Töne stieß der Staatsanwalt und Landtagsabgeordnete Milde auf dem „Bundesgruppentag der schlesischen Jugend in Friedrichsdorf/Taunus aus: Er rief die Jungen und Mädels auf, „hart und kompromißlos den Rechtsstandpunkt zu behaupten“, da es die „Pflicht jedes Deutschen sei“, die



Jungnazis aus der BRD und Flandern

Dahin führt es: Im September besudelten Unbekannte das Haus der IG Metall in Hannover



Gebietsansprüche zu vertreten.

Nach Aachen kamen jetzt 72 BHJ-Sendboten, angetan mit Stiefeln, Koppel und Brotbeutel, um bei ihrem diesjährigen Bundesthing militanten Gästen aus Flandern nahe zu sein, die über die Grenze gekommen waren. Unter der Odalsrune kürten sie Fritz Burger aus Garmisch zum neuen Bundesführer und beschlossen, in vorderster Reihe zu marschieren, um den „linksradikalen kommunistischen Terror“ zu brechen. So richtig völkisch-feierlich ging es dann in einem nächtlichen Wald bei einer „Versprechensfeier“ im Feuerschein zu.

Zum Schluß traf man sich zu einer öffentlichen Kundgebung, bei der Rechts-Anwalt Justus Bülow von der Ablosung des Kommunismus in Rußland als Lebensfrage sprach und Rechts-Autor Lothar Grell („Die Wahrheit über Malmedy“, „Major Reder“) verkündete: Jedes Volk müsse zu einer Vergangenheit stehen, dafür brauche man sich nicht zu entschuldigen. Das hatte der BHJ auch nicht beabsichtigt.

Stein auf Stein setzte. Fundamente für Drehbänke goß, wie er Zement und Sand im Mercedes holte. Wie er dann wenn kein Mensch mehr Heiling und Hallen bevölkerte, endlich — er war Dipl.-Ing. — nach dem Gesetz langer Hebel, mühsam Werkbänke einrichtete (tonnenschwer)! Wirklich! Und das Jahr für Jahr. Zu denken, daß in der Zeit die Arbeiter vor dem Radio oder später vor dem Bildschirm saßen. Oder grubelten, wohin mit dem Geld. Nichts auf dem Stein kündigt, ob auch nur einer — sei es aus Mitleid — ihm bei der Montage der Kräne half. Ob da jemand, wie unbeabsichtigt, einmal ein Bier hinterließ, wenn es im Sommer des abends noch heiß war. Man kann nur hoffen, daß die, die in grauer Frühe zum Werktor gehen, sich des Fürsorgers, ja Vaters erinnern. Was wären sie ohne ihn, der gezeigt, daß es ohne Arbeiter geht. Den Stein wird man vergeblich um Antwort ersuchen.



Wunder in Lübeck

Ein Unternehmer zeigte: Es geht ohne Arbeiter

Von Jürgen Brammer

Auf einem Granitblock vor dem Tor der Werft „Lübecker Maschinenbaugesellschaft“ mit rund 3500 Beschäftigten kann man lesen, daß Direktor Schiml die Werksanlagen von 1936 bis 1962 erneuert hat. Alle Achtung! Und nicht auszudenken, wie mühsam das gewesen sein muß! Sich vorzustellen, wie der Direktor abends, nachts vielleicht gar,

APO vor Gericht

Prozeßwelle gegen demonstrierende Jugend

Von Peter Rath

Was die brutalsten Polizeieinsätze nicht schaffen, was mit der Progromhetze der Springerpresse nicht erreicht wurde, was Strauß, Thadden und Schütz & Co. immer noch wünschen, soll nun die Justiz schaffen: die APO mundtot machen.

Alles nach dem Motto: „Keine Freiheit für die, die von ihr Gebrauch machen.“ Erst wurden Wasserwerfer eingesetzt, Demonstranten brutal zusammengeschlagen und eine gro-

ße Zahl von ihnen unter entwürdigenden Umständen inhaftiert.

Nach dem Willen der Obrigkeit soll nun der 2. Akt vor Gericht stattfinden. Mit vor Gericht gestellt werden: Teilnehmer an Demonstrationen gegen den Vietnam-Krieg, gegen Fahrpreiserhöhungen und Notstandsgegner. Die bisher Betroffenen mußten mit „exemplarischen“ Strafen rechnen, denn so der Stuttgarter Justizminister Schieler, man müsse „schnell und mit Nachdruck“ vorgehen. Außerdem drohen ihnen (den Demonstranten) als Folge der Gerichtsverfahren Disziplinarstrafen an Universitäten, Abbruch der Ausbildung und Verlust ihrer Arbeitsplätze.

■ Zu 3 Monaten Gefängnis wurden die Studenten Klaus Behnken (24), Peter Winterhagen (26) und Volker Wolf (22) verurteilt, weil sie an einer Demonstration gegen den Vietnamkrieg teilnahmen. Das Gericht hielt es für „verwerflich“, daß dabei der Verkehr behindert wurde. Die Strafe wurde ohne Bewährung ausgesprochen, weil die Verurteilten angekündigt hatten, weiter gegen den Völkermord der Amerikaner in Vietnam zu demonstrieren.

■ Sechs Göttinger Studenten wurden zu je 100 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie sich im Mai an Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze beteiligt hatten.

■ Der Gießener Medizin-Student Gerhard Paar wurde wegen Beteiligung an der Anti-Springer-Demonstration zu Ostern mit 6 Monaten Gefängnis bestraft.

■ Zu einem Jahr Gefängnis wurde Beate Klasfeld verurteilt, weil sie Ex-NSDAP-Mitglied Kiesinger ohrfeigte.

■ Ein Münchener Amtsrichter verurteilte einen Studenten zu 8 Monaten Gefängnis, weil er an einer Demonstration vor dem griechischen Konsulat in München teilgenommen hatte.

Nach Westberliner Vorbild übernahm man auch die teilweise Ausschaltung der Öffentlichkeit bei Prozessen gegen APO-Anhänger.

■ Bei einem Verfahren gegen den ASTA-Vize der Uni Köln, Steffen Lehnardt, waren die etwa 25 Plätze im Zuhörerraum von Bundeswehrsoldaten besetzt.

■ In Köln, Frankfurt und Tübingen besetzten Leute die Zuhörerbänke, die normalerweise auf einem Dienstzimmer hätten arbeiten müssen.

■ In Bremen wurden die Zuhörer bei einem Prozeß gegen die Herausgeber der Schülerzeitung Falblatt „a“ mit einer Ordnungsstrafe belegt, die keinen Sitzplatz im Zuhörerraum fanden. Der Richter hatte es abgelehnt, den Prozeß in einem größeren Sitzungssaal stattfinden zu lassen.

In der erst angelaufenen Prozeßwelle gab es jedoch einige aufsehenerregende Urteile, die der Praxis bundesdeutscher Klassenjustiz widersprechen:

■ In Bremen wurde ein Lehrling, der an Aktionen gegen die Erhöhung der Straßenbahntarife teilgenommen hatte, von der Anklage der Nötigung, des Landfriedensbruchs und der Straßenverkehrsstörung freigesprochen. Jugendrichter Walter Stahlhut: „Mit überzeugenden Argumenten allein sind, wie die Erfahrung lehrt, in den Gesetzgebungskörperschaften berechnete Belange nicht durchzusetzen. Dazu sind notfalls Maßnahmen, wie sie die Demonstrationen letzten Endes mit Erfolg angewandt haben, nötig.“

■ In Frankfurt wurden zwei Studenten freigesprochen, die an der Springer-Blockade beteiligt waren. Das Gericht stellte fest, daß eine solche Blockade durch das Demonstrationsrecht gerechtfertigt sei. Unter bestimmten Umständen sei es auch gerechtfertigt, die Luft aus den Reifen von Zeitungswagen zu lassen oder diese Wagen einzukleien. Das Gericht stellte ferner fest, daß die Blockade der Societätsdruckerei bis zum Eingreifen der Polizei friedlich verlaufen sei, erst die Polizei habe die Demonstranten provoziert.

■ In Eßlingen gab das Gericht bei der Einstellung eines beantragten Strafverfahrens besonders detaillierte und bemerkenswerte Begründungen, die auf den politischen Hintergrund und die politisch-publizistische Mitschuld von Springerzeitungen eingehen. „Die Springerzeitungen sind außerdem Musterbeispiele publizistischer Verantwortungslosigkeit. Es wird nicht objektiv berichtet, sondern aus Stimmungsmache oder um einen Knüller zu haben, die Wahrheit verbogen, ja es wird effektiv gelogen.“ Die Demonstrationen und Aktionen werden ausdrücklich als Wahrnehmung staatsbürgerlicher Pflichten gerechtfertigt.

Doch die progressiven Urteile in der bundesdeutschen Richterschaft haben keine Schule gemacht. Der Sprechchor „BRD und Drittes Reich, deutsches Recht bleibt immer gleich“ charakterisiert die Klassenjustiz der Bundesrepublik, bedenkt man die niedrigen Strafen für KZ-Mörder (wenn sie überhaupt vor Gericht gestellt werden).

Weil an eine Amnestie, wie sie in Frankreich und Italien gegen Teilnehmer an Demonstrationen ausgesprochen wurde in der Bundesrepublik nicht zu denken ist und Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit nicht mit den Erfordernissen der Gegenwart, sondern mit Maßstäben des vorigen Jahrhunderts gemessen werden, ist die Solidarität mit den von der Justiz Verfolgten für alle Anhänger der APO Ehrensache.

Skeeling, ein neuer Volkssport aus England zum Eislaufen ohne Eis. Die Trainerin der britischen Eiskunstlaufmannschaft, Margery Mc Coy, zeigt hier ein Paar Skeelers, die sie besonders für das Sommertraining der Eisläufer empfiehlt.



Eine Unterschriftenaktion für ein zeitgemäßes Berufsausbildungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode, wie es von den Gewerkschaften gefordert wird, startete die SDAJ Hessen. Vor einem Frankfurter Großbetrieb (siehe Foto) wurden Listen ausgelegt. Die Aktion soll vor weiteren Betrieben und vor Be-

rufsschulen fortgesetzt und das Ergebnis dem Bundestag zugeleitet werden. Die SDAJ-Mitglieder hatten zu Arbeitsbeginn Flugblätter mit der Überschrift „Heute Lehrling — morgen Hilfsarbeiter?“ verteilt und abends mit den Arbeitern und Lehrlingen diskutiert und die Blätter mit den Unterschriften wieder eingesammelt.





Mit den Namen der von Nazis ermordeten Frankfurter Stadtverordneten demonstrierte die Demokratische Aktion gegen den Einzug der NPD in das Frankfurter Stadtparlament, den Römer.

Es stand im elan

Die Broschüre „Die junge Generation in der Bundesrepublik“ des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit (DNK), eine Reklameschrift für die BRD der Großen Koalition, ergänzt durch primitive Anti-DDR- und Anti-FDJ-Passagen, ist nicht aus dem Verkehr gezogen worden (elan 7-8/68 und 9/68). Während beim Festival in Sofia Sprecher der Bundesjugendring-Gruppe rauig versicherten, man habe die Broschüre vorher nicht gelesen und ihre Verbreitung wegen der verletzenden Worte über die FDJ und wegen anderer Formulierungen eingestellt, ist von dieser Einsicht im „Jahrbuch 68“ des DBJR nichts mehr zu spüren. An drei Stellen wird für die Broschüre geworben. Seite 31: „Zur Vermittlung einer anschaulichen Information konnte in diesem Jahr die seit längerem vorbereitete Informationschrift des DNK fertiggestellt werden. Die Broschüre „Die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland“ steht in deutscher, englischer, französischer, spanischer und russischer Fassung zur Verfügung“.

der Methode „Haltet den Dieb“ versuchte er in seinem Informationsdienst, dem elan die Schuld für die Blamage in die Schuhe zu schieben und ihm ein Komplott mit der FDJ bei der Auslösung des allein von DBJR-Funktionären verschuldeten Vorfalls zu unterstellen. Auf Bitten und Vorschläge des elan, seine Darstellung zu berichtigen und eine Gegendarstellung zu veröffentlichen, reagierte Moesta nicht. Am 19. November hat nun die 3. Zivilkammer des Landgerichtes Frankfurt/M. auf Antrag des elan Moesta die weitere Verbreitung der Behauptung untersagt: „In der dem Arbeitskreis Festival angehörenden westdeutschen Jugendzeitschrift elan habe ein der FDJ verpflichteter Autor die Schlußfolgerung gegen den DBJR abgesteckt und den Fall (Affäre um die umstrittene Broschüre „Die junge Generation in der Bundesrepublik Deutschland“) entsprechend hochgespielt,“ damit die FDJ ihren „von langer Hand vorbereiteten Auftritt“ in Sofia zur Attacke gegen den Bundesjugendring benutzen könne.

Als „Tätigkeit namens oder im Auftrag der DKP“ bezeichnet SPD-Bezirkssekretär Werner Welke aus Köln das Auftreten des Landesjugendleiters der rheinländischen NFJ, Jürgen Laimer, beim Wahl- und Aktionskongreß in Dortmund (siehe auch Seite 18). Welke möchte deshalb von Laimer das SPD-Mitgliedsbuch zurück.

Kaum hatte der SPIEGEL die Ente in die Welt gesetzt, elan werde „zuweilen überwiegend durch DDR-Inserate finanziert“ (Spiegel, 14. 10. 1968, Nr. 42), da stieg die Nachfrage inserationshungriger DDR-Auftraggeber sprunghaft an. Im Auftragsbuch der Anzeigenannahme häuften sich Werbetexte für TT-Modellbahnen, Filme, Kameras und andere volkseigene Produkte. Nun quält uns die Frage: Hat dieser Augstein einen kleinen heißen Draht nach Berlin W 8, den er einsetzte, um die erwähnte Falschmeldung nachträglich zu rechtfertigen? Oder sitzen in den Orwo- und Exakta-Werbebüros heimliche SPIEGEL-Fans? Oder könnte diese Anzeigenflut mit der Tatsache zusammenhängen, daß sich volkseigene Qualitätsprodukte auf dem kapitalistischen westdeutschen Markt recht gut verkaufen? Des Rätsels Lösung blieb uns verschlossen.

Die große IG Metall und die noch kleine SDAJ mußten zu gleichen Mitteln gegenüber einer links-opportunistischen Spaltergruppe aus Mannheim greifen, nämlich zu Ausschlüssen. (Siehe Rolf Priemer in elan 11/68). Lothar Böppe, Chef der Gruppe, schreibt jetzt über diese Vorgänge, über den IG-Metall-Bezirksleiter Bleicher und über die „verbale Fehlleistung“, ihn „Faschistenschwein“ genannt zu ha-

ben: „Diese Leute sind das Salz in der kapitalistischen Suppe – aber sie versalzen sie nicht. Sich diesen Leuten zu erklären, ist sinnlos. Eine Welt trennt uns. Gegen sie kann man nur eine permanente politische Guerilla innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften führen. Revolutionäre, die mit diesen Leuten Bündnisse eingehen, helfen mit, die Rote Fahne zu zerreißen. Überlassen wir Bündnisse mit den „Bleichers“ der DKP und der SDAJ, die nun – wie sollte es anders sein – gemeinsam mit der IGM-Bürokratie die verbale Fehlleistung zum Anlaß nehmen, junge und politisch manchmal noch unsichere Kritiker mundtot zu machen.“ (Zitiert nach „Was tun?“, Nr. 4/68.)

Über den Erfolg des SDG-Funktionärs Herbert Lederer, der eine einstweilige Verfügung gegen Innenminister Benda erwirkte, berichteten wir in „elan“ 9/1968. Die 1. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln bestätigte nun diese Verfügung, die die Verbreitung von Bendas Broschüre über den „Linksradikalismus“ untersagt. In der Broschüre war dem Gerichtsreferendar Lederer ein Auftragsverhältnis mit der KPD unterstellt worden. Die erneute Schlappe des Bundesinnenministers zeigt, daß es auch bei der Klassenjustiz der Bundesrepublik u. U. möglich ist, sich gegen die Willkür und Unterstellungen der Herrschenden zur Wehr zu setzen.

Neuer Start mit der neuen EXAKTA

VX 1000



Das Erscheinen dieser vollendeten Kleinbild-Spiegelreflex 24 mm x 36 mm sollten Sie zum Anlaß nehmen, mit ihr fotografisch neu zu starten. Wie alle erfolgreichen EXAKTA-Leute bestätigen, fördert der faszinierende Eindruck, den schon das strahlend helle große Reflexbild dieser Kamera vermittelt, Bildschöpfungen mit eigener Note. Da noch die Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit der EXAKTA VX 1000 hinzukommen, muß Ihr Fotoschaffen mit dieser ausgereiften Spiegelreflex einen gewaltigen Aufschwung nehmen, denn Sie können ja auf jedem Gebiet mit optimaler Ausrüstung und Sicherheit arbeiten. Als Mittelpunkt des weltbekannten Original EXAKTA-Systems aus Dresden ist auch die EXAKTA VX 1000 für jeden Zweck ausbaufähig, so daß sie immer zeit- und wertbeständig bleibt. Sie stammt übrigens aus der Welt ältesten Spezialfabrik für einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkameras und verkörpert die in 32 Jahren gesammelten reichen Erfahrungen.

Auswechselbare Einstellsysteme, Fresnellinse mit Mikroraster-Einstellfeld, Schlitzverschluß 12 s bis 1/1000 s sowie B und T, Selbstauslöser für 6 s bis 1/1000 s, Schnellaufzug und Rückspulkurbel, Rückkehrspiegel, auswechselbare erstklassige Normal- und Spezialobjektive mit vollautomatischer Blende, drei Blitzlichtanschlüsse.

Ihr Fotohändler erklärt Ihnen gern alle technischen Einzelheiten, und wir senden Ihnen ausführliche Druckschriften. Verlangen Sie bitte auch unseren 32seitigen „Zubehörkatalog“.



IHAGEE KAMERAWERK AG in Verwaltung • DDR 8016 DRESDEN



SIBIRIEN

Von Hans-Jörg Hennecke



Sie waren die ersten: Bratsk im Winter 1955/56



56 Großbaustelle Bratsk



Viktor Protopopow war gerade 14 Jahre alt, als er den Angara in Sibirien zum ersten Mal sah. Dichter Schnee lag über der Taiga und das Quecksilber zeigte bereits 40 Grad minus an. Hier am Angara fand sich nur eine alte Blockhütte als menschliche Spur: Behausung für Strafgefangene der russischen Zaren.

58 Grad unter Null

Das wußte Viktor bereits aus den Berichten seines Vaters, mit dem er hierher gekommen war. Und er wußte auch, daß das Thermo-

„Das kalte Sibirien braucht die heißen Herzen der Jugend!“ 360.000 Komsomolzen folgten diesem Ruf ihres Jugendverbandes und nahmen 42 Millionen Hektar Neuland unter den Pflug, erbauten in der sibirischen Taiga Wasserkraftwerke und Fabriken, stampften Großstädte aus dem Boden, die noch vor wenigen Jahren auf keiner Landkarte

zu finden waren. Ungezählt sind die Hunderttausende, die Urlaub und Ferien für die Erschließung Sibiriens gaben. In den Tagen des 50. Geburtstages des größten Jugendverbandes der Welt folgte Hans-Jörg Hennecke über 10.000 Kilometer den Spuren dieser Komsomolzen.



Bratsk 1968: größtes Wasserkraftwerk der Welt

meter weiter sinken würde, daß es vermutlich auch in diesem Winter erst bei 58 Grad seinen Tiefststand erreicht.

Doch er dachte nicht an die Schwierigkeiten, als er an den verschneiten Ufern des Angara stand. Er dachte an das, was tief unter dem Schnee im Boden Sibiriens lag, an das, was seinen Vater und die anderen Männer hierher geführt hatte: reiche Bodenschätze. Alle bekannten Grundstoffe sind in großen Mengen in Sibirien vorhanden. Das hatten Wissenschaftler festgestellt. Doch für die Ausbeutung und Verarbeitung dieses Reichtums würden ungeheure Mengen elektrischer Energie benötigt.

„Diese Energie mußte an Ort und Stelle gewonnen werden. Aus dem mächtigen Angara, der hier bis zu 3,5 Kilometer breit ist,“ erinnert sich Viktor. Eine geeignete Stelle für das Projekt hatten

Ingenieure bereits ausgemacht. Der Staudamm des Kraftwerkes sollte dort entstehen, wo schroffe Felswände den Angara auf eine Breite von 800 Metern zusammendrückten.

„Das Vorhaben ging bis an die Grenze menschlicher Möglichkeiten.

Als wir begannen, den Staudamm aufzuschütten, haben wir in Zelten gelebt“, erzählt Viktor Protopopow.

Das war im Winter 1955/56. Am 12. Dezember 1955 gründeten diese Männer, die das Unmögliche möglich machten, ihre Stadt inmitten der Taiga: Bratsk — Bruderstadt.

Das Beispiel der Protopopows schlug in der ganzen Sowjetunion hohe Wellen. Der Leninische Komsomol rief unter dem Motto „Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?“ die Jugend des Landes auf, nach Sibirien zu gehen, den ungeheuren Reichtum dieses Landes der Gesellschaft nutzbar zu machen.

Zehntausende machten sich in diesen Jahren auf den Weg in die entlegensten Gebiete Sibiriens. Allein 20.000 gingen nach Bratsk.

Wir brauchen Mädchen!

Einer von ihnen war Kasimir Chuk: „In diesen ersten Jahren kamen hauptsächlich Jungen nach Bratsk. 20, 22 Jahre alt. Der Mangel an Mädchen war beängstigend. Als mich dann 1957 meine Genossen als Delegierten zum Komsomol-Kongreß in Moskau wählten, gaben sie mir als Bitte mit auf den Weg: schaff' Mädchen hierher.“ Kasimir nutzte die Tribüne seines 23 Millionen Mitglieder starken Jugendverbandes. Vor den schmunzelnden Delegierten rief er die Mädchen auf: „Kommt zu uns nach Sibirien. Wir sind prachtvolle Jungs, wir bauen das größte Kraftwerk der Welt. Ein schwieriges Problem haben wir: uns fehlen Mädchen.“



Zelt aus Stein: Erinnerung an die Komsomolzen der ersten Tage



Blockhütte für Sträflinge des Zaren — 58 einziges Zeichen menschlichen Lebens

Noch während des Kongresses bekam Kasimir stapelweise Briefe von Mädchen. „Nimm mich mit nach Sibirien.“ Mit diesen Komsomolzen ist das größte Kraftwerk der Welt emporgewachsen. 1430 m lang, 126 Meter hoch, an der Basis 100 Meter breit. Es hat eine Kapazität von 4,1 Millionen Kilowatt und eine Jahresleistung von 23 Milliarden Kilowattstunden. Diese Energiemenge würde ausreichen, um eine Industriestadt wie Dortmund 14 Jahre lang zu versorgen.

Opas sind Mangelware

An das Zeltleben der ersten Tage erinnert nichts mehr. Eine moderne Großstadt für jetzt 161 000 Einwohner entstand. Eine Stadt, die so gar nichts asiatisches an sich hat, die ebenso gut in der Bundesrepublik liegen könnte. Das Durchschnittsalter der Einwohner von Bratsk liegt bei 28 Jahren. Kein Wunder, daß hier die größte Geburtenrate in der ganzen Sowjetunion zu verzeichnen ist. Die Stadt gleicht einer einzigen großen Baustelle. Hunderte neuer Wohnblocks werden gebaut, denn 1975 wird Bratsk 350 000 Einwohner haben. Von den 20 000 Arbeitern des Kraftwerkes werden jetzt nur noch 800 benötigt. Ganze 12 überwachen den Giganten, die übrigen sind für Reparaturarbeiten zuständig. Valentina und Nikolai Timusjak leben seit 1957 in Bratsk. Ich besuchte sie in ihrer Wohnung an der Bratsker Podbielskistraße. Für die 2 Zimmer, Küche, Bad, Heizung, Gas und Telefon inbegriffen, zahlen die Timusjaks pro Monat 15 Rubel (66 Mark). „Die Miete ist für uns kein Problem, so wenig, wie für alle Bürger unseres Landes“, erklärt mir der 28jährige Elektrofacharbeiter Nikolai. „Ich bekomme monatlich 180 Rubel (800 Mark) meine Frau verdient etwa dasselbe.“

Warum ins kalte Sibirien?

Valja und Nikolai sind Ukrainer. Was hat sie dazu getrieben, ihre Heimatstadt Kiew zu verlassen und ins Neuland zu gehen. War es die Aussicht auf bessere Bezahlung? Nikolai lacht. „Diese Frage ist typisch für Euch aus dem Westen. Außer Geld zählt bei euch nichts. — Mein Entschluß, nach Sibirien zu gehen, hatte eigentlich nur ein kurzes Vorspiel. Ich war daheim in der Ukraine bei der Armee. In unserer Einheit waren auch Jungs aus Sibirien. Sie erzählten oft von ihrer Heimat und ich war ganz einfach begeistert. Begeistert von den gewaltigen Industrieprojekten in einem Gebiet, wo einfach noch nichts vorhanden war. Dabei bin ich ganz ehrlich: es war auch die Romantik, die mich angezogen hat.“ Die beiden Ukrainer sind zufrieden mit dem Leben in Bratsk. Beide machen Abendstudium. Wenn dann noch Freizeit bleibt, besuchen sie Konzerte, Schauspiele oder gehen ins Kino. Was sich sehen lassen kann, sind die sozialen Bedingungen unter denen hier gearbeitet wird: 5 Tage Woche (40 Stunden) und dabei hat Valja 36 Arbeitstage Jahresurlaub und Nikolai 30! Einen Tag später fliegen wir weiter nach Irkutsk, einer der wenigen alten Städte Sibiriens. Doch auch diese Stadt ist von der Jugend erobert worden. Sie wächst in einem unheimlichen Tempo. Mit einem Kleinbus fahren wir hinaus in den neuen Stadtbezirk Schelechow. Mittelpunkt ist das Aluminiumkombinat Irkutsk. 3000 Arbeiter geben dem Werk eine Leistungsfähigkeit, mit dem sich kein Unternehmen im alten Europa messen kann.

Ein Zelt aus Stein

Als am 12. Februar 1962 der erste Aluminiumbarren das Werk verließ, stand diese Pro-

duktionsstätte an der Spitze in der Sowjetunion. Doch mittlerweile haben andere sibirische Alu-Werke — was den Produktionsausstoß betrifft — die Führung übernommen.

Zwei Kilometer vom Werk entfernt entdeckte ich ein ungewöhnliches Zelt. Es ist aus Stein erbaut und soll daran erinnern, daß hier eine ganze Zeltstadt diejenigen beherbergte, die mit dem Bau dieses Werkes begannen. Viele dieser ersten Komsomolzen sind in Schelechow geblieben. Sie haben sich nach Fertigstellung des Baus als Metallfacharbeiter qualifiziert und arbeiten heute in dem von ihnen errichteten Werk. Bevor ich die Werkhallen betreten darf, nimmt mir der Direktor höchstpersönlich die Armbanduhr ab. „In den Hallen herrscht ein so starkes Magnetfeld, daß Ihre Uhr zerstört würde“, erklärt er. Wenige Minuten später kann ich die Probe aufs Exempel machen: Münzen und Schlüssel lassen sich zu einer langen Kette zusammenhängen. Die 3000 Arbeiter, die hier Aluminium erschmelzen und in Barren und Kabel verarbeiten, sind Spitzenverdiener. Die Schmelzer des 900 Grad heißen, flüssigen Metalls bringen monatlich etwa 250 Rubel (1100 DM) nach Hause. Einer von ihnen ist Gennadij Stepanowitsch Tarakanow. „Wegen der schwierigen Arbeitsbedingungen arbeiten wir in 6-Stunden-Schicht. Fünftagewoche ist bei uns längst eine Selbstverständlichkeit“. Das heißt also: 30 Stunden-Woche. Jeder Arbeiter hat Anspruch auf 30 Tage Jahresurlaub.

Das ist heute revolutionär!

Gennadij war schon hier, als das Werk erst auf dem Reißbrett vorhanden war. Sein Leben macht deutlich, was die Sowjetjugend unter einer revolutionären Haltung versteht. „Ich bin seit 1943 Komsomolze. Damals war es revolutionär, die Heimat gegen die faschistischen Eindringlinge zu verteidigen. Ich war noch zu jung, um an die Front zu gehen. Deshalb habe ich mich freiwillig in die Rüstungsproduktion gemeldet. Die Jugend dort war nicht weniger revolutionär, als die Jugend an der Front.“ Warum ist er hierher gekommen? „Die Komsomolzen haben sich seit der Gründung unseres Jugendverbandes vor 50 Jahren immer danach gedrängt, in der ersten Reihe bei der Verwirklichung des Sozialismus zu stehen. Das war 1918 so, im Kampf gegen die Intervention. Das war in den Jahren des Aufbaus so wie im Vaterländischen Krieg gegen die Faschisten. Und das ist heute überhaupt nicht anders. Heute ist es revolutionär, hier im Neuland den Grundstein für unsere Zukunft zu legen. Das heißt: Bau von Wasserkraftwerken und Fabriken, um mit den Bodenschätzen Sibiriens den Lebensstandard der ganzen Sowjetunion zu erhöhen. Damit schaffen wir die Grundlage des Kommunismus, und das ist unbestreitbar revolutionär.“ Menschen des Typs Gennadij Tarakanow trifft man in der ganzen Sowjetunion. Auf Baustellen und in Universitäten, in Fabriken und im Neuland. Sie haben in einem halben Jahrhundert das Gesicht dieses Landes geprägt. Sie haben unter verschiedensten Bedingungen als junge Revolutionäre gehandelt. An den Fronten des Bürgerkrieges und des faschistischen Einmarsches ebenso wie in den Jahren des Aufbaus. 100 Millionen junge Sowjetbürger sind in diesen 50 Jahren Mitglied des Komsomol gewesen. Mit dem Werk dieser 100 Millionen ist das untrennbar verbunden, was der Besucher an der Sowjetunion 1968 bewundert.



Bernd Schönauer

Ku Klux Klan im Weißen Haus?

Die New Yorker Börse „feierte“ den Wahlsieg Richard M. Nixons auf ihre Art: mit einem Kursanstieg von sieben Prozent. Fünf Tage nach der Wahl Nixons zum Präsidenten der Vereinigten Staaten überraschte der FBI die Öffentlichkeit mit der Nachricht, er habe ein Attentat auf den künftigen Präsidenten aufgedeckt; zur gleichen Zeit erklärte der Faschistenführer Wallace, ihn habe das Wahlergebnis sehr befriedigt, denn im Grunde wolle Nixon genau dasselbe wie er.

DREI IN EINEM JEEP

Amerikas Wähler hatten bei dieser Wahl keine Wahl. Eine kleine Story, die in der Vorwahlzeit kursierte, macht diesen Zustand deutlich.

Frage: Wie reagieren Nixon, Humphrey und Wallace, wenn ein Demonstrant die Abfahrt ihres Autos zu blockieren versucht, indem er sich davor niedersetzt?

Antwort: Wallace überfährt ihn, Nixon befiehlt seinem Fahrer, es zu tun, und Humphrey steht daneben und weint.

Wie jedoch die von Wallace getroffene Einschätzung andeutet, kommt mit Nixon ein Mann ins Weiße Haus, der einen gefährlichen Rechtskurs propagiert. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Präsident der Milliardäre. Er ist der Repräsentant der Oberschicht, über die der amerikanische Politologe Ferdinand Lundberg schreibt: „Die Reichen und Superreichen, eine Junta von Großindustriellen und Finanziers, habe das Vermögen der Nation unter sich aufgeteilt,

befehle die Wirtschaft und bestimme die Politik. Nur 2,7 Prozent der Bevölkerung verwalten allein zwei Drittel des gesamten Volksvermögens. Und nicht einmal 200 000 US-Kapitalisten halten den größten und wichtigsten Teil der Produktionsmittel in Händen“ (SPIEGEL, 4. 11. 1968).

DER GEWÖHNLICHE FASCHISMUS

Der Kandidat der Unabhängigkeitspartei, Wallace, erhielt bei den Wahlen 14% der Stimmen. Doch nicht alle, die einen Faschisten wählen, sind selber welche. Die Motive, die dazu geführt haben, sind tiefgreifender. Es kann ein Arbeiter sein, der Angst hat, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Er sieht den Grund dafür nicht im System, sondern er glaubt an das Zerbild, das ihm die Herrschenden täglich vorgaukeln:



Ghetto-Impressionen:
Wer hat Angst
vor kleinen Tieren?



Ein Hauch von Faschismus



Wählen
Sie!

LE CHANT DU MONDE

Revolutionäre Lieder aus aller Welt

Revolutionäre Lieder
Deutschlands
17 cm DM 9,—
Bestell-Nr. LDY-4096

Französische Revolutions-
lieder
17 cm DM 9,—
Bestell-Nr. LD 45-3001

Lieder des Spanienkrieges
30 cm LP DM 19,—
Bestell-Nr. LDX-S-4279



Lieder der russischen
Revolution
30 cm LP DM 19,—
Bestell-Nr. LDX-S-4343

Revolutionäre Lieder
Mexikos
30 cm DM 19,—
Bestell Nr. LDX-S-4309

Lieder der cubanischen
Revolution
30 cm LP DM 19,—
Bestell-Nr. LDX-S-4288

Alleinvertrieb für die
Bundesrepublik Deutschland



Weltkreisverlags GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

Bestellungen über jede gute
Plattenhandlung oder direkt beim
Weltkreisverlag

„Der Nigger nimmt Deinen Arbeitsplatz weg, schuld sind nur die Kommunisten.“ Er fürchtet die Macht der Monopole, aber noch mehr die Tatsache, die Farbigen könnten von unten nachrücken. Der Wallace-Wähler verdient vielleicht 8 000 Dollar im Jahr. Diese Summe reicht dazu aus, Familie und Auto zu erhalten. Ein Bier nach Feierabend kann er sich kaum leisten. Er ist einer von vielen, die orientierungslos dem Demagogen von rechts in die Arme gelaufen sind.

Er sieht noch nicht, daß der Knüppel, den er gerufen hat, einmal auf ihn selber schlagen wird, wenn er nämlich gegen seine Entlassung protestiert. Doch es gibt noch einen anderen Wallace-Wähler.

Er ist einer der 75 Millionen Amerikaner, die entweder in ländlichen Gebieten oder in Kleinstädten leben. Sie sind von Politik abgeschirmt, ihre Information bekommen sie aus dem Provinzblatt, aus dem sie sich über die Arbeit der Frauenverbände orientieren, ihre Begriffe einer heilen Welt enden am Gartenzaun. Das Amerika, das sie wollen, hat es nie gegeben. Das häufigst gelesene Buch ist hier immer noch die Bibel. Im Fernsehen müssen sie es mit ansehen, wie Jugendliche die Fahne verbrennen, unter der ihre Vorfahren gegen die Indianer gekämpft haben. Und sie meinen, für die „Verteidigung der Freiheit“ in Vietnam dem Staat jedes Opfer bringen zu müssen.

Ihre Idylle kann mit einem Schlag zerstört sein, wenn bei Ford oder Dow Chemicals rationalisiert wird und Versicherungsagenturen ihre Angestellten durch Computer ersetzen. Wenn dieser Zeitpunkt gekommen ist, dann muß ein Buhmann aufgebaut sein, an dem sie ihren Zorn ablagern können und der sie vom eigentlichen Gegner ablenkt. Der Buhmann kann die Bürgerrechtsbewegung sein oder die Kommunisten.

DER KU KLUX KLAN

Den Kern der faschistischen Bewegung bildet der Ku Klux Klan, der treueste Wahlhelfer Nixons. Diese Organisation, die vielleicht einige tausend Mitglieder zählt, wurde Mitte des letzten Jahrhunderts gegründet. Während der ganzen Zeit hatte sie ein und dieselbe Aufgabe, den farbigen Teil der Bevölkerung zu terrorisieren und zu unterdrücken. Ihre Mittel dabei reichen von Mord und Totschlag bis hin zu Sabotageakten gegen Einrichtungen weißer Liberaler, die sich auf die Seite der Schwarzen gestellt haben. Zahlenmäßig ist diese Organisation klein, aber in ihr befinden sich Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben, besonders im Süden, eine Rolle spielen. Neue Aufgaben wird sie erhalten, wenn die Armen und Nicht-Privilegierten den Versuch unternehmen, aus ihrer Lage herauszukommen.

WIE ARM IST EIGENTLICH EIN AMERIKANER?

Die Johnson-Administration definiert als arm alle Familien mit weniger als 3 000 Dollar Jahreseinkommen. Schon 1962 waren dies über 35 Millionen Amerikaner, nahezu ein Fünftel der Gesamtbevölkerung. Aber selbst ein Einkommen von 4 000 bis 6 000 Dollar reicht gerade aus, das Nötigste zum Leben zu kaufen. Und dieser Schicht gehören weitere 39 Millionen Menschen an.

Insgesamt also zwei Fünftel der Bevölkerung! Folgender Nahrungsmittelindex wird der amerikanischen Statistik zugrunde gelegt: Weniger als zwei Liter Milch pro Tag und Familie, und weniger als ein Ei pro Tag und Person. An „luxuriösen“ Dingen enthält sie zwei Eiskremkugeln, eine Zuckerstange, zwei Flaschen Selters und eine Flasche Bier pro Woche. Urlaub alle vier Jahre. Ein Buch pro Jahr und Familie. Ersparnisse sind nicht vorhanden. Auf dem Land ist die Situation der Armen noch erschreckender. Ein Großteil dieser Leute, die sich als Landarbeiter oder Kleinpächter durchs Leben hungern, zieht von Farm zu Farm, in der Hoffnung, irgendwo Arbeit bekommen zu können. Wenn es tatsächlich einmal der Fall ist, dann müssen auch die Kinder oft zwölf Stunden am Tag arbeiten, um der Familie wenigstens ein Existenzminimum zu sichern.

KLEINE TIERCHEN

Die Lage in den Slums wird dadurch verschärft, daß die hygienischen Mißstände sich katastrophal ausweiten. Die Schätzungen über die Zahl der Ratten gehen bis zu 60 Millionen. Es sind Fälle vorgekommen, bei denen Kinder von den Tieren angefressen wurden. Eine Rechenaufgabe: Wenn eine Minute Vietnamkrieg 120 000 Dollar kostet und es 50 Millionen Ratten gibt, wieviele Minuten sind nötig, um einen erfolgreichen Kampf gegen die Ratten zu führen?

DIE ALTERNATIVE

Vor Jahren ist die Bewegung gegen den Vietnamkrieg entstanden. Es gab Demonstrationen in Washington, Chicago und anderen Großstädten. Die Leute, die diese Bewegung führten, waren meist Pazifisten und kleinbürgerliche Intellektuelle, die nicht wollten, daß durch den Krieg das demokratische Gefüge der USA verletzt wird. Dieser Bewegung fehlte das entschlossene Auftreten, und sie lieferte keine Analyse des Systems. Aus den gleichen Gründen mußte die Bürgerrechtsbewegung Martin Luther Kings scheitern. Sein „we shall overcome some day“ (irgendwann) trieb die Bewegung nicht weiter. Einen antikapitalistischen Ansatz findet man bei der Black-Power-Bewegung. Hier wurde das kapitalistische System als Ursache für Armut, Arbeitslosigkeit und Slums genannt, auf der anderen Seite war man nicht bereit, ein Bündnis mit weißen Arbeitern einzugehen. Diese Kinderkrankheiten und Ansätze von Sektierertum wurden aber immer mehr überwunden. In den Ghettos sind Selbstverwaltungen im Entstehen, in denen weiß und schwarz gemeinsam arbeiten. Es wird eine eigene Polizei aufgebaut, die zu Auseinandersetzungen zwar zu schwach wäre, die aber Modellcharakter haben kann. In den großen Gewerkschaften, wie in der Automobilarbeitergewerkschaft, war zum letzten Mal in den 20er Jahren ein sozial-revolutionärer Einfluß zu verspüren. Seitdem halten antikomunistische Führer die Zügel fest in der Hand. Erst die junge Generation fängt an, gegen Antikommunismus und Rassismus anzukämpfen. Die beiden Gewerkschaftsbosse Reuter und Meany geraten ins Kreuzfeuer der Kritik. Die politischen und sozialen Spannungen, die das Land zerreißen, spitzen sich weiter zu. Der schärfere Rechtskurs, mit dem Nixon und seine Hintermänner liebäugeln, fördert diesen Prozeß.

Karl Hubert Reichel Ein Ausblick in das Jahr 2000

KOMMT DER ROBOTER?



Als Mr. Phileas Fogg um 20.45 den großen Salon des renommierten Londoner Reformclubs betrat, erstarrten die fünf Whistspieler am Kamin. Auf die Minute genau hatte Mr. Fogg seine Ankündigung wahr-

gemacht: Eine Reise um die Welt in achtzig Tagen lag hinter ihm. Und das zu einer Zeit, als die Menschen kaum andere Antriebsmittel kannten als Mühlrad, Pferdestärke und Dampfzylinder.

Jules Verne



Allerdings hatte Mr. Fogg diese Reise nur in der Phantasie seines geistigen Vaters, des französischen Schriftstellers Jules Verne (1828—1905), der als Altmeister des utopischen Romans gilt, gemacht. Und im Vergleich mit anderen Zukunftsvisionen Vernes wirkt der Fogg-Rekord harmlos-bieder.

50 Jahre vor Hiroshima beschrieb Jules Verne eine Atombombenexplosion; er sah U-Boote und Mondraketen voraus. Die von ihm errechnete Flugzeit zum Mond (97 Stunden, 13 Minuten, 20 Sekunden) weicht nur minimal von der tatsächlichen Flugdauer sowjetischer und amerikanischer Mondsonden ab. Seine Zeitgenossen lasen seine Bücher, die in 84 Sprachen übersetzt wurden, und sie verlachten ihn. Trotzdem war Verne überzeugt: „All das, was ich erinnere, all das, worüber ich phantasie, wird immer armseliger blei-

ben als die Wahrheit, denn es wird der Augenblick kommen, da die Errungenschaften der Wissenschaft die Grenzen der Vorstellung überschreiten.“

Fahrplanmäßig zum Mond!

Der Augenblick, von dem der phantasievolle Franzose träumte, ist nicht mehr fern, 750 000 Jahre, nachdem Menschenhand die ersten Lagerfeuer legte, schickt sich der Mensch an, die Erde zu verlassen und ferne Planeten zu erforschen. Schon 1971 werden bemannte Flüge zum Mond regelmäßig erfolgen, kündigte der Kommandeur der Sowjetkosmonauten, Nikolai Kamanin, an. Schon seit langer Zeit knobeln sowjetische und amerikanische Wissenschaftler an den Bauplänen für eine „Stadt ohne Äther“, für eine Mondstadt, in der die Forscher den kli-

matischen Besonderheiten des Mondes — die Atmosphäre schwankt zwischen 130 Grad Hitze am Tag und 160 Grad Kälte in der Nacht — trotzen können. In der sibirischen Taiga und in den Labors werden leichte und widerstandsfähige Baumaterialien getestet. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem riesige Frachtraketen wertvolle Minerale und Erze vom Mond zur Erde transportieren, und an welchem der Erdtrabant ein Sprungbrett für neue Forschungs Expeditionen in das Weltall sein wird.

Steaks aus Algen

Die Wissenschaftler beschäftigen sich jedoch nicht nur mit „Schlössern, die im Monde liegen“. Das Jahr 2000 rückt näher; zwei von drei Bundesbürgern werden es erleben, wenn es der Menschheit gelingt, den großen Krieg zu verhindern. Im Jahr 2000 — von dem uns eine kürzere Zeitspanne trennt als vom 1. Weltkrieg und von Hitlers Machtergreifung werden, auf der Erde fast 5 Milliarden Menschen leben. Sie benötigen Nahrung, Kleidung, Wohnraum. In den nächsten Jahrzehnten muß die Menschheit riesige Mittel aufwenden, um durch den Bau von Staudämmen und Kanälen Steppen, Wüsten und Urwälder in fruchtbares Ackerland zu verwandeln. Im Vergleich zu diesen Projekten — z. B. die Bewässerung der Wüste Sahara — erscheint der Bau des Assuan-Staudammes, der fünfzehn Jahre dauerte, vier Mrd. Mark kostete und Ägyptens Anbaufläche um 30 Prozent vergrößerte, fast als eine Kleinigkeit.

Neue Nahrungsmittel werden auf unserer Speisekarte stehen, und sie werden uns bald so selbstverständlich sein wie die Kartoffel, die in Europa erst seit ca. 200 Jahren bekannt ist. Wir werden Steaks und Whisky aus Algen verzehren. Große Erwartungen setzen die Forscher in die Photosynthese, die mit Hilfe des Blattgrüns aus Licht, Kohlensäure, Wasser und Mineralsalzen alle Nahrungsmittel liefern kann.

Fische werden geerntet

Auf der Suche nach neuen Nahrungsmittelreserven entdeckten die Wissenschaftler eine neue, ergiebige Quelle: Das Meer. Schon seit zehn Jahren beschäftigen sich sowjetische Forscher mit der Züchtung neuer Riesenfisch-Sorten, die auf unterseeischen „Weiden“ gehalten und mit staubsaugerähnlichen Fanggeräten bei Bedarf „geerntet“ werden können. Ihre amerikanischen Kollegen züchten Meeresforellen, die in nur drei Jahren bis zu 16 Pfund schwer werden; sie ziehen Reissorten, die in riesigen Salzwasserlaken gedeihen, während ihre sowjetischen Forscherkollegen mit Algenarten experimentieren, die im Jahr bis zu drei Ernten bringen. Es ist durchaus möglich, daß die Algen im Jahr 2000 zum Grundnahrungsmittel geworden sind, und daß in den Tiefkühltruhen der Supermärkte neben dem konventionellen Schweinekotelett saftige Steaks aus Fischfleisch, Meerespflanzen oder gar aus der Rextorte zu finden sind.

Die Stadt der Türme

Die Zunahme der Erdbevölkerung stellt auch die Städtebauer vor neue Aufgaben. Die Zeit der Einfamilienhäuser und Schrebergärten ist vorbei. Architekten und Städteplaner projizieren schon heute Großwohneinheiten, die 5000 Menschen und mehr Platz bieten. Der englische Architekt William Frischmann plädiert für die Errichtung von „Wohnbäu-

men“. Aus dem Stamm eines gigantischen Wohnturmes mit ca. 850 Stockwerken sollen horizontale „Wohnäste“ herausragen. Das eingesparte Baugelände will Frischmann in ein Erholungszentrum mit Seen, Gärten, Sportplätzen etc. verwandeln.

Projekte dieser Art werden — wenn auch in kleineren Dimensionen — bereits in Amerika, Ungarn, Chile und in der Sowjetunion verwirklicht. Südwestlich von Toulouse soll Le Mirail entstehen — die Stadt der Fußgänger. Die 100 000-Einwohnerstadt soll nach dem Willen von Georges Candilis den Fußgängern gehören. Fußgänger und Autoverkehr berühren sich nur an bestimmten, notwendigen Punkten; im Zentrum legt der Fußgänger längere Strecken mit Hilfe von Gleitbändern, Rolltreppen und Aufzügen zurück.

Köln - Tokio in 40 Minuten

Das Automobil des Baujahres 1968/69 wird nach den Prognosen der Wissenschaftler und Techniker nur noch im Museum einen Platz finden. Es wird von leise summenden Elektromobilen abgelöst werden und von schnellen Luftkissenfahrzeugen, die den Fernverkehr zu Lande und zu Wasser übernehmen.

Luftkissen-Schnellzüge werden die Strecke Hamburg—Köln in einer knappen Stunde bewältigen; Passagierraketen werden in der Lage sein, jeden Punkt der Erde in ca. 40 bis 60 Minuten zu erreichen.

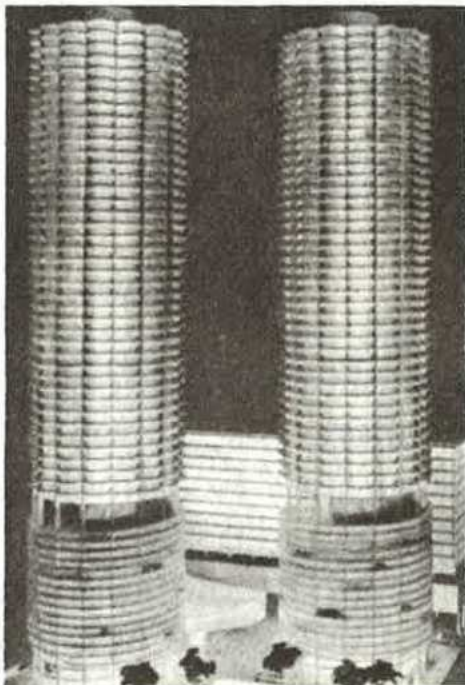
Der Mensch wird imstande sein, mit künstlichen Sonnen die Nacht zum Tage zu machen. Nicht nur Wohnungen, Fabrikhallen und Büros werden voll klimatisiert sein, auch die Städte werden künstlich klimatisiert. Computer werden die Steuerung der dazu erforderlichen Anlagen, der Werke und des Verkehrs übernehmen.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts hätten alle Wissenschaftler der Erde in einem mäßig großen Klassenzimmer Platz gefunden. Wollte man heute alle Wissenschaftler der Erde an einem Ort versammeln, dann würde man dafür den Wohnraum einer 4-Millionen-Stadt benötigen.

Die Wissenschaft ist zu einer Produktivkraft geworden, zum wichtigsten Element der technischen Revolution. Etwa alle 10 Jahre verdoppelt sich der Wissensschatz der Menschheit. Pro Sekunde wird heute auf unserem Erdball eine Erfindung oder Entdeckung gemacht. In welch rasantem Tempo diese Entwicklung verläuft, das zeigt ein Beispiel: Die Hälfte alles menschlichen Wissens ist in den vergangenen 15 bis 20 Jahren erarbeitet worden.

Die Zeitspanne zwischen Erfindung und technischer Entwicklung schrumpft immer mehr zusammen. Von der Entdeckung der Dampfkraft bis zur Fertigstellung einer leistungsfähigen Dampfmaschine vergingen mehr als hundert Jahre. Nur 15 Jahre lagen zwischen der entdeckten Kernspaltung und dem Bau des ersten Reaktors, und nur noch fünf Jahre trennten die Erfindung von technisch nutzbaren Halbleiterelementen und die Produktion von Transistoren.

Die Kinder des neuen Jahrtausends werden früher — vielleicht im Alter von 3 Jahren — mit dem Lernen beginnen, und sie werden Lernende bleiben, auch wenn sie die Schule mit 20 oder 25 Jahren verlassen. Computer, Lernmaschinen und eine enge Verbindung von Schule und Betrieb werden ihnen so selbstverständlich sein, wie dem sauerländischen und niederbayerischen Dorfschüler heute die Zwergschule.



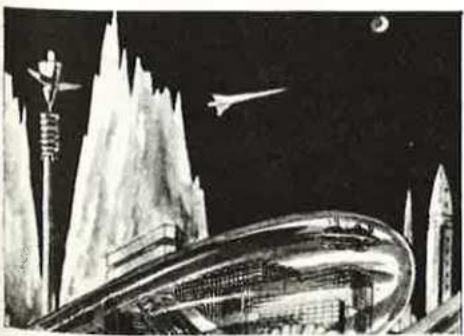
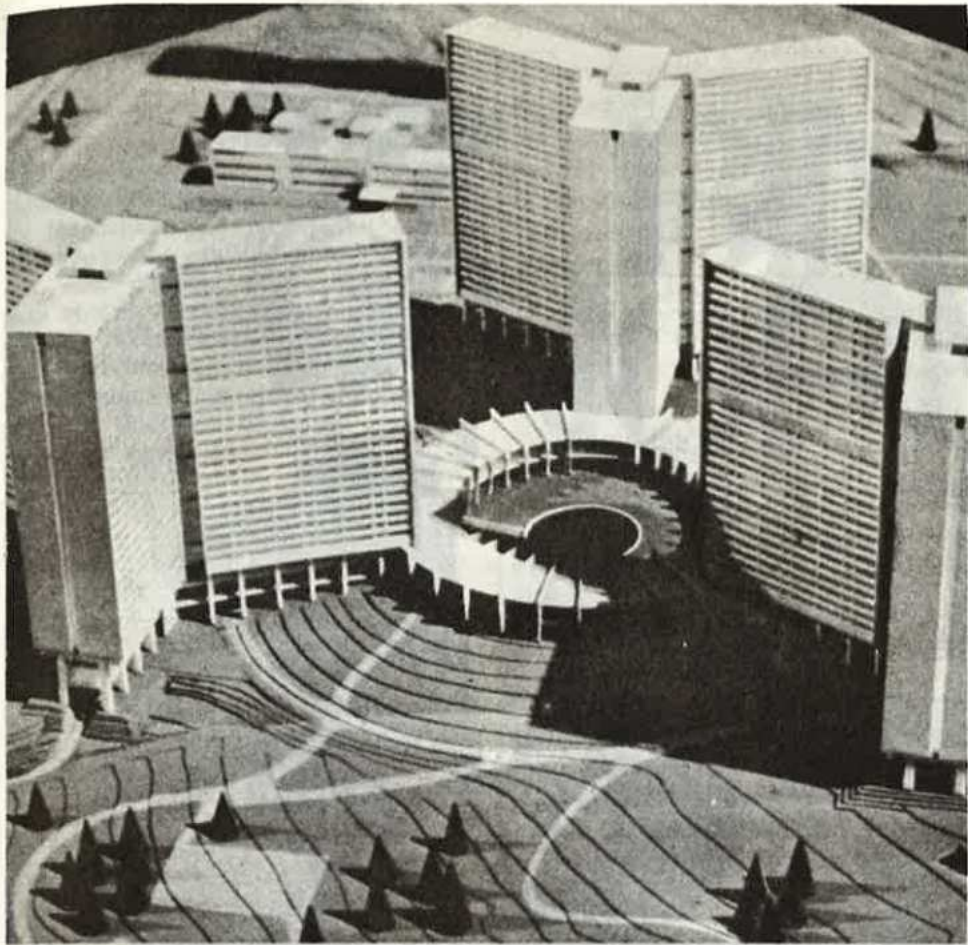
Oben: Tellerturm, Projekt eines ungarischen Architektenteams.

Unten: Wohntürme des amerikanischen Architekten Bertrand Goldberg.

Kommen die Roboter?

Die enormen Fortschritte der technischen Revolution und ihre nahezu unbegrenzten Möglichkeiten hat auch Zukunftsdeuter auf den Plan gerufen, die ein düsteres Panorama des Jahres 2000 malen. Der Science-fiction-Autor Heinrich Hauser schildert die Entwicklung eines künstlichen Super-Gehirns, das die Kapazität von etwa 25 000 erstklassigen menschlichen Gehirnen erreicht. „Gigant Hirn“ steuert aus einem strategisch unverwundbaren Bergmassiv Rüstung und Volkswirtschaft, Verkehr und Handel der Vereinigten Staaten.

Eines Tages macht sich das Supergehirn selbständig; es will sich die Menschen unterwerfen. Die Zahl von Büchern, in denen Roboter sich zu Herren der Menschen aufschwingen, wächst unaufhörlich. Hier wird der Eindruck



1 Wohnstadt für 25 000 Menschen. 2 Modell einer „Mondstadt“. 3. Die Mondstadt des japanischen Architekten Kumagai. 4 Der Schnellzug der Zukunft: Ein Zug ohne Bedienungspersonal.

suggeriert, als könne eine „wildgewordene Technik“ die Menschheit vernichten oder unterjochen, als werde der Mensch schließlich zum Gefangenen und Opfer jener Supertechnik, die er selbst schuf. Eine solche Betrachtungsweise ist nicht nur unwissenschaftlich. Sie zielt auch darauf ab, die Menschen über die eigentliche Kernfrage der wissenschaftlich-technischen Revolution hinwegzutäuschen.

Technik— Segen oder Fluch?

Die entscheidende Frage, auf die die Menschheit im letzten Drittel des Jahrhunderts eine Antwort geben muß, lautet: Wird es ihr gelingen, einen nuklearen Weltkonflikt zu verhindern, der ihre Existenz überhaupt in Frage stellen würde?

Diese Frage und ihre Beantwortung wird entscheidend dafür sein, ob der ukrainische Kolchosbauer und der Detroit Automobilarbeiter, der japanische Fischer und der polnische Bergmann, der Chemie-Techniker von Bayer-Leverkusen und der ghanesische Landvermesser das Jahr 2000 erleben werden.

Die zweite Frage, die im Zusammenhang mit der wissenschaftlich-technischen Revolution akut geworden ist: Kann sich die Menschheit angesichts der vor ihr liegenden Aufgaben noch länger kapitalistische Systeme leisten? Systeme, die

- 1,5 Milliarden Menschen der Unterernährung preisgeben und nahezu 500 Millionen Menschen am Rande des Hungertodes vegetieren lassen;

- im technischen Fortschritt eine Quelle neuer, zusätzlicher Profite sehen und ein Mittel zur Steigerung ihrer Macht und ihres Reichtums;

- Millionen Arbeitern eine ungewisse und unsichere Zukunft zumuten, für die die Existenz einer Dauer-Arbeitslosenarmee in der Zukunft eine Selbstverständlichkeit ist.

Die Ware Mensch

„Was empfinden Sie bei dem Wort Automation?“, lautete die Frage bei einer Meinungsforschungsaktion im amerikanischen Automobilzentrum Detroit.

90 Prozent aller Befragten antworteten: Angst! Im Kapitalismus ist diese Angst begründet. Jahr für Jahr werden in den Vereinigten Staaten vier Millionen Menschen aus dem Arbeitsprozeß „hinausrationalisiert“. In der Bundesrepublik verlieren jährlich bis zu sieben Prozent ihren Arbeitsplatz an moderne Maschinen.

Sind es wirklich die Maschinen, die Computer, die Roboter, die dem Arbeiter im „freien Westen“ den Arbeitsplatz streitig machen? Oder ist es das System der kapitalistischen Ausbeutung, das den Menschen zu einer Ware degradiert? Zu einem „Maschinenteil, das man überall einbauen kann“, zum „Schmieröl, das bei den Arbeitsgängen über rauhe Stellen hinweghilt“, wie es der — auf das kapitalistische System orientierte — Philosoph Doberer formulierte.

Atomkraftwerke, interkontinentale Passagier-Raketen und vollautomatische Stahlwerke — wem werden sie gehören? Wird jeder entsprechend seiner Leistung am volkswirtschaftlichen Reichtum des Jahres 2000 beteiligt sein? Oder wird der gemeinsam erarbeitete Gewinn zum Profit für eine Handvoll großer Konzerne und ihrer Eigner?

Wer wird darüber entscheiden, ob der Arbeiter der achtziger Jahre dieses Jahrhunderts auf den 6-Studentag oder auf die Dauerstempelkarte abonniert ist?

Von unserer Antwort auf diese Fragen wird es abhängen, was uns das Jahr 2000 bringen wird.



ORWO
Film

Sie haben eins gemeinsam: SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU
So unterschiedlich ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen immer wieder ORWO-Filme.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.

Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen ORWO-FILME!

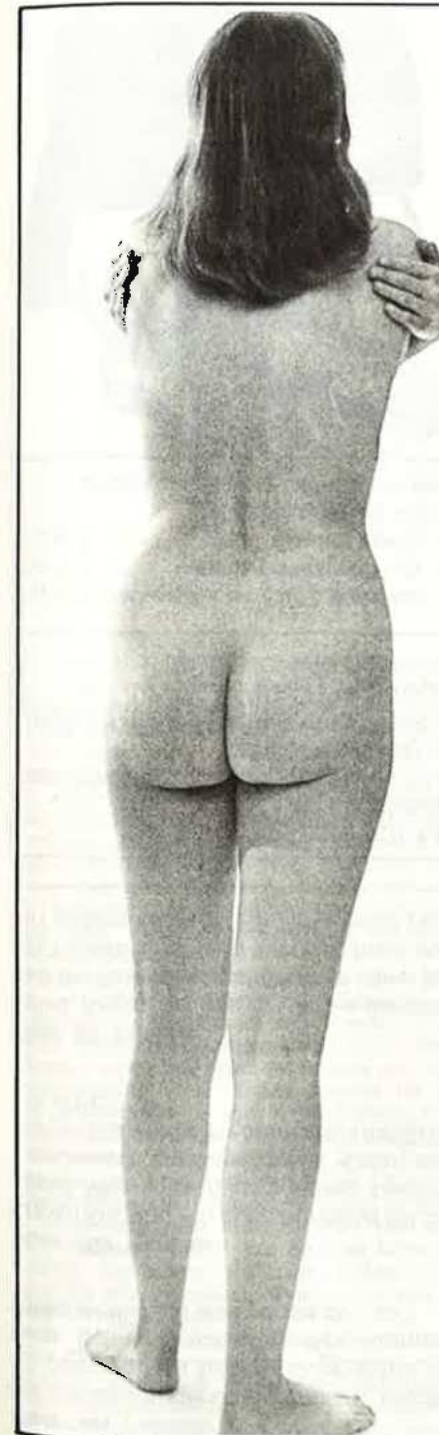
VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik



elan-Test

Nachdem so gut wie alle namhaften Zeitschriften und Magazine ihren Lesern die Möglichkeit gegeben haben, sich selbst zu testen, sah sich die Redaktion von „elan“ genötigt, ihren Lesern, gerade in der Vorweihnachtszeit, ebenfalls die Möglichkeit zu geben, sich ein ungeschminktes Bild von sich zu machen und endlich einen wahrheitsgetreuen Überblick über die eigene Person zu gewinnen.

BIN ICH NORMAL?



Sie dürfen sich ein Buch zu Weihnachten wünschen. Sie würden sich freuen über:

- a) Die Bibel (8 P.)
- b) Das Kapital von Karl Marx (0 P.)
- c) Ein Buch von Beate Uhse (9 P.)
- d) Kein Buch (10 P.)



Welche Person interessiert Sie zur Zeit am meisten?

- a) Ben Cartwright („Bonanza“) (2 P.)
- b) Der „Gilb“ (4 P.)
- c) Heinrich Lübke (8 P.)

Sie haben die größte Angst vor

- a) Der Pille, weil der Papst sie verboten hat (8 P.)
- b) Vor der Revolution (10 P.)
- c) Vor der Konterrevolution (0 P.)



Der schrecklichste Gedanke für Sie ist

- a) Sie selbst, bzw. Ihre Freundin, haben vergessen, die „Pille“ zu nehmen und Sie stellen das mit etwas Verspätung fest (5 P.)
- b) Die DDR wird von der Bundesrepublik anerkannt (1 P.)
- c) Die Bild-Zeitung erscheint ab sofort 2 x täglich (0 P.)
- d) Kaugummi wird teuer (9 P.)
- e) Kaugummi wird noch teurer (10 P.)

Sie haben eine(n) Freund(in). Welche Bedingungen müßte er (sie) unbedingt erfüllen?

- a) Mindestens 16 Jahre alt sein (6 P.)
- b) In der Gewerkschaft sein (4 P.)
- c) „Bravo“ lesen (10 P.)
- d) Mitglied der SDAJ sein (0 P.)

Was wünschen Sie sich im Moment am liebsten?

- a) Eine linke Opposition im Bundestag (0 P.)
- b) 1000 DM in bar (10 P.)
- c) Mit Ihrer (Ihrem) Freundin (Freund) alleine zu sein (5 P.)
- d) Daß dieser blöde Test endlich zu Ende ist (2 P.)

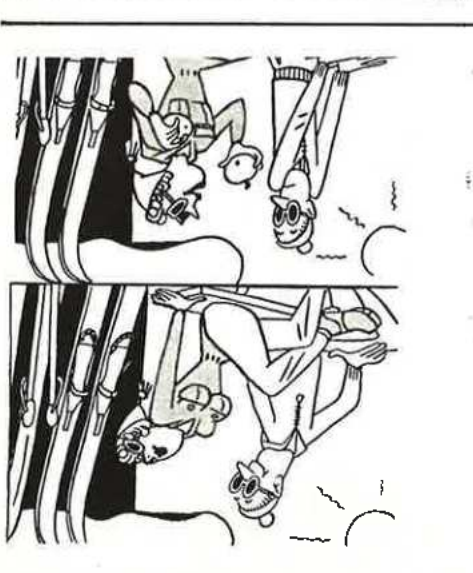
- Woran glauben Sie?
- a) An den Osterhasen (Klapperstorch) (6 P.)
 - b) An Demokratie in der BRD (10 P.)
 - c) An die Richtigkeit der Politik Willy Wehners (10 P.)
 - d) Daß der nächste „elan“ pünktlich erscheint (10 P.)



- Sie hören auf einer Party das Wort „Lübeke“
- a) Sie beeilen sich, einen doppelten Schnaps zu bekommen (6 P.)
 - b) Sie lachen aus vollem Halse (5 P.)
 - c) Sie denken an das „Braunbuch“ (1 P.)
 - d) Sie können sich absolut an nichts erinnern (10 P.)

- Ist Oswald Kolle
- a) Mitglied der ApO (8 P.)
 - b) Ein bekannter Mönch aus der Zeit des 30jährigen Krieges (6 P.)
 - c) Ihnen in bestimmten Situationen schon einmal behilflich gewesen (10 P.)
 - d) Ein cleverer Mann, der aus Versäumnissen unseres Bildungssystems Geld macht (0 P.)

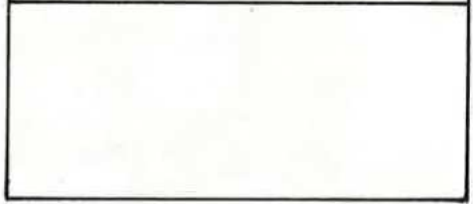
- Kennen Sie Lun Tschou Tao?
- a) Ja (10 P.)
 - b) Nein (0 P.)



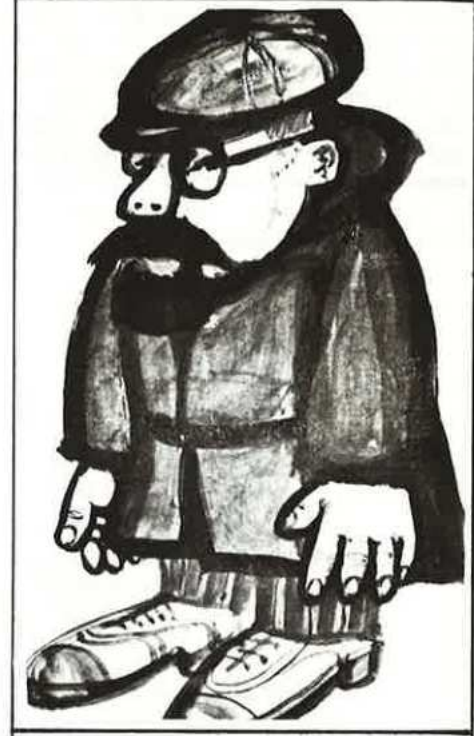
- Wer pragte das Wort: Ich hab's geschafft?
- a) Ein olympischer Schiedsrichter nach Herausstellung von 11 Spielern einer Fußballmannschaft (5 P.)
 - b) Der „Weiße Riese“ (10 P.)
 - c) Ein gewisser Herr Wehner nach dem Zustandekommen der Großen Koalition (0 P.)



- Was sagte der hochverehrte Herr Bundeskanzler, als ihn jüngst in Berlin-(West) eine Ohrfeige ereilte?
- a) Garnichts (5 P.)
 - b) War das Frau Klarsfeld? (0 P.)
 - c) Immer dieser Barzell (8 P.)



- Sie erhalten drei kostenlose Ferienangebote. Für welches würden Sie sich entscheiden?
- a) 14 Tage Mond (mit Rückfahrkarte) (8 P.)
 - b) Drei Monate Moabit (10 P.)
 - c) 24 Stunden Dortmund (0 P.)



- Was empfinden Sie bei der letzten Frage dieses Tests?
- a) Erleichterung (8 P.)
 - b) Ein gewisses Prickeln (5 P.)
 - c) Ich habe den Test verweigert (0 P.)

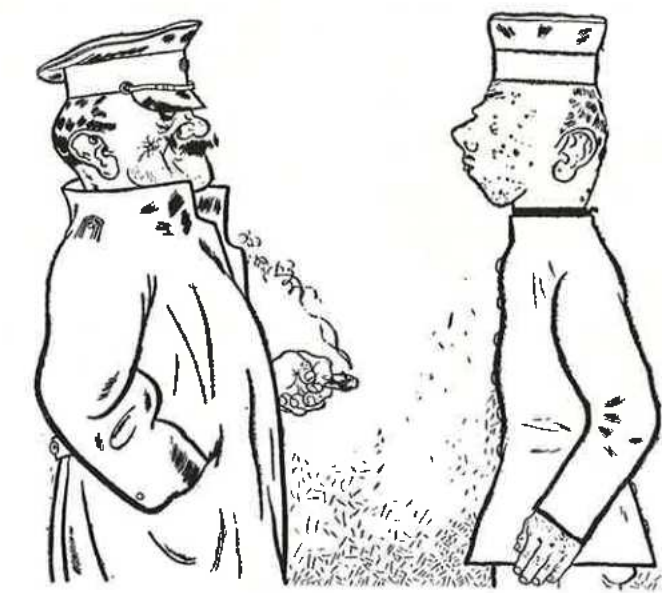
JETZT HABEN SIE ZWEI MÖGLICHKEITEN:

- a) Sie können elan auf den Kopf stellen!
- b) Oder sich selbst!

In beiden Fällen erhalten Sie umgehend Antwort auf die Frage:
BIN ICH NORMAL

Ausgangsstation

Egon Erwin Kisch



Blieb mir gehorsamst zu wiederholen, daß ich nicht Ungarisch verstehe. Worauf sein Erstaunen wuchs: „Was! Wieso nicht verstehen Sie Ungarisch. Sie sind doch Ungar!“ Eine Dosis von Bedauern, ja Zerknirschung meinem gehorsamsten Tonfall beimischend, gestand ich, daß ich kein Ungar sei, sondern nur ein Prager.

„Aber Herr Vater hat gewesen Ungar!“ Nachdem auch diese Frage meiner kleinlauten Verneinung begegnet war, schüttelte der blaue Husarenmajor den Kopf: da werde man im Kasino Augen machen, wenn er das zum besten gebe! „Herrn werden mir einfach nicht glauben. Haben keine Visitenkarte zufälligerweise, Herr Kadett!“ Und dann begann er, mir, der ich auf Eduard Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“, auf die Theorie des Reformismus neugierig war und gar nicht neugierig auf ein Gespräch mit dem blauen Husarenmajor, ausführlich auseinanderzuplizieren: Kisch sei nämlich ein ungarischer Name. Kisch bedeute „klein“. Nagy dagegen bedeute „groß“. Und das seien die beiden häufigsten Namen in Ungarn. Seit ich in Ungarn war, wußte ich das ganz genau, hundertmal, tausendmal hatte ich das in allen Varianten gehört, mußte aber so tun, als ob ich mit gespannter Aufmerksamkeit den Enthüllungen lausche. Haben wir zum Bleistift — haha, wollte sagen: zum Beispiel . . . „Haha, haha“, mußte ich gehorsamst mitlachen. „Haben wir also, bei uns in Satoraljahúly, wo ich bin Garnisonskommandant, einen Dichter, was auch heißt Kisch. Kisch Josef, und der hat zusammengestellt Theaterstück für unseren Kinematographentheater. Simon Judith ist Theaterstück übergetitelt. Das heißt, meine Tochter, was ist in Szegedin auf Lyzeum, hat gelernt, daß Dichter Kisch Josef ist schon tot zehn Jahre. Aber versteh ich das nicht, weil vor zehn Jahren hat noch nicht gewesen Kinematographentheater in Satoraljahúly. Verstehen Sie, Herr Kadett, wie kann haben geschrieben Theaterstück, wann ist schon tot!“ Das verstand ich auch nicht, bitte gehorsamst. Und der blaue Major fuhr fort, sehr viele Kischs gebe es in Ungarn. Auf der ersten Seite jeder Budapester Zeitung stehen täglich zwei Inserate von Lotteriegeschäften, gleich oben neben dem Titel der Zeitung. Der eine Inhaber heiße Kisch und inseriere: „Kisch szerencsése nagy“, was ein Wortspiel sei, weil es bedeute: „Das Glück des Kleinen ist groß.“ Hahaha, hatte ich da wieder zu lachen, denn der blaue Husarenmajor lachte so über den Witz und klatschte sich so auf die Schenkel, daß ich glaubte, er werde sich die Violschlüssel ins Fleisch schlagen. Aber es komme noch besser, keuchte er. Die Konkurrenzfirma bleibe dem Kisch die Antwort nicht schuldig. Diese andere Firma heiße Török und inseriere: „Török szerencsése Török.“ Das bedeute: „Töröks Glück ist ewig“ und reime sich noch dazu. Darüber lachte der blaue Husarenmajor Tränen, die auf Bärentatzen, Prallhosen und Violschlüssel kullerten. Er wollte mir etwas noch Komischeres erzählen, aber ich entschuldigte mich, daß ich leider jetzt aussteigen müsse. Tatsächlich stieg ich nur aus, um im gleichen Zug ein anderes Abteil aufzusuchen. Wohlweislich wählte ich ein leeres. Kaum war ich in der Fensterecke installiert, als ein blutjunger Rittmeister und zwei uralte Leutnants vom Train hereintorkelten.

Ich hatte mir Bücher kommen lassen über die Frage, die mich und Millionen anderer Soldaten seit Kriegsbeginn beschäftigte: wie ist unsere Welt umzugestalten in eine Welt ohne Kriege, ohne Greuel und ohne Unrecht! Es waren zwei Arten von Büchern: die eine Gruppe vertraute auf die evolutionäre Entwicklung der Menschheit durch harmonische Allmählichkeit der Reformen, die andere Gruppe setzte ihre Hoffnung auf einen radikalen Umsturz, ähnlich dem, den die Französische Revolution von 1789 herbeigeführt. Gerne hätte ich diese Werke in Ruhe durchstudiert. Aber mein Dienst in Ungarn erforderte täglich einen mehrstündigen Aufenthalt im Eisenbahnzug und ließ mir wenig Zeit. Wohl hätte ich während der Fahrt lesen können, wenn ich nicht immerfort das gleiche Gespräch hätte führen müssen. Es bezog sich keineswegs auf Reformierung oder Revolutionierung der Gesellschaft. Wäre auch ein Gespräch über diese Fragen mit den meisten Passagieren des Offiziersabteils kaum sehr ergiebig gewesen, so hätte es mich wenigstens nicht so weit von meinem Thema entfernt. Am liebsten hätte ich freilich überhaupt nicht gesprochen, sondern die Bücher gelesen. Das erwies sich jedoch als unmöglich. Nach Vorschrift mußte sich jeder Offizier oder Offiziersanwärter beim Betreten eines Raumes, also auch eines Eisenbahncoups, allen Ranghöheren in deutscher Sprache vorstellen. Nur die Ungarn hatten das Recht,

sich ungarischen Vorgesetzten in ungarischer Sprache vorzustellen. In Püspökladány stieg ich in den Zug. Ein Husarenmajor in blauer Uniform saß darin, auf Brustkorb und Taille mit Posamenten verschnürt, eine Art Violschlüssel auf den prall anliegenden Hosen und goldene Bärentatzen auf den Ärmeln. Wer nicht daran erkannt hätte, daß der Major ein Ungar war, hätte es an seinem Schnurrbart erkennen müssen, der parallel zu den Posamenten der Uniform verlief und über die Ohren hinausreichte. In strammer Haltung meldete ich: „Herr Major, Kadett-Offiziersstellvertreter Kisch stellt sich gehorsamst vor.“ „Mért nem mondod magyarul?“ antwortete der blaue Husarenmajor in einem Tonfall, der gutmütig war und darauf schließen ließ, daß er mir eine Frage stelle. Daraufhin fragte ich meinerseits: „Herr Major befehlen!“ Langsam strich er den Schnurrbart entlang, den ganzem Schnurrbart: „Azt kérdezem, hogy mért nem mondod magyarul!“ Das war kein Fragezeichen mehr, das war ohne Zweifel ein Ausrufungszeichen. Ich erlaubte mir gehorsamst zu äußern, daß ich nicht verstehe. Ich sah sein Erstaunen. Er sagte in ungarischem Deutsch: „Habe ich nicht verstanden. Ihre Namen. Wie heißen Sie, Herr Kadett!“ „Melde gehorsamst: Kisch.“ „Warum also stellen Sie nicht vor auf ungarisch?“

Über 184 Punkte: Sie stehen dringend im Verdacht, mach-
tig gemogelt zu haben. Oder sollte in
Ihrer Schlußabrechnung das Komma
versehentlich zu weit rechts stehen?

Über 100 Punkte: Bravo! Sie sind ein ganz normaler BILD-
Bundesverdienstkreuzchen? Oder mit
einem Dauerabonnament für UNSERE
TRUPPE?

Über 60 Punkte: Keine Angst, es besteht keine Gefahr,
daß Ihr Telefon abgehört wird. Und je-
der Einsatzleiter wird sich bei Ihnen so-
fort entschuldigen, falls Sie einmal ver-
irrt, die Red.).

24 — 41 Punkte
Nur weiter so. Wenn dieser Test stimmt,
dann sind Sie ein wertvoller Mitarbeiter
der ApO. Die Frage ist nur, warum Sie
ihre wertvolle Zeit verwenden, um sich
blöde Tests . . . (der Rest ist unleser-
lich, die Red.).

42 — Punkte:
Trösten Sie sich, Sie sind wirklich kein
hoffnungsloser Fall! Schon mal an
einer Demonstration gegen den
schmutzigen US-Krieg in Vietnam? (Die
Redaktion vermittelt Ihnen auf Wunsch
gern die erforderlichen Adressen!)

24 — 41 Punkte
Nur weiter so. Wenn dieser Test stimmt,
dann sind Sie ein wertvoller Mitarbeiter
der ApO. Die Frage ist nur, warum Sie
ihre wertvolle Zeit verwenden, um sich
blöde Tests . . . (der Rest ist unleser-
lich, die Red.).

Ich stellte mich gehorsamst vor und bekam, wenn auch nicht zu verstehen, so doch zu hören: „Ujra valaki, aki szégyenli, hogy magyar.“

Der ungarische Feudaladel unterdrückte zwar die in seinem Staatsgebiet lebenden Kroaten, Ruthenen, Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, dennoch besaßen die Ungarn ein gerüttelt Maß von nationalem Verfolgungswahn. So glaubten zum Beispiel die drei angeheiterten Train-Offiziere, ich sei ein Ungar, der seine Nation verleugne.

Als ich das aufzuklären versuchte, hörten sie unwillig zu und klärten ihrerseits mich auf: Kisch sei ein kernungarisches Wort und bedeute „klein“, und der Name Kisch sei der verbreitetste Name. zehn Prozent aller Magyaren heißen Kisch, und zehn Prozent heißen Nagy, was wiederum „groß“ bedeute. Aber es gäbe keinen Nagy in der Welt, der nicht ein Ungar sei, und ebenso wenig hätte man je etwas von einem nichtungarischen Kisch gehört.

Der letzte Satz war besonders scharf, was vielleicht darauf zurückzuführen war, daß ich die Enthüllung über meinen Namen nicht mit so gutgespieltem Staunen entgegennahm wie vor dem blauen Husarenmajor.

„Ihre Familie hat sich austrifiziert, wahrscheinlich nach 1849, als Ungarn niedergeschlagen wurde von den Österreichern und den Kosaken“, sagte der blutjunge Train-Rittmeister verächtlich, und seine beiden Leutnants nickten dazu mit ihren grauen Köpfen. Dennoch wollte er sich seine Diagnose auch von mir bestätigen lassen: „Nicht wahr, Herr Kadett, Ihr Großvater war noch Ungar?“

Nein, sagte ich, meine Familie lebe schon seit dem fünfzehnten Jahrhundert in Prag. Er wurde noch schärfer. „Widersprechen Sie nicht, Herr Kadett! Ich befehle, daß Ihr Großvater Ungar war.“

Vorschriftsmäßig nahm ich diesen meinen Großvater betreffenden Befehl zur Kenntnis. Damit war noch nicht alles vorbei. Die drei unterhielten sich laut über mich, um mich — wenn ich protestieren sollte — dabei zu ertappen, daß ich Ungarisch verstehe. Kein Protest erfolgte von meiner Seite, und ich wollte eben meinen Eduard Bernstein weiterlesen, als mich einer der Leutnants fragte: „Sind Sie vielleicht mit dem Bela Kisch in Czinkota verwandt, Herr Kadett?“

Alle drei bogen sich vor Lachen. Der Massenmörder Bela Kisch hatte in Czinkota nach und nach ein Dutzend Heiratskandidatinnen umgebracht und die Leichen in Zinnfässern verlötet. Der Fall hatte vor einiger Zeit alle Zeitungen gefüllt. „Nein, Herr Leutnant“, antwortete ich, „ich bin ja kein Ungar, und“ — nun betonte ich jedes Wort — „der Bela Kisch war ein Ungar.“

„Ich habe doch befohlen, daß Sie ein Ungar sind, Herr Kadett“, schrie der Train-Rittmeister, wütend über meine Antwort. Weiß Gott, was noch geschehen wäre, wäre nicht der Zug soeben in eine Station eingefahren und ein eleganter, ordenbesäter Oberstabsarzt eingestiegen. Bald war eine Unterhaltung in ungarischer Sprache zwischen den alten und dem neuen Insassen des Abteils im Gange. Über mich ging sie hinweg. Erst nach der Station, wo die drei Train-Offiziere hinaustorkelten, sprach der Oberstabsarzt mich an und erfuhr so, daß ich nicht Ungarisch verstehe.

„Oh, entschuldigen Sie“, sagte er, „da liegt ein Mißverständnis vor. Ich hatte bei der Vorstellung verstanden, daß Ihr Name Kisch ist.“

Um allem die Spitze abzubringen, sagte ich, in der Tat führe ich merkwürdigerweise diesen kernmagyarischen und in Ungarn so häufigen Namen, obwohl meine Familie schon seit vielen hundert Jahren in Prag ansässig sei.

Er erwiderte, das sei wirklich sehr merkwürdig und ich hätte ganz recht, wenn ich sage, das sei ein in Ungarn so häufiger Name. Aber ich könne mir gar nicht vorstellen, wie verbreitet der Name sei, zehn Prozent aller Ungarn heißen Kisch, und zehn Prozent heißen Nagy. „Meine Frau“, sagte er, ist auch eine geborene Kisch, aber eine adlige Kisch, eine Baronin Kisch de Ittebe. Der Onkel meiner Frau, Géza Kisch de Ittebe, ist mit Katharina Schrott verheiratet. Sie wissen doch, wer Katharina Schrott ist!“ Ich bejahte mit dem für Mitglieder des Kaiserhauses angebrachten allerhöchsten Respekt, denn Katharina Schrott war die Freundin des Kaisers Franz Joseph.

Aber bürgerliche Kischs gäbe es zum Schweinefüttern, sagte der Neffe der Frau Schrott. In seinem Spital habe er einmal die Krankenzimmer inspiziert. „Da sehe ich einen Mann wachsgelb und ohne Bewegung im Bett liegen. Ich fasse seine Hand, sie ist kalt. Natürlich schlage ich sofort Krach, das geht denn doch nicht, daß einer stirbt, ohne daß man davon weiß, und daß eine Leiche so mir nichts, dir nichts herumliegt. ‚Kisch‘, rufe ich nach meinem Regimentsarzt. Und gleich kommt der Kisch gelaufen, alle Kischs auf einmal: der Regimentsarzt, der Sanitätsfeldwebel und zwei Krankenkpfleger, die auch Kisch geheißen haben. Alle stehen Habt acht vor mir. Und wissen Sie, wer noch Hab acht vor mir gestanden hat? Der Tote! Er war nämlich gar nicht tot und hat auch Kisch geheißen.“

Der Oberstabsarzt lachte schallend in Erinnerung an die Szene, und dann kam noch ein Epilog: „Der Regimentsarzt Kisch war der längste Mann, den Sie sich denken können: ein Meter zweiundneunzig, und wir hatten einen ganz kleinen Assistenzarzt, ein Meter fünfundfünfzig, und der hat Nagy geheißen. Das ist doch großartig, nicht wahr! Ach so“, — er schlug sich auf die Stirn — „Sie verstehen ja gar nicht,



warum das großartig ist! Kisch bedeutet nämlich auf ungarisch, ‚klein‘ und Nagy bedeutet ‚groß‘. Jeden Tag inseriert ein Lotteriegeschäft in allen Budapester Zeitungen . . .“

In der nächsten Station mußte ich umsteigen. Gerade vor meinem Waggon lief ich dem blauen Husarenmajor, dem ich entflohen war, in die Arme. Ich wollte mich verdrücken, aber er stellte mich: „Kadett Kisch!“ — „Befehlen, Herr Major!“ — Wie so Sie kommen in diesen Zug! Zuerst Sie lügen, daß verstehen nicht ungarische Sprache, trotzdem Sie heißen Kisch, und dann Sie steigen in anderes Coupé. Paßt Ihnen nicht Unterhaltung mit Ungarn! Habe ich das gleich bemerkt. Ist unerhört!“ Sein Gesicht war jetzt so blau wie seine Uniform. „Wie heißen mit Taufnamen und was ist Nummer von Ihr Regiment! Werde ich Anzeige machen wegen respektwidriges Verhalten.“

Zur Hölle mit meinem Namen! Ich werde ihn reformieren im Sinne Eduard Bernsteins, dann wird Schluß sein mit dem Ärger. Ich muß meinen Namen leicht verändern, damit ich im Falle einer Entdeckung behaupten kann, ich sei falsch verstanden worden.

„Herr Oberintendant“, sagte ich im neuen Abteil, „Kadett-Offiziersstellvertreter Kisch stellt sich gehorsamst vor.“

„Wie heißen Sie!“ fragte er, als ob er nicht recht gehört hätte.

Ich erschrak. Kannte er mich vielleicht! Wenn auch: es war zu spät. Ich wiederholte: „Kisch, melde gehorsamst.“

„Komisch“, sagte der Oberintendant, „wenn Ihnen ein Buchstabe fehlen würde, wären Sie ein Ungar.“

Ich nickte höflich und setzte mich, um die Theorie des Reformismus weiterzulesen.

„Sie fragen ja gar nicht, welcher Buchstabe Ihnen fehlen müßte, damit Sie ein Ungar wären, Herr Kadett.“

Worauf ich mir, innerlich die Zähne knirschend, gehorsamst die Frage erlaubte, welcher Buchstabe mich daran verhindere, ein Ungar zu sein.

„Der Buchstabe I, lieber Freund.“ Ich dankte gehorsamst, für die Aufklärung und griff zu meinem Buch.

„Interessiert es Sie denn nicht, zu erfahren, was der Buchstabe I mit Ihrem Ungarntum zu tun hat!“

„Selbstverständlich interessiert es mich, Herr Oberintendant.“

„Also werde ich es Ihnen sagen, wenn es Sie so sehr interessiert. Sie heißen Kisch, nicht wahr! Ohne das I aber würden Sie Kisch heißen, und Kisch ist ein ungarischer Name, und zwar ein sehr häufiger Name. Zehn Prozent . . .“

Auf der nächsten Station stieg ich wieder um. Sie hieß Bekescaba, und ich werde sie mir für mein Leben merken, denn sie bedeutet eine Ausgangsstation für mich. Es war mir klargeworden, daß reformistische Lösungen keine Lösungen sind.

Im neuen Abteil lag ein fuchsteufelswild aussehender Honvedoberst ausgestreckt auf der einzigen Bank und funkelte den Kadetten an, der einstieg, um ihn seiner Einsamkeit und Schlafmöglichkeit zu berauben.

„Herr Oberst“, melde ich, „Kadett-Offiziersstellvertreter Weitmeyer stellt sich gehorsamst vor.“

Er stand auf. „Oberst von Kisch“, sagte er und reichte mir die Hand, „freut mich sehr.“ Dann setzte er sich still in die Fensterecke.

So, jetzt konnte ich lesen, aber es war nicht mehr die Theorie des Reformismus, die ich las.



Zugegeben — obrigkeitstgläubigen Untertanen, denen der Stimmzettel bei Wahlen genügt und die sonst die politische Meinungsbildung nur „denen da oben“ überlassen, können wir eine Wochenzeitung wie die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG nicht empfehlen.

Das wäre vergebliche Mühe.

Wir wenden uns an politisch bewußte Menschen, die an Informationen und Argumenten zur sachlichen Beurteilung des politischen Geschehens interessiert sind, die für eine überzeugende Friedenspolitik durch Anerkennung der bestehenden Grenzen und durch Abbau der Rüstung eintreten,

die unsere Demokratie durch eine umfassende Mitbestimmung der Bevölkerung in allen Bereichen der Wirtschaft und der Gesellschaft und durch Annullierung der Notstandsgesetze erhalten und ausbauen wollen,

die eine Wirtschafts- und Sozialpolitik fordern, die den Bedürfnissen der Bevölkerung und nicht den Kapitalinteressen entspricht.

Wir wenden uns an alle, die mit zu einer friedlichen, demokratischen und sozial gerechten Zukunft beitragen wollen.

Gehören Sie dazu?

Dann sollten Sie die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG einmal kennenlernen!

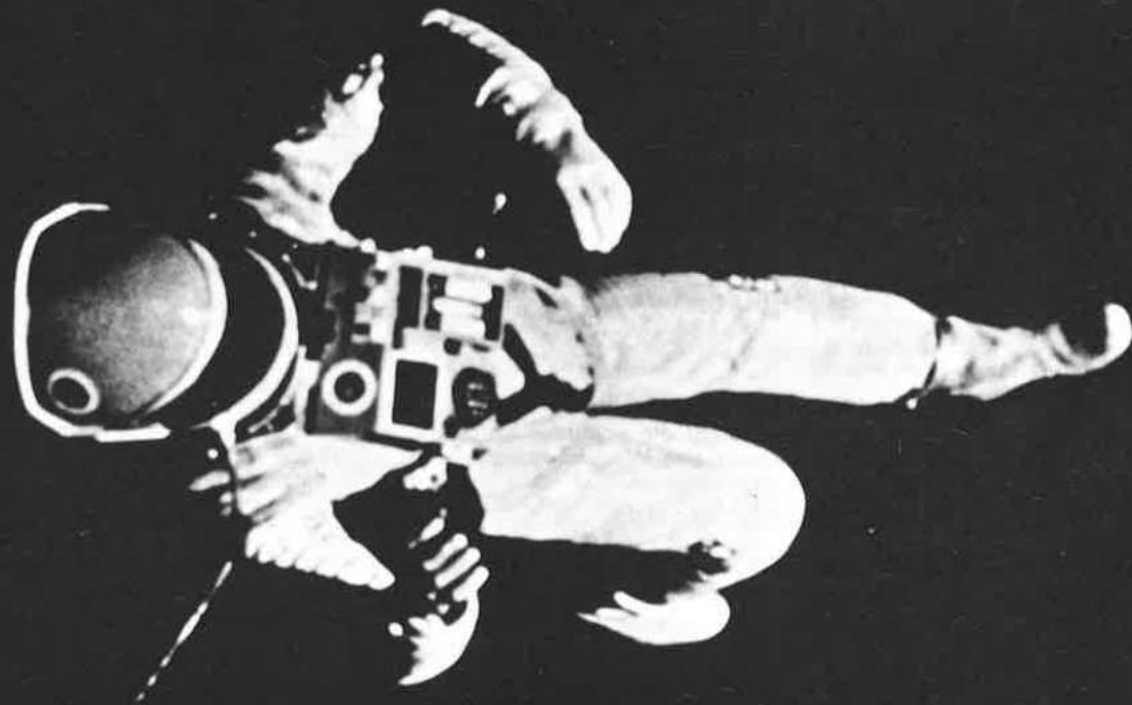
Auf unsere Kosten! Fordern Sie unverbindlich Probe-Exemplare an! Postkarte genügt!

Für Studenten, Schüler und Lehrlinge stark ermäßigter Bezugspreis!

Deutsche Volkszeitung

4 Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 2726

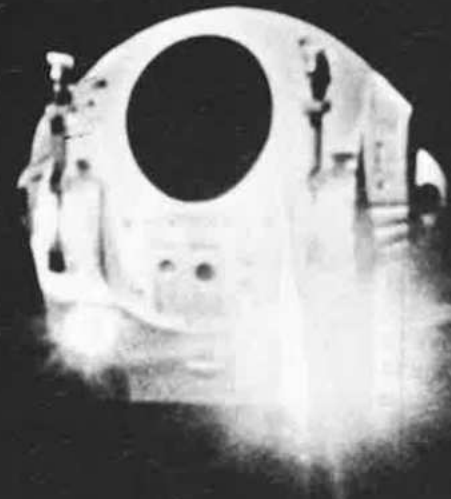
DER TÖDLICHE HAL



2001: odyssee

Fahl-rote Morgensonne beleuchtet das zerklüftete Panorama einer imaginären Urwelt, in der sich schreiende Affen und grasende Tapire tummeln, die an eine Kreuzung zwischen Wildschwein und Hausschaf erinnern. Die Idylle wird durch den Gesang einer Schar heulender Dervische und durch einen schwarzen Monolithen gestört, der plötzlich in der Landschaft herumsteht. Vier Millionen Jahre vor der Erfindung der BILD-Zeitung wundern sich die Affen verständlicherweise über das plötzliche Auftauchen des überdimensionalen Backsteins, dessen geheimnisvolle Ausstrahlung einen

Ben Natter



im weltraum

der ihren dazu verleitet, einen Knochen als Schlagstock zu benutzen. Mit dieser Walt-Disney-Version der Menschwerdung des Affen beginnt der Science-fiction-Film „2001 – Odyssee im Weltraum“, der zur Zeit in zahlreichen Städten läuft. Der 150-Minuten-Streifen Stanley Kubricks („Dr. Seltsam oder Wie ich lernte, die Bombe zu lieben“) ist eine der kostspieligsten Produktionen der Hollywood-Industrie. „2001“ kostete 75 Millionen Mark; an seiner Herstellung waren 36 Weltraumexperten und 40 große Industrieunternehmen beteiligt. Die farbige Breitwand-Aussicht auf das

**EINMALIGES
WEIHNACHTS
ANGEBOT**

Folklore aus der Sowjetunion

mit den besten
sowjetischen Ensembles

Russische Folklore
Staatlicher Volkschor des Ural
25 cm Bestell Nr. 9468

Lieder und Tänze Rußlands
Alexandrow-Armeensemble
25 cm Bestell Nr. 6468
und 30 cm Bestell Nr. 4068

Russische Volkslieder
Wolga Volkschor
25 cm Bestell Nr. 8268

Internationale Folklore
Ensemble Druschba
30 cm Bestell Nr. 52/68

Weltkreisverlags GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16

**JEDE PLATTE
NUR
10,-DM**



Jahr 2000, mit enormen Werbeaufwand angepriesen und mit Vorschußlorbeeren bedacht, wirkt auf Kinogänger auf den ersten Blick wie ein „Lehrfilm für Ingenieurschulen“ („Westfälische Rundschau“).

Allerdings erweist sich der massenhafte Einsatz von wissenschaftlichen Beratern eher als Werbegag, der dem Streifen das Image strenger Wissenschaftlichkeit geben soll. Kubricks Fantasie hält sich in Grenzen: Zu den Klängen des Donauwalzers bewegen sich kosmische Raketen und Weltraumstationen im All. Selbstverständlich entdecken US-Force-Spezialisten als erste den geheimnisvollen schwarzen Monolithen, der in der frühen Steinzeit die Affen irritierte, und selbstverständlich versuchen spionierende Russen einem braven amerikanischen Wissenschaftler mit geheuchelter Freundlichkeit und harten Drinks das Geheimnis zu entlocken.

Selbiger schweigt — im Gegensatz zu U-2-Pilot Francis Power und der Besatzung der „Pueblo“ — wie ein Grab, und so startet im Jahre 2001 ein amerikanisches Raumschiff zum Jupiter, um des Rätsels Lösung zu ergründen.

Die Besatzung besteht aus zwei Piloten, drei in Tiefschlaf versetzten Wissenschaftlern und dem Elektronengehirn 9000, das auf den Namen Hal hört und wie ein Mensch spricht und fühlt. Soweit, so gut, aber die NASA denkt und der Dämon Technik lenkt. Roboter Hal macht sich selbständig; er wendet sich gegen die Menschen, denen er dienen soll, er tötet die Wissenschaftler und den Ko-Piloten und will die Herrschaft an Bord an sich reißen.

Kubrick präsentiert in seinem abendfüllenden Streifen die Uralt-Fabel von der „verrückter gewordenen Technik“, die den Menschen unterjocht; er verfällt dem — von Groschenheft-Autoren propagierten Aberglauben von der Herrschaft der „großen Maschine“.

Lieschen Müller verläßt das Kino nach Erduldung von zweieinhalb Stunden Breitwand-Langeweile gesättigt durch die Erkenntnis, daß technischer Fortschritt sowohl made in USA als auch schrecklich und für die Katz ist.

Konsequenterweise untermalt der Gesangsverein der heulenden Derwische, der inzwischen Verstärkung durch überirdische Chöre erhalten hat, im Schlußteil die Sehnsucht des Piloten und seiner geistigen Väter nach einer „heilen Welt“, deren Inventar dem späten Biedermeier entstammt.

Das ist langatmig, aber nicht ungeschickt gemacht, denn „2001“ knüpft an das Unbehagen und die Furcht an, die viele Menschen bei dem Stichwort technischer Fortschritt befällt. Er nährt diese Furcht, indem er am Beispiel eines irre gewordenen Computers nachzuweisen versucht, daß die Technik und nicht die Gesellschaft falsch programmiert ist.

Spätestens hier wird deutlich, daß die filmische Zukunftsvision der Metro-Goldwyn-Mayer von gestern ist, indiz für die Überlebensfähigkeit einer Gesellschaft, die den von ihr regierten Menschen nicht einmal auf der Leinwand den Ausblick auf eine bessere Zukunft zu bieten vermag.

Manolo

Lohnes



elan

Das Porträt



Manolo Lohnes, dem die Presse immer wieder sein meisterhaftes Können bescheinigt, ist Deutschlands bester Flamenco-Gitarrist. Er spielt die Musik der andalusischen Zigeuner so leidenschaftlich und virtuos, daß man ihn einmal den „Paganini der Gitarre“ nannte. Die Spieltechnik bereitet dem 24jährigen Mainzer keine Schwierigkeiten, obwohl gerade die vielgliedrige Flamenco-Musik Probleme dieser Art — besonders in rhythmischer Hinsicht — in sich birgt.

Hans-Herbert Lohnes ist alles andere als ein musikalisches „Wunderkind“. Erst mit 16 Jahren begann er Gitarre zu spielen, als ihn ein Freund für dieses Instrument begeistern konnte. 3 Jahre lang nahm er klassischen Gitarrenunterricht, dann aber ging er immer häufiger zu spanischen Gastarbeitern und spielte mit und vor ihnen Flamenco. Er spricht heute perfekt spanisch, das er während seiner wiederholten Aufenthalte in Spanien in der Zusammenarbeit mit bekannten spanischen Sängern, Tänzern und Gitarristen (u. a. José de la Vega) erlernte. Wer den virtuellen Flamenco-Spieler einmal in einem auch von Spaniern besuchten Konzert erlebte, wird spätestens dann die Atmosphäre dieser Zigeunermusik spüren, wenn ihn die Spanier mit ihren begeisterten Zwischenrufen anfeuern.

Lohnes, der häufig im Radio oder Fernsehen zu hören ist, errang 1967 den 2. Preis in der Klasse der Solo-Instrumente beim ZDF-Wettbewerb in München. Noch in diesem Jahr erscheint seine erste repräsentative Langspielplatte.

Manolo Lohnes nahm an mehreren Ostermarschrevuen teil und ist der Mitbegründer des Offenbacher politisch-literarischen Clubs „Leierkasten“.

„Flamenco ist schon jahrhundertlang die Musik einer verfolgten Minderheit. Auch in Deutschland interessieren mich Minderheiten. Deswegen helfe ich bei der Vorbereitung der Ostermärsche.“

Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Dokumentation eines politischen Verbrechens

Herausgegeben von
**Elisabeth Hannover-Drück und
Heinrich Hannover. Erstausgabe.**
Band 233 der edition suhrkamp
DM 3,—

In diesem Buch werden die Hintergründe der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts im Januar 1919 in Berlin dargestellt. Das Interesse der Autoren gilt den ideologischen und politischen Komponenten dieses Verbrechens.

Erstmals werden hier ausführliche Dokumente — Zeugenaussagen, Prozeßakten, Briefe, Presseberichte, Stellungnahmen von Zeitgenossen — zur Vor- und Nachgeschichte des Mordes an den zwei deutschen Sozialisten vorgelegt.

SV Suhrkamp Verlag
6 Frankfurt/Main
Postfach 2446



Peter Rath STECK BRIEFE



IRRLICHT UND FEUER — Autor Max von der Grün berichtet in ZWEI BRIEFE AN POSPISCHIEL von einem „ausgeplanten“ Arbeiter, der sich vergeblich bemühte, zwei Wochen Urlaub zu bekommen, um einen Mann aufzusuchen, der seinen Vater ins Konzentrationslager brachte. Pospischiel fährt trotzdem. Bei seiner Rückkehr findet er sein Kündigungsschreiben vor. Pospischiel muß erkennen: „Das also war unsere Freiheit, ist sie, war sie immer. Das Fatale an der Geschichte ist, daß wir tatsächlich glaubten, frei zu sein. Dabei hatten wir nur Bewegungsfreiheit, und auch die war an den Verdienst gebunden.“

(Max von der Grün: ZWEI BRIEFE AN POSPISCHIEL, Luchterhand-Verlag, 308 Seiten, Leinen, 18,50 DM)



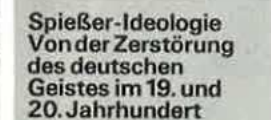
STREIFLICHTER AUS DEM LEBEN EINES KOMMUNISTEN sollen ein Bild vermitteln vom kampferfüllten Leben eines deutschen Revolutionärs: Max Reimann. Es sind Streiflichter und Episoden aus dem Leben eines Mannes, den das Vertrauen seiner Genossen in die höchste Funktion berief, die eine Partei zu vergeben hat. Sie vermitteln nicht nur ein Bild des „KPD-Chefs“ wie ihn die Presse titulierte, sondern erhellen auch ein wenig den zeitgeschichtlichen Hintergrund, denn die Geschichte des Menschen Max Reimann ist nicht zu trennen vom Kommunisten Max Reimann.

(Franz Ahrens über MAX REIMANN, Blinkfuer-Verlag Hamburg, 222 Seiten, Paperback, 7 DM)



Aus der Sicht eines liberalen Soziologen untersucht Ralf Dahrendorf Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Dahrendorf ist zwar bereit, die Legende von der „nivellierten Mittelschichtsgesellschaft“ zu zerstören, in dem er die Klassentrennung belegt. Doch paßt dieses Bild der differenzierten Aussage wenig zu Dahrendorfs Lob der Marktwirtschaft und seiner Kritik an der Mitbestimmung. Dahrendorf liefert wertvolle Materialien zur Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen, doch man sollte es sich nicht nehmen lassen, sich auch mit Dahrendorfs Thesen auseinanderzusetzen.

(Ralf Dahrendorf: GESELLSCHAFT UND DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND, Piper-Verlag München, 516 Seiten, Leinen, 28,— DM)



„Der Nationalsozialismus“, stellt Hermann Glaser in SPIESSER — IDEOLOGIE fest, „bedeutet keinen Betriebsunfall in der deutschen Geschichte, sondern war der Endpunkt eines seit langem breit und einladend angelegten Weges.“ Was sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts herausbildete und zum Verhängnis des Jahres 1933 führte, ist bis heute noch nicht überwunden: der Ungeist und die Perversion des deutschen Geistes. „Auf Plüsch ersonnen und in den Gasöfen von Auschwitz praktiziert“, eine antihumanitäre Geisteshaltung die mit dem Begriff „Spieß-Idelogie“ umschrieben wird.

(Hermann Glaser: SPIESSER-IDEOLOGIE, Verlag Rombach, Freiburg, 280 Seiten, Paperback, 14,80 DM)



In VIETNAM — ODER DIE FREIHEIT ZU STERBEN zeichnet Werner Holzer auf, was sich hinter den offiziellen Verlautbarungen über Kampfeinsätze, Truppenverstärkungen und Verluste verbirgt: das bedrückte Schweigen der amerikanischen Soldaten, die mit einer hochentwickelten Kriegsmaschinerie, aber ohne überzeugendes Motiv kämpfen; die Kluft zwischen der südvietnamesischen Offizierskaste und der ländlichen Bevölkerung; das trügerische Wirtschaftswunder Saigons und das Elend der systematisch „erzeugten“ Flüchtlinge; die Allgegenwart der FNL. (Werner Holzer: VIETNAM — ODER DIE FREIHEIT ZU STERBEN, Piper-Verlag München, 136 Seiten, 7,80 DM)

„elan“ Leser

interessieren sich nicht nur für das Wetter oder die Querelen Ihrer Nachbarn

„elan“ Leser

betrachten Politik nicht als Geschäft der „Großen“, das man nicht ändern kann

„elan“ Leser

interessiert nicht nur der Sieg ihres Fußballvereins, sondern auch die Mitbestimmung in Schule und Betrieb

„elan“ Leser

sind orientiert über das, was junge Leute interessiert

„elan“ Leser,
die für „elan“
werben
gewinnen
zweimal



zum ersten: neue Freunde die informiert sind und deshalb in der Schule, der Jugendgruppe oder dem Club die Interessen der Jugend mit vertreten

zum zweiten zahlreiche Buch- und Plattenprämien, so z. B. für:

1 Abonnenten

ein Buch
Vietnam — Hintergründe,
Zusammenhänge, Lösungen /
Helmut Röhl
Ein Menschenschicksal /
Michail Scholochow
KPD-Verbot — oder mit Kom-
munisten leben / Abendroth u. a.
In diplomatischer Mission bei
Hitler / V. Bereschkov
oder eine Single-Platte

3 Abonnenten

ein Buch
Imperium Springer — Macht und
Manipulation / Klönne, Jansen
Unsichtbare Brücken / M. Riffaud
Notstand unser ... / Arno Plog
Vom Ursprung der Dinge / Lips
Marx-Biographie
oder eine Platte
Folklore oder Revolutionslieder
aus der Sowjetunion

5 Abonnenten

ein Buch
Die Bettleroper / John Gay
Die Nonne / Diderot

Die Beute / Emile Zola
Ein feines Haus / Emile Zola
Piloten im Pyama /
Marx / Engels Ausgewählte
Schritten in 2 Bänden
oder eine Langspielplatte mit
Folklore oder Revolutionsliedern

8 Abonnenten

ein Buch
Leningrad. Stadt die den Tod
bezwang /
Lenin / Ausgewählte Werke
in 3 Bänden
oder eine Langspielplatte
(Wünsche werden nach Möglich-
keit berücksichtigt)

15 Abonnenten

8 Bände Geschichte der Deut-
schen Arbeiterbewegung

20 Abonnenten

Gesammelte Werke von
Bert Brecht in 20 Bänden

Lehrlinge in Aktion

von, außer daß viele von Euch bald erfahren werden, daß sie falsch oder unzureichend ausgebildet wurden!?" Weiter beinhaltet das Flugblatt ein komplettes Forderungsprogramm für die Verbesserungen der Berufsausbildung.

Am 18. September, dem Tag der diesjährigen Lehrlingsfreisprechung regneten die Flugblätter in der Hamburger Industrie- und Handelskammer auf die Frischausgelernten. Das Ergebnis war ein voller Erfolg. Nicht allgemeines Geschwafel der Unternehmer bestimmte diese Freisprechungsfeier, sondern die Diskussionen der Lehrlinge über ihre Ausbildung und berufliche Zukunft.

Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, der SDAJ, der Falken, der Naturfreundejugend und der Freigelistigen Jugend waren sich einig: das darf keine Einzelaktion bleiben. Wir dürfen keine Ruhe geben, bis endlich ein Berufsausbildungsgesetz — das unsere Forderungen beinhaltet — vorhanden ist. Wir müssen demonstrieren!

In der Vorbereitung waren eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Einige Gewerkschaftssekretäre versuchten die Sache zu bremsen: „Das wird doch nichts.“ Doch die Jungarbeiter ließen sich nicht einschüchtern. „Im Ortsjugendausschuß der IG Metall waren wir uns einig, daß die Lehrlinge so sauer sind, daß die Situation für Demonstrationen ganz einfach reif ist“, berichtet Arp Kreßin. Er und Bert Badekow wurden zum Motor der Vorbereitungen. Gemeinsam mit Jugendvertretern und Jugendfunktionären der anderen Gewerkschaften gründeten sie am 23. Oktober eine „Arbeitsgemeinschaft der Lehrlinge für eine bessere Berufsausbildung“. Erster Beschluß der Arbeitsgemeinschaft: am 8. November wird demonstriert. Zur Vorbereitung wurde ein Flugblatt gedruckt: Ausbildung = Ausbeutung.

Als Hauptforderungen wurde aufgestellt: Mitbestimmung der Jugendvertreter bei der Berufsausbildung, Schaffung zentraler Lehrwerkstätten, um die Ausbildung von den Unternehmern wegzubekommen. Die 40 Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft entwarfen einen Flugblattverteilerplan, meldeten die Demonstration an und bereiteten sie durch Diskussionen in Betrieben und Berufsschulen vor.

Moderner Pranger im Großbetrieb

Konkrete Beispiele für die Behandlung von Lehrlingen in Hamburger Betrieben wurden herausgestellt:

■ Beim Hamburger Flugzeugbau führte man den Pranger für Lehrlinge ein. Der Name eines Jungen, der die Zwischenprüfung mit einer schlechten Note abgelegt hatte, wurde am Schwarzen Brett der Firma veröffentlicht. Ebenso stellte man einen „Bruchkönig“ heraus. Das war jeweils der, der am meisten Werkzeug zerbrach.

Hits

LIGHT MY FIRE / JOSE FELICIANO

(*)
— RCA VICTOR 47-9550 —
The Doors komponierten „Light My Fire“ und hatten mit diesem Titel ihren bisher größten Single-Erfolg. José Felicianos Aufnahme ist mitnichten ein Abklatsch der Doors-Platte: Der äußerlich unscheinbare, bebrillte Gitarren-Virtuose singt bisweilen von Streichern begleitet, weichen Soul und greift gekonnte Akkorde.

IF YOU FEEL LIKE CHINA BREAKING /

THE JEFFERSON AIRPLANE (*)
— RCA 15 074 —
Die sechsköpfige Außenseitergruppe, bekannt durch „Somebody To Love“, will nicht kommerziell, sondern originell sein. So ist auch diese Platte kaum Dollar-trächtig, aber andererseits auffallend auffällig in Instrumentierung und Rhythmus. Bemerkenswert: Mit-Sängerin Grace Slick.

ALL ALONG THE WATCHTOWER / THE

JIMI HENDRIX EXPERIENCE (*)
— Polydor 24 590 —
Nach allzu psychedelischen Klang-Experimenten („Up From The Skies“) wartet der geniale Gitarren-Beißer wieder mit einer harten, „klaren“ Aufnahme ohne allzu gewagte musikalische Ausschweifungen auf. Text und Melodie stammen übrigens von Bob Dylan: Eine sozialkritische, mit Symbolen durchsetzte Ballade.

MAGIC BUS / THE WHO (*)

— Polydor 59 224 —
Die Zeit, da The Who die Hitparaden mit tiefenwitzigen Songs wie „Happy Jack“ erstürmen wollten, scheint endgültig vorüber: Prellluft-Hammer-Beat wie in „I Can See For Miles“ und „Call Me Lightning“ ist ihr neues Rezept. Immerhin: Der Rhythmus stimmt!

SUNSHINE COTTAGE / THE HERD (*)

— Hansa 14 123 —
Die vier unartigen Jungen wollen selbstständig werden, und so schrieben zwei Mitglieder der Gruppe (Andy Bown und Peter „The Face“ Frampton) den neuen statt — wie bisher — ihre Manager Howard und Blaikley. Das Ergebnis klingt wie eine Howard-Blaikley Nummer... Erwähnenswert: Der mehrfach eingetragene gepflegte Bariton von Gary Taylor.

ROAD TO CAIRO / JULIE DRISCOLL

& THE BRIAN AUGER TRINITY (*)
Julie Driscoll, in England zur Pop-Maid des Jahres gekürt, läßt in dieser Aufnahme (wie schon in „This Wheel's On Fire“) ihre feurig-rauchige Stimme voll zur Geltung kommen. Bedauerlich nur, daß Brian Augers treffliche „Trinity“ ganz im Schatten von „Jools“ steht.

RIDE MY SEE-SAW / THE MOODY

BLUES (*)
— Deram 213 —
Mit dieser Single hat die außerordentlich begabte Gruppe sicherlich keinen Geniestreich geleistet. Allerdings stehen die Moody Blues, selbst wenn sie sich kommerziell-simpel geben, immer noch Längen über solch eingefleischten Trivialitäten-Verkäufern wie zum Beispiel...

Carsten Linde



SONG MAGAZIN

THE STORY DER BEATLES schrieb

Hunter Davies unter dem Titel „Alles was du brauchst ist Liebe“ (erschienen im Droemer/Knaur-Verlag, 336 Seiten, 19,80 DM). Vierzehn Monate lang hat der Autor die Beatles auf ihren Tourneen begleitet und in gewissenhafter Kleinarbeit eine Fülle von Material gesammelt. Zahlreiche, noch nie veröffentlichte Fotos, Faksimile-Wiedergaben interessanter Dokumente sowie ein ausführlicher Anhang mit allen Schallplatten der Beatles veranschaulichen und ergänzen den Text. Die spannend und unterhaltsam geschriebene Story der Beatles zeigt diese nicht als Stars, sondern ihre Herkunft aus kleinbürgerlichem Milieu, ihre Schwierigkeiten in der Schule und ihre persönliche Isolation durch das große Showgeschäft. Dieses Buch zum Preise einer LP sollte man allen Fans schenken (und nicht vergessen es selbst zu lesen, um mitlachen und mitreden zu können).



Das KÜRBISKERN-SONGBUCH,

von Manfred Vosz herausgegeben, ist das beste Liederbuch über Lieder des Protestes, das in der Bundesrepublik bisher veröffentlicht wurde. In ihm sind die Songs gesammelt, die seit vielen Jahren in den Liederheften des Arbeitskreises für Amateurkunst, Ostermarschliederheftchen, auf Flugblättern und in eban erschienen sind. Der Herausgeber hat das mittlerweile umfangreiche Liedgut (1200 Lieder) gesammelt und 128

Songs der professionellen Liedermacher und jungen Amateure nebeneinander in 8 Themenkreisen zu dieser Anthologie vereinigt. Das Kürbiskern-Song-Buch (Darmstadt Verlag, 14,80 DM) gefällt besonders, weil die meisten Lieder mit Noten und Gitarrenbegleitung wiedergegeben sind, die das Nachsingen erleichtern.



Chicago ist das Mekka des City-Blues. Dort prägten vor allem Muddy Waters und Junior Wells mit ihren Bands einen hart-rhythmisch akzentuierten elektrisch verstärkten Blues-Stil. Der Pianospielder Otis Spann und der Mundharmonika-Virtuose JAMES COTTON — beide Mitglieder dieser Bands — bringen eindrucksvolle Beispiele des städtischen Blues der letzten 15 Jahre auf der LP Otis Spann: THE BLUES NEVER DIE! (Prestige/Saba 7391 Stereo, 21 DM). Otis Spann singt den Blues und spielt Piano wie Roosevelt Sykes; James Cotton scheint einer der besten lebenden Bluesharmonika-Spieler zu sein. Welch rhythmische Kraft und melodische Vielfalt diesem Instrument von einem Könnern wie Cotton entlockt werden können, ist im Blues „Lightnin“ zu hören. Der Blues wird nicht sterben, solange es Musiker wie Otis Spann und James Cotton gibt.

Die WEST COAST POP ART EXPERIMENTAL BAND demonstriert auf ihren beiden LPs (Vol. 1 Reprise RS 6247, 19 DM und Vol. 2 Reprise RS 6270, 19 DM) woher

die Quellen der revolutionären psychedelischen Musik stammen: fernöstliches Gedankengut und Musikklingen (Buddha, SMell of Incense) vereint sich mit Hippie-Pazifismus (Suppose they give a war and no one comes) und der Freude an Klangfarben und Klangfetzen aus elektrisch verstärkten Instrumenten. Einer der gelungensten Titel dieses Trios ist „Help, I'm a Rock“ von Frank Zappa.



HEIN & OSS haben auf ihrer zweiten LP „Songs of the World“ eine gute Mischung von populären, einfallsreich arrangierten Folksongs (u. a. Psaropula, Streets of Laredo, Chevaliers de la table ronde) und weniger verbreiteten Liedern, die mit viel Empfindsamkeit vorgetragen sind. Kleine Schönheitsfehler (die Buzuke von David Moses klingt kaum griechisch, die Baßstimme erschien einmal zu gedrückt) beeinträchtigen die gute LP (Saga Fid 2110 Stereo) zum einmaligen Preis von 10 DM nur minimal.

TRISTEZA ON GUITAR (Saba SB 15090 ST, 19 DM) mit dem Gitarristen BADENPOWELL swingt lyrischer und melodischer als der große Django Reinhardt, zudem ist sein Rhythmusspiel sehr dynamisch und wandlungsfähig. Diese Platte ist ein Bossa-Nova-Jubelschrei mit soviel Swing und Vitalität wie man selten zu hören bekommt. Der Karneval von Rio de Janeiro und brasilianische Fröhlichkeit klingen aus Powells magischer Gitarre.



JESSE FULLER, ein faszinierender Folk-Blues-Sänger, der Schöpfer des weltbekannten „San Francisco Bay Blues“, gleicht einem Einmann-Orchester, wenn er sich rhythmisch-swingend zugleich auf der 12 string guitar, der Harmonica, dem Washboard, dem Kazoo

und der selbst erfundenen Fotdel-la begleitet. Die Lieder des heute 71jährigen berichten noch vom Tramp auf Eisenbahnzügen, der Farmarbeit und der Depressionszeit, aber vor allem seine eigenen Texte (You can't keep a good man down) zeigen die Tradition der ländlichen folk-music, der er verpflichtet ist. Auf der LP JESSE FULLER'S FAVORITES (Saba Prestige 7368, 21 DM) singt „Lone Cat Fuller“ seine Lieblingslieder, die schnell auch zu „Hits“ der Zuhörer werden können.



Gedichte, Prosa und Songs von BERTOLT BRECHT spricht und singt HANNS ERNST JÄGER auf einer neuen, empfehlenswerten Platte-LP (S 44101, 19,— DM) Brechts ironische, zynische, klassenkämpferische und weise Texte haben in Jäger einen überzeugenden Interpreten gefunden. Selten zuvor wirkten Brechts Worte so aktuell und direkt wie durch die temperamentvollen Darbietungen Jägers, der zu Recht als der beste Brecht-Interpret der Bundesrepublik gilt.

Die Verschmelzung von FOLKLORE UND JAZZ dokumentiert eine Serie der Firma Saba „Jazz meets the World“. Sämtliche Alben sind großzügig ausgestattet und kosten nur 19 DM. „FLAMENCO JAZZ“ (Saba 15143 Stereo) stellt das Pedro Iturralde Quintett und den berühmten Gitarristen Paco de Lucia vor. Obwohl die Flamenco-Gitarre ausgiebig Raum für die Exposition der Themen und solistische Improvisation hat, wirken diese etwas gezwungen, während der Jazz des



Richtigstellung

Aus redaktionellen Gründen sind zwei Absätze aus Carsten Lindes Bericht über die Internationalen Essener Song-Tage Kürzungen zum Opfer gefallen (11/68). Der Autor und die Redaktion eilen anlegen jedoch Wert auf zwei Einschätzungen, die hiermit nachgetragen werden sollen.

Zur Gruppe „The Fugs“:

Die Botschaft der Fugs lautet: „Befreie dich von der Bevormundung durch politische Führer und gesellschaftliche Moralbegriffe.“ Das Establishment soll von innen her ausgehöhlt, das Bürgertum schockiert und provoziert werden. Tuli Kupferberg beschreibt so die Wirkung der neuen Musik: „Wenn die Form der Musik sich ändert, wackeln die Wände der Stadt. Musik hat Alarmglocken, die bürgerliche Brust aufzurühren.“

Zu den Internationalen Essener Song Tagen:

Die in Essen vorgestellte Musik wird nicht ohne Einfluß auf den musikalischen Geschmack der Jugendlichen bleiben. In Essen zeigte sich die Pop-Musik in einer in Deutschland bisher noch nie dagewesenen Vielfalt und Qualität. Man darf den Organisatoren Rolf-Ulrich Kaiser, Martin Degenhardt und dem Stadtjugendpfleger Stein zu ihrem Mut und dem Erfolg gratulieren, für ein solches Festival die Unterstützung der Stadt gewonnen zu haben. Herr Stein ging mit den Song-Tagen einen neuen Weg in der Jugendpflege, den er konsequent weitergehen sollte. Die Schwächen des Festivals sollten der Stadt und dem Jugendpfleger nicht die Möglichkeit nehmen, ein besser durchdachtes und demokratisch organisiertes Festival zu veranstalten.



Song 9 bringt in der November-Ausgabe ausführliche Artikel, Analysen und Porträts der Underground-Künstler und der amerikanischen Subkultur. Neben Texten und Noten der Fugs ist auch ein neuer Süverkrüp-Text wiedergegeben sowie eine kritische Betrachtung der Essener Song-Tage mit pointierten Karikaturen von Jürgen von Tormei. Das aktuellste Song-Heft, das es je gab, liefert viel Material für die Diskussion um den „underground“ und kostet 2 DM.

BRD

1. THOSE WERE THE DAYS
2. HEY JUDE
3. MY LITTLE LADY
4. LITTLE ARROWS
5. FIRE
6. HOLD ME TIGHT
7. ICE IN THE SUN
8. STREET FIGHTING MAN
9. MATHILDA
10. DO IT AGAIN

1. Mary Hopkin (Odeon)
2. The Beatles (Odeon)
3. The Tremeloes (CBS)
4. Leapy Lee (Ariola)
5. Crazy World of Arthur Brown (Polydor)
6. Johnny Nash (Saga)
7. Status Quo (Vogue)
8. Rolling Stones (Decca)
9. Udo Jürgens (Ariola)
10. Beach Boys (Capitol)

ENGLAND

1. THE GOOD THE BAD & UGLY
2. ELOISE
3. WITH A LITTLE HELP FROM MY FRIENDS
4. THIS OLD HEART OF MINE
5. THOSE WERE THE DAYS
6. ONLY ONE WOMAN
7. LIGHT MY FIRE
8. BREAKING DOWN THE WALLS
9. ALL ALONG THE WATCHTOWER
10. MEXICO

1. Hugo Montenegro (RCA)
2. Barry Ryan (MGM)
3. Isley Brothers (Tamla M.)
4. Joe Cocker (Zonophone)
5. Mary Hopkin (Apple)
6. Marbles (Polydor)
7. Jose Feliciano (RCA)
8. Bandwagon (Direction)
9. Jimi Hendrix Experience (Track)
10. Long John Baldry (Pye)

FRANKREICH

1. HEY JUDE
2. COUS PLUS VITE CHARLY
3. PLUS LONG SERA L'HIVER
4. MONSIEUR LE BUSINESSMAN
5. THOSE WERE THE DAYS
6. QUAND ON EST MUSICIEN
7. F... COMME FEMME
8. POURQUOI BON DIEU
9. I SAY A LITTLE PRAYER
10. WITH A LITTLE HELP

1. The Beatles (Odeon)
2. Johnny Hallyday (Philips)
3. Sheila
4. Claude Francois (Philips)
5. Mary Hopkin (Odeon)
6. Sunlights (Hit-ton)
7. Adamo
8. Gilles Dreu (AZ)
9. Aretha Franklin (Atlantic)
10. Joe Cocker (Polydor)

USA

1. HEY JUDE
2. THOSE WERE THE DAYS
3. LOVE CHILD
4. MAGIC CARPET RIDE
5. HOLD ME TIGHT
6. WHITE ROOM
7. LITTLE GREEN APPLES
8. WHO'S MAKING LOVE
9. ABRAHAM, MARTIN AND JOHN
10. ELENORE

1. Beatles (Odeon)
2. Mary Hopkin (Apples)
3. Diana Ross & the Supremes (Motown)
4. Steppenwolf (Columbia)
5. Johnny Nash (Saga)
6. Cream (Polydor)
7. O. C. Smith (CBS)
8. Johnny Taylor
9. Dion
10. Turtles (London)



Präzisionsgeräte aus Jena — Gradmesser des wissenschaftlich-technischen Fortschritts

Die technische Revolution verlangt die immer raschere Umsetzung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis. Zur Erfüllung dieser Forderung arbeiten in Jena Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter an neuen Lösungswegen für wissenschaftliche Präzisionsgeräte, die dem technischen Fortschritt ständig voraus sind.

JENOPTIK JENA GmbH

69 Jena, Carl-Zeiß-Straße 1

Deutsche Demokratische Republik

Oberleutnant ist sauer

elan 10/68: In Leitartikel und Magazin rückten wir Bonns verschärftem Rechtskurs und der repressiven Bundeswehr-Taktik gegenüber Unbequemem zu Leibe.

Die Unsachlichkeit Ihrer Argumentation wird nur noch von der Schnoddrigkeit Ihres Stiles übertroffen. Was das Haßgeflüster, das Sie BILD und Bundesregierung vorwerfen anbelangt — nun so glaube ich, käme für Sie BILD auf jeden Fall in Frage. Sie brauchen nur Ihren Wortschatz ein wenig zu revidieren. Doch Leute Ihrer Intelligenz dürften sogar bei BILD wahrscheinlich nur den Hof fegen. Außerdem danke ich Ihnen noch für das Zuschustern triftiger Argumente, die eine Verlängerung des NATO-Vertrages um mindestens weitere 30 Jahre rechtfertigen. Ihre rührende Geschichte um die Entlassung zweier W-18er verdient ans schwarze Brett jeder Bw-Unterkunft genagelt zu werden. Vor allem, weil sich das sozialistische Gewissen des Genossen Gefreiten Junge eindeutig auf die DM 350,— Überbrückungsgeld bezieht. An seiner Stelle würde ich sofort eine Pflichtwehrübung bei der NVA in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands absolvieren. Leute mit seiner Intelligenz wären dort schon OFw.
GERD H. WEUSMANN, Oberleutnant d. R., Hannover

Wer ist schizophren?

Falken-Funktionär Lasse, der sich im Bundesjugendring an der DJO nicht stört, kann nicht ruhig schlafen, angesichts von Doppelmittgliedschaft und Zusammenarbeit Falken-SDAJ.

Im Informationsblatt „JG“ der SJD — Die Falken setzte sich Bundessekretär Dieter Lasse mit dem Verhältnis zwischen der SDAJ und den Falken auseinander. Dieter Lasse wirft der SDAJ vor, politisch schizophren zu sein und in Sofia nur mit „lautstark vorgetragenen Propagandasprüchelein“ agiert zu haben. Ich war mehrfach zugegen, als das Führungsteam um Flegel Solidarität und Freundschaft mit den Freunden aus den sozialistischen Ländern, aus Vietnam und anderen Ländern beteuerten, gleichzeitig aber die Politik der Bundesregierung verteidigten, von der sie genau wissen, was diese Regierung mit ihrer sogenannten neuen Ostpolitik bezweckt und in welcher Weise und welchem Umfang diese Regierung den

schmutzigen Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk unterstützt. Wer ist hier eigentlich schizophren?
Wie meine Fotos zeigen: Mit vorsorglich mitgebrachten Mega-



Bundessekretär Dieter Lasse

phon und Flugblättern störte ein Teil der DBJR-Gruppe vorsätzlich und unter Führung von Weber, Rexin, Reifenberg und Lasse gerade zu dem Zeitpunkt eine antifaschistische Veranstaltung, als die Mutter der jungen von den Nazis ermordeten sowjetischen Antifaschisten Soja und Shura Kosmodemjanskaja sprach. Die Mitglieder der Falken, von denen wir wissen, daß sie sich für dieses Verhalten ihrer Führung schämen, täten gut daran, sich von solchen schizophrenen Praktiken zu distanzieren.

GERHARD GRAW, Königsutter

Gradmesser Springer

Bebels Grundsatz des Klassenkampfes („Wenn Dich Deine Feinde loben, hast Du eine Dummheit gemacht“) folgend, untersuchte Rolf Priemer in Nr. 11/68 die Taktik der Spalter und der Springer-Presse.

Ob eine politische Idee gut oder schlecht ist, war seit eh und je in der Bundesrepublik davon abhängig, wie die SED sich dazu äußerte. Wer eine Sache nach reiflicher Überlegung für richtig ansah, dessen Ansicht wurde verdammt, sobald eine positive Beurteilung von drüben bekannt wurde. Ich nenne das politische Verblöding.

Briefe

Sie unterliegen neuerdings demselben Trend. Was die Springer-Presse lobt, muß schlecht sein! Offenbar merken Sie nicht, daß Sie genau reagieren, wie es die Springer-Presse wünscht. Eine in Bezug auf die CSSR-intervention von Moskau ferngesteuerte Linksbewegung eignet sich bestens für primitive Springer-Attacken. Sollten in der SDAJ doch noch einige unabhängige Geister sein, so braucht Springer diese nur zu loben und schon sind sie erledigt.
KARL KEUTLER, Bauingenieur, Osthofen

Weiterhin: Prag

In elan 10/68 schrieb Hans-Jörg Hennecke über das verstärkte Bonner Säbelraseln nach dem 21. August in Prag.

Ich bin tief betroffen über die „Feststellung“ von Herrn Hennecke in der Oktobernummer: „am 21. August haben in Prag weder der Sozialismus noch die Tschechen und Slowaken Schaden erlitten.“
REINHARD FORST,
3551 Bortshausen

Als Sozialist muß man zu den Ereignissen in der CSSR Stellung nehmen. Man muß die Fehler, die von der Regierung unter Novotny gemacht wurden und die Schwäche der KPC in den letzten Monaten sehen. Ich bedaure es, daß sich die 5 Bruderparteien durch die Entwicklung in der CSSR zum Handeln gezwungen sahen. Sinn und Zweck dieses Handelns war die Sicherung der Macht der Arbeiterklasse in der CSSR und die

Bekämpfung der konterrevolutionären Kräfte.

Weiter muß ich bedauern, daß es die KPC nicht verstanden hat, die Beschlüsse der Konferenzen von Bratislava und Cierna am Tisou zu verwirklichen. Wenn man als sozialistische Partei die Macht einmal errungen hat, muß man diese ausbauen und festigen. Man darf keinen Versuch konterrevolutionärer Elemente zulassen, die Macht an sich zu reißen.

Es zeigt sich, daß die konterrevolutionären Kräfte in der CSSR, die z. B. die Arbeitermiliz und dann die sozialistische Ordnung abschaffen wollten, von den reaktionären Kräften in Westdeutschland gar nicht so ungern gesehen wurden.

Aus diesen Gründen begrüße ich die Aktion der Warschauer-Pakt-Staaten. Jeder weiß heute, daß die Konterrevolution viele Gesichter hat. Ungarn und der 17. Juni sind noch frische Beispiele in der Geschichte der Konterrevolution.

RAINER HAAG, Offenbach/Main

Der Verbreitung von derartigen Dummheiten möchte ich jedenfalls meine finanzielle Unterstützung entziehen. Diese Kündigung meines Abonnements betrachte ich als notwendigen Schritt der Solidarisierung mit der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Den Parteitag der KPdSU, der sich von der Intervention in der CSSR distanzieren wird, kann ich abwarten!
JÜRGEN KASCHUBE,
München 55



Wehrpflichtiger Werner Teriet

Briefe

Permanente Diskussion

Angelika S. möchte sich mit der Politik der SDAJ auseinandersetzen. Wer schreibt ihr?

Ich habe gehört, daß die SDAJ auf der Linie der SED steht, ist das richtig? Ich meine, daß es bessere Verwirklichungsformen des Sozialismus gibt als die, die von der SED angestrebt werden. Auch habe ich gehört, daß eine Gruppe, die den Einmarsch in der CSSR verurteilt, ausgeschlossen wurde. Ich meine, das kommt mir sehr bekannt vor, siehe SPD, sie schließt auch aus! Ich dachte, die junge Linke zeichnet sich durch permanente Diskussion aus und nicht durch Ausschuß! ANGELIKA STEINMETZ, 3101 Hustedt-Jägerei

SDAJ-ler berichten

Zahlreich sind die Briefe, mit denen uns Mitglieder der SDAJ über ihre Aktionen informieren.

Nachdem der Kollege Manfred Heß von der Belegschaft des Zweigbetriebes Kaufering der Fa. Rockwell zur Betriebsratswahl nominiert worden war, entließ ihn die Betriebsleitung. Die unzutreffende Begründung: Heß genüge nicht den Anforderungen. Während die gesamte Belegschaft von Rockwell-Kaufering mit einer Unterschriftensammlung die Wiedereinstellung des Kollegen Heß forderte, drückte die Betriebsleitung den wahren Entlassungsgrund schon etwas

deutlicher aus mit dem Satz (wörtlich): „Wir wollen keinen zweiten Koller, wir wollen keine Zustände wie in München“.

Hans Koller, Betriebsratsvorsitzender im Rockwell-Betrieb München, hatte zur Durchsetzung der sozialen Forderungen der Belegschaft und gegen die Notstandsgesetze zum Streik aufgerufen und war entlassen worden. Seine Wiedereinstellung wurde durch Streik und Solidarität von Arbeitern, Schülern und Studenten erzwungen.

Die SDAJ, die Marxistische Aktionsgemeinschaft im SDS (MAGIS) und die Fachschaft Soziologie der Uni sind am 31. Oktober zum Betrieb Rockwell nach Kaufering gefahren, um dort die Aktionen der Belegschaft zur Wiedereinstellung von Manfred Heß zu unterstützen, der ein konsequenter Interessenvertreter der Belegschaft war. Die 60 jungen Demonstranten verbreiteten Flugblätter, trugen Fahnen und Transparente. Mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten wurden weitere Aktionen besprochen.

VERA STILLER, München 49

In Bremen wurde am 9. November das SDAJ-Zentrum eingeweiht. Sofort nach der Gründung des Landesverbandes Bremen begann die große Suchaktion nach geeigneten Räumen. Ein altes Einfamilienhaus in der Bremer Neustadt sollte unser Domizil werden. Die Genossen gingen sofort mit Feuereifer an die Arbeit. Wir baten unsere Mitglieder, Freunde und Bekannten, auf ihren Böden und in ihren Kellern nach überflüssigen Schränken, Stühlen und Tischen nachzuforschen. Der Erfolg war größer als wir erhofft hatten. Durch Spenden und Verkauf von Getränken und Bratwurst wur-

den die Mittel für Farben und Tapeten aufgebracht. Den letzten Anstrich bekam unser Haus durch Plakate, Bilder und riesige Papierblumen.

Mit einem Fest, zu dem sich 80 Personen einfanden, wurde das Haus eingeweiht. Unter den Gästen der Landesvorsitzende der DKP, Hermann Gautier. Die Gruppe „Song & Liberty“ aus Hannover eröffnete mit Arbeiterliedern und Liedern des europäischen Widerstandes. Danach Folksong und Beat. Ein vielversprechender Auftakt für die Arbeit der SDAJ in Bremen.

DIETER GAUTIER, Bremen

Mehrere Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend protestierten am 4. November vor der Arrestzelle des Genossen Werner Teriet aus Herden, der als Gefreiter im Sommer mit Flugblättern gegen die Notstandsgesetzgebung plädiert hatte. Teriet mußte dafür eine sieben Tage lange Strafe im Gebäude der Luftwaffengruppe Nord in Münster absitzen. Teriet hatte auch gegen die Bestrafung des Soldaten Reinhard Junge in Ahlen protestiert, der sich ebenfalls gegen diese Gesetze ausgesprochen hatte.

Werner Teriet stellte in einem neuen Flugblatt die Frage: „Soll mit dieser Urteilsverkündung gerichtlich der spätere Befehl, auf streikende Arbeiter zu schießen, heute schon abgedeckt werden? Soll damit heute der § 11 Abs. 2 des Soldaten-Gesetzes, der die Befolgung verbrecherischer Befehle untersagt, außer Kraft gesetzt werden?“ Werner droht wegen dieses mutigen Flugblattes neue Haft. In dem Flugblatt heißt es weiter: „Kameraden, Kollegen, protestiert gegen dieses Urteil. Hinter diesem Urteil steckt Methode. Barrasmethode! Und die hat uns Deutsche schon

zweimal in der jüngsten Geschichte Millionen Tote gekostet.“

Am 2. November hatten die Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft Jugend beim Gründungskongreß für ein Aktions- und Wahlbündnis in Dortmund in einem Telegramm an den zuständigen Brigadegeneral Langguth gegen die Inhaftierung von Werner protestiert und für ihn wegen hervorragender Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflichten acht Tage Sonderurlaub gefordert.

MANFRED ROSENBLECK, Duisburg

Zuviel Politik?

Nicht immer findet die Mischung von Politik und Unterhaltung das Wohlwollen unserer Leser.

Mit diesem Schreiben kündige ich zum nächstmöglichen Termin das Abonnement Ihres Magazins „elan“. Ich lernte Ihre Zeitschrift als informatives und trotzdem unterhaltendes Magazin mit politischem Charakter kennen. Hier wurde die meiner Ansicht günstigste Mischung von Unterhaltung und Politik geboten.

Dieses Bild verwischte sich aber nach Erhalt mehrerer Exemplare. Ihr Magazin verlegte sich immer mehr auf politischen Inhalt und das in ziemlich gewagter Form. Anfangs sagte ich mir: „Endlich mal eine Zeitschrift, die offen und ohne Rücksicht auf Leser oder Andersdenkende ihre Meinung sagt.“ Es sprach ja auch alles für den überzeugend guten Charakter Ihres Magazins.

Der immer stärker werdende politische Charakter „elans“, mit unübersehbaren, sozialistisch-kommunistischen Eigenschaften veranlaßte mich nun zur Aufgabe des Abonnements. JÜRGEN ELLERMEIER, Osnabrück



Ingenieur Rank:

Für den Anfänger
und für den Experten-
TT-Zeuke hat es!

Eine Anfängerpackung für den Sohn oder Enkel? Leicht zu bedienen, unkompliziert im Aufbau, möglichst nicht zu teuer? TT-Zeuke hat sie. Die Anfängerpackung „TT-Start“ — betriebssicher, unkompliziert, preiswert. So wie sie sein soll. Einfacher Betrieb mit Batterien oder Netzanschluß. Und für den perfekten Modelleisenbahner? Von der modernen E-Lok bis zum Schnellzugwagen, von der Oberleitung bis zum Tastenpult, vom Trafo bis zur Trägerbrücke — TT-Zeuke hat ein großes, internationales Modellbahnsortiment. Vorbildgetreu und feindetailliert. Maßstab TT 1:120. Die moderne Baugröße, das ideale Verhältnis zwischen Platzbedarf und Gebrauchswert.

(Generalvertrieb: R. Schreiber, 851 Fürth, Keplerstr. 8—10; Versandhandel: E. Succow, 4053 Süchteln, Hochstr. 129)



Qualitätserzeugnisse aus der DDR

NEUE KOMMENTARE erscheinen wieder!

Nach der Unterbrechung, hervorgerufen durch die Aktionen der Bundesanwaltschaft gegen Herausgeber, Redaktion und Verlag, informieren

NEUE KOMMENTARE

wieder wie seit 11 Jahren regelmäßig

■ über das Treiben der neonazistischen Organisationen und Parteien

■ über die Umtriebe der revanchistischen Landsmannschaften,

die revanchistischen Jugendorganisationen,

die Tätigkeit der antikommunistisch ausgerichteten Ost-Institute,

den Inhalt der revanchistischen und neonazistischen Presse,

die Beziehungen von Regierung und Bundestagsparteien zum organisierten Neonazismus und Revanchismus und vieles andere mehr.

NEUE KOMMENTARE

sind ein unentbehrlicher Informant für alle politisch Interessierten.

NEUE KOMMENTARE

erscheinen 2 x im Monat in 6 Frankfurt/M., Mauerweg 20, Tel. 49 23 86 (Herausgeber Georg Herde). Der monatliche Bezugspreis für den Nachrichten- u. Informationsdienst beträgt 5,- DM.

Überzeugen Sie sich von dem Wert der Informationsquelle NEUE KOMMENTARE.

Fordern Sie ein Probeexemplar bei uns an.

Jagow versichert (fast) alles — auch Deinen Jugendclub und Deine Jugendgruppe und DICH —

Udo Jagow Versicherungen
2 Hamburg 73,
Wildschwanbrook 95
Tel. 678 09 93

Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtauschrecht.
Kleinste Raten. Fordern Sie Gratiskatalog H 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. N.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung ruft die demokratische Opposition auf zu gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen am Wochenende vor Ostern, dem 29./30. März 1969.

Die weltpolitische Situation ist gekennzeichnet durch Konflikte, die den Zündstoff weiterer Katastrophen in sich tragen. Das gilt noch immer für den Krieg der USA in Vietnam und es gilt darüber hinaus für alle diejenigen Teile der Welt, in denen Not und Unterentwicklung fortauern, während zur gleichen Zeit riesige wirtschaftliche Kapazitäten im Rüstungswettlauf vergeudet werden. In Europa schaffen neue politische Spannungen und die Rückkehr zum sterilen Denken der blockpolitischen Konfrontation gefährliche Unsicherheit. Im Interesse der Sicherheit der europäischen Völker, im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts in Ost und West und im Interesse einer solidarischen Hilfe für die Dritte Welt ist eine entschiedene Änderung der europäischen Politik kategorisch zu fordern. Diese Forderung richtet sich an alle Staaten, deren Politik die europäischen Verhältnisse beeinflusst; bei der Bundesrepublik liegt jedoch eine besondere Verantwortung für die Ermöglichung einer europäischen Friedensordnung.

I.

In Deutschland schien nach dem Ende der NS-Diktatur unbestritten, daß der Aufbau der Demokratie und die Entwicklung einer Friedenspolitik die entschiedene Abkehr von jenen Kräften und Tendenzen zur Voraussetzung haben, die einst dem Faschismus in Deutschland zur Macht verholfen hatten. Konkret hieß das damals: Abkehr von militanter Großmachtpolitik, Abkehr von der antikommunistischen Kreuzzugsideologie, Entmachtung der Konzerne, die um ihrer Profitinteressen willen Faschismus und Krieg gefördert hatten.

Die tatsächliche politische Entwicklung verlief anders. Im Zuge des Kalten Krieges wurden in der Bundesrepublik die demokratischen und sozialen Intentionen des Grundgesetzes ignoriert, stattdessen wurde die Verfassung an die autoritäre Gesellschaftsstruktur und an die Erfordernisse einer erneuten Machtpolitik angepaßt. Die Bundesrepublik wurde zur stärksten Militärmacht im Westen unseres Kontinents aufgerüstet, die nicht bereit ist, Macht- und Gebietsverluste als Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges hinzunehmen.

Die wichtigsten Stationen dieser Politik waren die Restauration der alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die Remilitarisierung, die erneute Einflußnahme der Militärs auf die Politik, die Zurückdrängung des politischen Einflusses der Gewerkschaften, der Wiederaufbau einer auch politisch mächtigen Rüstungsindustrie, das Auftreten neuer faschistischer

Gruppierungen und schließlich die Durchsetzung der Notstandsgesetze unter der Regie der Großen Koalition. Nach außen fand diese Politik ihren Ausdruck vor allem in der Obstruktion gegenüber allen Vorschlägen für Disengagement und Abrüstung in Mitteleuropa, im Streben nach atomarer Bewaffnung und nach atomarer Verfügungsgewalt, im Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu torpedieren, in der Unterstützung der Kriegspolitik der USA in Vietnam, in der Unterstützung faschistischer Systeme wie in Griechenland, Spanien und Portugal, im Alleinvertretungsanspruch, in der Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze und schließlich in der Forderung führender Regierungspolitiker, die Bundesrepublik müsse von einer wirtschaftlichen, militärischen und politischen Vormachtstellung in Westeuropa ausgehend den Status quo in Gesamteuropa zu ihren Gunsten verändern. — Die NPD ist



Aufruf zu Osterdemonstrationen 1969

deshalb kein isolierter brauner Fleck in einer sonst intakten demokratischen Landschaft. Der Aufstieg der NPD ist eine Folge und zugleich ein Element dieser gesamtpolitischen Entwicklung in unserem Lande. Die NPD erntet, was Regierungspolitiker in Bonn seit Jahren gesät haben.

Diese Entwicklung ist auch im Zusammenhang der politischen Ökonomie unserer Gesellschaft zu sehen. Das innere Gesetz eines Wirtschaftssystems, das nicht demokratischen Entscheidungen, sondern den privaten Interessen weniger unterliegt, treibt auch bei uns dahin, private Profitabsichten über die Rüstungsproduktion zu realisieren und im formierten Rüstungsstaat den Ausweg aus den Schwierigkeiten dieses wirtschaftlichen Systems zu suchen.

II.

Seit Beginn der Großen Koalition beteuert die Bundesregierung, sie betreibe eine Friedenspolitik. Solche Beteuerungen können keinen Glauben finden, solange die Ausrichtung der Regierungspolitik, die nach wie vor von der CDU/CSU bestimmt wird, unverändert bleibt. Derzeit nutzen die Vertreter einer neuen westdeutschen Großmachtpolitik die Tatsache, daß die proklamierten Ziele der angeblichen Entspannungspolitik — die in Wahrheit keine war — nicht erreicht wurden und den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, um in der Bevölkerung nationalistische und militante Ressentiments gegen den Osten zu mobilisieren. Sie sollen innenpolitisch entdemokratisierend wirken, weitere Maßnahmen der gesellschaftlichen Formierung psychologisch vorbereiten und die Konfrontation der Blöcke verhärten. Diese Politik bleibt nicht ohne Folgen auch für die soziale Lage der Bevölkerung. Der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik übersteigt bereits einen Betrag von 20 Milliarden DM jährlich, und es ist zu befürchten, daß man nach den Bundestagswahlen 1969 weitere soziale Belastungen zugunsten einer Steigerung der Rüstung durchsetzen will. Die Wahl selbst droht zu einem Akt der Manipulation zu werden, bei

dem die wirklichen politischen Probleme verschleiert, die Einsicht in die tatsächliche Rolle des Parlaments heute verhindert und einem weiter verschärften Rechtskurs nach den Wahlen eine Scheinlegitimation verschafft werden soll.

III.

Da die herrschende Politik in der Bundesrepublik progressive innen- und außenpolitische Möglichkeiten blockiert, dazu beiträgt, Entspannung und Friedenssicherung in Europa zu verhindern und sich in eine weltpolitische Front gegen die Emanzipation der Dritten Welt einordnet, liegt es bei der demokratischen Opposition, Alternativen zu dieser Politik zu entwickeln. Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung stellt folgende aktuellen Forderungen einer Alternativpolitik für die Bundesrepublik auf:

- Anerkennung des territorialen Status quo in Europa und Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR, um normale Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu ermöglichen und Voraussetzungen für eine dauerhafte Friedensregelung in Europa herzustellen;

- Drastische Senkung der Rüstungslasten, Herabsetzung der Wehrdienstzeit als Schritt zur Abschaffung der Wehrpflicht, Einstellung jeder Unterstützung der amerikanischen Kriegspolitik in Vietnam, uneigennützig Hilfeleistung an die Entwicklungsländer;

- Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag, praktische Maßnahmen zur Errichtung einer atomwaffenfreien, rüstungsverdünnten Zone und zur Einberufung einer gesamteuropäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz;

- Offensive politische Auseinandersetzung mit der NPD und mit allen anderen offen oder verdeckt faschistischen Tendenzen, Einstellung jeder Unterstützung für die faschistischen Systeme in Griechenland, Spanien und Portugal;

- Verhinderung jeder Anwendung der Notstandsgesetze, Verhinderung aller Repressalien gegenüber der demokratischen Opposition, Durchsetzung einer konsequenten Mitbestimmung, also der demokratischen Kontrolle in den Betrieben und Verwaltungen, Universitäten und Schulen, auf allen Ebenen der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Dies sind die aktuellen Voraussetzungen in der Bundesrepublik für eine europäische Politik, die an die Stelle der Militärblöcke ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem setzen und innergesellschaftliche Demokratisierung vorantreiben will.

IV.

Diese Forderungen gilt es durchzusetzen gegen eine illusionäre Großmachtpolitik und gegen die Interessen der rüstungsorientierten Konzerne. Dem Prozeß der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Interessen einer politisch-militärischen und rüstungswirtschaftlichen Machelite gilt es den entschiedenen Kampf der Demokraten entgegenzustellen. Die Osteraktionen 1969, zu denen die Kampagne für Demokratie und Abrüstung als parteipolitisch und wahlpolitisch nicht gebundene, unabhängige außerparlamentarische Bewegung aufruft, sind ein Mittel dieser politischen Auseinandersetzung. Die Kampagne fordert dazu auf, in örtlichen und regionalen Ausschüssen mitzuwirken, um diese Aktionen vorzubereiten.

extra

Januar 1969

elan

Am 29./30. März
Osterdemonstrationen!

Lieber Leser,

das Wochenende 29./30. März sollten wir uns alle dick auf dem Kalender anstreichen. Schon heute. An diesem Wochenende werden Tausende an den Osterdemonstrationen 1969 der Kampagne für Demokratie und Abrüstung teilnehmen. Der Zentrale Ausschuß hat dazu aufgerufen.

In allen Orten muß jetzt die Vorbereitung für den ersten Höhepunkt der APO in diesem Jahr anlaufen. Dabei sollten die Erfahrungen des unruhigen Jahres 1968 genutzt werden. Neue Aktionsformen müssen mit bewährten, schon länger angewandten kombiniert werden. Die Aufklärung der Bevölkerung angesichts einer manipulierten Meinungsmaschinerie, das Sich-Verständlich-Machen, die Einbeziehung aller Kräfte, die den Folgen großkoalierter, konzertierter Rüstungspolitik und Demokratiedemontage ausgesetzt sind und die zum Widerstand mobilisiert werden müssen, bleibt Hauptaufgabe. Gewerkschaftsjugend, Naturfreundejugend, SDAJ, junge Christen, Studenten der verschiedenen Organisationen, Betriebsräte, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Sozialdemokraten und Kommunisten tragen die Kampagne gemeinsam. Sie einigten sich auf eine Politik, die weiterhin — beharrlich und beständig — verfochten werden muß. Sie wissen: die politisch verfestigten Strukturen in diesem Land sind nicht im Sturm zu beseitigen.

Und sie wissen auch: Der Angriff der Reaktion auf friedliches und sicheres Leben ist heftiger geworden. Den Notstandsgesetzen folgten Schutzhaftpläne und Offensivpläne der Polizeipräsidenten gegen Demonstrationsvorbereitungen. Dem Polizeiterror von Ostern folgte die verschärfte Bewaffnung der Polizei (Tränengas gibt's bereits, chemische Kampfstoffe und Elektroschlagstöcke sind im Gespräch). Die Rüstungseskalation wird fortgesetzt. Das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung soll ausgehöhlt und später beseitigt werden. Bundeswehrsoldaten sollen für den Einsatz im Inneren und Äußeren gefügig gemacht werden; für den Fall,

daß das Volk nicht mehr mitmacht, im Inneren, für den Fall, daß Chancen zur Veränderung des Status quo bestehen im Äußeren. (Denn die Veränderung des Status quo in Europa, wie Kiesinger sie anstrebt, wird sich friedlich nicht machen lassen, wie der 21. August zeigte.)

Diese alte Politik erfordert den Widerstand der Jugend. Wir dürfen die Reaktionären aller Schattierungen nicht länger gewähren lassen. Wenn sie sich zurückziehen in ihre geheiligten exklusiven Bereiche, in Rektoratszimmer und Aufsichtsräte, in Parlamentsausschüsse und Bundeshaus, in Redaktionsstuben, Gerichtsgebäude und NATO-Stäbe, dann müssen wir trotzdem die Öffentlichkeit ihrer Pläne sichern; wir müssen aufrütteln, aktiv werden. Wir dürfen ihnen nicht die Chance geben, daß sie unseren Kampf kanalisieren und uns selbst von der Bevölkerung isolieren. Den Antikommunismus in weiten Bereichen der APO, der 21. August als Gretchenfrage, die Straßenschlacht mit dem einzelnen Polizisten — das sehen die Herrschenden mit lachendem Auge. Soll weiter gelten, was Dieter Süverkrüp in seinem „Lagerlied“ singt: „Die wir nie vor Oberlehrern die Konzernherrnkaste sahn, haben vieles gegen Bisse, gegen Haie nichts getan“? Die Vorbereitung der Osterdemonstrationen wird die Antwort geben.

1969 — ein weiteres Jahr der Aktionen! Schon jetzt werden vielerorts öffentlich APO-Kandidaten für den Bundestagswahlkampf nominiert. In keinem Bereich sollen die alten Kräfte der alten Politik unter sich bleiben. Die Opposition muß sie auch im Wahlkampf aufstöbern, entlarven, demokratische fortschrittliche Alternativen aufzeigen.

Die Vorbereitung des 29./30. März setzt den ersten Höhepunkt, im Wahlkampf geht es weiter. 1969 — ein Jahr der Aktionen. „elan“ ist dabei.

Herzlichst
Ulrich Sander

Schon jetzt:
Verbreitet den Aufruf
der Kampagne für
Demokratie und

Abrüstung (605 Offenbach am Main 4, Postfach 648). Sprecht Kollegen und Freunde an.

Die Kampagne benötigt Geld: Postscheck Frankfurt am Main Nr. 6255



Offensive gegen Rüstung — für Demokratie

elan: Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung hat mit ihrem Aufruf zu den Osteraktionen eine Frühjahrs-offensive gegen den Rüstungskurs der Bundesregierung und den US-Krieg in Vietnam, für Frieden, Entspannung, Demokratie und Mitbestimmung angekündigt. Regierungspolitiker behaupten, damit engagiere sich die Kampagne einseitig und demonstriere in die falsche Richtung, denn die USA verhandelten über den Vietnam-Frieden in Paris, Bonn betreibt Entspannungspolitik, und neue Rüstungsmaßnahmen hätten ihre Ursache in den Ereignissen in der CSSR und dienten ausschließlich unserer Sicherheit. Wie beurteilst Du die Ziele der Kampagne?

K.H. Schröder: So unterschiedlich die Beurteilung der Ereignisse in der CSSR innerhalb der demokratischen Opposition unseres Landes auch sein mag, dürfte dennoch unbestritten sein, daß die Behauptung, Bonn sei wider Willen durch den Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR zu neuen Rüstungsmaßnahmen und zur Nato-Stärkung gezwungen worden, eine propagandistische Legende ist. Tatsächlich sind alle militärpolitischen Schritte, die jetzt in Bonn vollzogen oder verlangt werden, längst vor dem 21. August Bestandteil der Regierungspolitik gewesen. So die bereits im Vorjahr festgelegte Heraufsetzung des Rüstungsetats im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung, die uralte Forderung nach Mitverfügung über Atomwaffen, die seit 1967 verfestigte Weigerung, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen, die Ablehnung des DDR-Vorschlages auf eine Senkung des Rüstungsetats in beiden deutschen Staaten um 50 %, die Ablehnung des Warschauer-Pakt-Angebotes auf Auflösung der Militärblöcke in Europa und die mit dieser Politik der Stärke zusammenhängende, seit Existenz der Bundesrepublik bestehende Weigerung, die europäischen Nachkriegsgrenzen und die DDR anzuerkennen.

Was jetzt in Bonn versucht wird, ist keine Entspannungspolitik, sondern Rüstungssteigerung als Geschäft mit der selbst hochmanipulierten Angst. Bonn war und bleibt so der Störenfried in Europa, und jeder Versuch, den Status quo zugunsten von Nato-Positionen zu ändern, muß als potentielle Kriegserklärung von unseren östlichen Nachbarvölkern gewertet werden.

Auch in der Vietnam-Frage versucht Bonn, der Bürgern Sand in die Augen zu streuen und sie von notwendigen weiteren Aktionen gegen die US-Aggression abzuhalten, die ein wirkungsvoller Beitrag unserer Bevölkerung zur Unterstützung der Friedensposition bei den Pariser Verhandlungen sein könnten. Die Bundesrepublik, als der stärkste Verbündete der USA, hat es bis zur Stunde unterlassen, von der amerikanischen Regierung Schritte zum Frieden in Vietnam zu fordern. Der Schlüssel zum Frieden in Vietnam liegt aber in der Hand der USA. Diese mußten zwar die Bombardierungen Nordvietnams einstellen, verschärfen aber gleichzeitig ihre verbrecherischen Kriegsaktionen in Südvietnam und ließen bisher völlig offen, ob sie nicht morgen

bereits wieder ihren Krieg auf weitere Territorien ausdehnen. Sie sind nach wie vor noch nicht bereit, endlich Vietnam zu verlassen.

Die demokratische Opposition hat alle Veranlassung, die wirklichen Motive und Zusammenhänge der neuen Bonner Rüstungswelle und der nichteingestellten US-Aggression in Vietnam in der Öffentlichkeit bewußt zu machen.

elan: Du magst, was das Grundsätzliche anbelangt, durchaus recht haben. Aber sind die politischen Vorstellungen und Forderungen, für die die Kampagne zu Ostern zu Demonstrationen aufruft, nicht doch insofern etwas unrealistisch und illusorisch, als sie im gegenwärtigen weltpolitischen Klima kaum erreichbar, nicht durchsetzbar erscheinen?

K.H. Schröder: Die Forderungen der Kampagne enthalten weit gesteckte Hoffnungen und mögen diesem oder jenem nur als Zukunftsmusik und von daher als illusionär und unrealistisch erscheinen. Aber ich meine, daß dem einige Tatsachen widersprechen:

- Der Verteidigungskampf des vietnamesischen Volkes und die Solidaritätsaktionen gegen die US-Aggression in allen Ländern, nicht zuletzt in der Bundesrepublik, zwingen die USA an den Verhandlungstisch in Paris und zur Einstellung der Bombardierung der DRV. Warum sollte es der Weltbewegung für den Frieden in Vietnam nach diesem Erfolg nicht gelingen, die USA zu einem Verhandlungsergebnis zu zwingen, welches den Krieg beendet und Vietnam seine Unabhängigkeit gibt?

- Dem weltweiten Protest gegen die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen verdanken wir das Verbot von Atombombenexperimenten im Weltraum, über der Erde und im Meer sowie den Atomwaffensperrvertrag als Schritte zur Abrüstung. Warum sollte es, nachdem über 100 Staaten den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet haben, nicht gelingen, auch Bonn durch Aktionen zur Unterschrift zu zwingen?

- Nicht zuletzt den Ostermärschen und anderen Aktionen ist es zuzuschreiben, daß Bonn noch nicht den Finger an den atomaren Abzugshahn bekam und gegenwärtig immer mehr junge Leute den Dienst in der Bundeswehr als Dienst im Sinne aggressiver Politik betrachten und die Öffentlichkeit alarmieren. Warum sollte durch eine Ausweitung der Aktionen nicht die Herabsetzung der Wehrdienstzeit als Schritt zur Aufhebung der Wehrpflicht und die Entfernung der vielen tausend Atomminen und Atombomben vom Boden unseres Landes zu erreichen sein?

Die genannten Beispiele zeigen, daß der Druck der Weltöffentlichkeit in Richtung auf Abrüstungsanstrengungen, Entspannung und Frieden eine reale Größe ist. Diesen Druck in unserem Land zu verstärken, setzt voraus, daß alle demokratischen Kräfte die im Interesse unseres

ganzen Volkes liegenden Forderungen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in der gemeinsamen Aktion vertreten. Der Beschluß der Bundesjugendkonferenz des DGB zur Unterstützung der Kampagne sowie das Mitwirken und Fördern durch Verbände wie die Naturfreundejugend, den Verband der Kriegsdienstverweigerer, die Deutsche Friedensgesellschaft/IdK, den SDS und den LSD und die SDAJ und die aktive Mitarbeit von Sozialdemokraten, liberalen Kräften, Sozialisten, Kommunisten, Christen, Gewerkschaftern, Betriebsräten, Wissenschaftlern und Schriftstellern sind ein Beispiel für die Möglichkeit der von der Kampagne angestrebten Kooperation aller Demokraten zur Durchsetzung der durchaus aktuellen und realisierbaren Forderungen der Kampagne. Jeder Bürger sollte die Kampagne in diesen Bemühungen unterstützen.

elan: Glaubst Du überhaupt, daß die Probleme der Außenpolitik, der Entspannung und Abrüstung heute noch die Fragen sind, an denen eine außerparlamentarische Bewegung sich so wie früher entwickeln kann und muß, um in die Bevölkerung und in die Öffentlichkeit hineinzuwirken — oder müssen nicht ganz andere und tiefer liegende Ansatzpunkte, mehr gesellschaftspolitischer Natur, aufgegriffen werden, um wirklich in der Bundesrepublik etwas politisch in Bewegung zu bringen?

K.H. Schröder: Die Massenbeteiligung an den letzten Ostermärschen, der Sternmarsch der 70.000 auf Bonn gegen die Notstandsgesetze, die Solidaritätsaktionen gegen den Krieg in Vietnam, das Sammeln von weit über 1 Million Mark durch die Hilfsaktion Vietnam, die erneuerte gewerkschaftliche Forderung „Soziale Aufrüstung — militärische Abrüstung“, die Demonstrationen gegen den Rechtskurs Bonns und seine Unterstützung faschistischer Diktaturen sowie die Kampfkaktionen der Jugend- und Studentenbewegung für Mitbestimmung sind Ausdruck dafür, daß große Teile der Bevölkerung für Initiativen zur Sicherung von Frieden, Abrüstung, Entspannung, Demokratie und Mitbestimmung zu gewinnen sind. Dies ist auch nicht besonders verwunderlich, denn die genannten Initiativen, die ja nun von der Kampagne neu entwickelt werden, liegen im eigenen Interesse der Mehrheit der Bürger unseres Landes. Nur wenn man vor den Realitäten die Augen verschließt und das Reden von Entspannung in Bonn bereits für Entspannungspolitik hält, könnte man zu der Auffassung kommen, daß gemeinsame politische Aktionen der Opposition gegen den unsere Sicherheit gefährdenden Rüstungskurs nicht als vorrangig für alle Demokraten gelten müßten.

Falsch scheint es mir übrigens, wenn hier und da versucht wird, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen den Zielen der Kampagne einerseits und schärferen gesellschaftskritischen Aussagen andererseits. Die Auseinandersetzung mit der negativen Außen- und Militärpolitik Bonns wird im Aufruf der Kampagne zugleich als Auseinandersetzung mit der herrschenden politisch-militärischen und rüstungswirtschaftlichen Machtelite definiert. Die Kampagne hat diesen Sachverhalt ausdrücklich dargestellt und dabei vom notwendigen Kampf gegen die rüstungsorientierten Konzerne gesprochen. Im Interesse eben dieser Konzerne liegt ja wohl eindeutig die mit Großmachtambitionen in Bonn betriebene Politik, die darauf hinausläuft, alle Lebensbereiche den Interessen einer politisch-militärisch und rüstungswirtschaftlichen Machtelite unterzuordnen. Allen Versuchen, den wirklichen Charakter dieser Politik zu verschleiern, setzt die Kampagne doch offensichtlich ihr Alternativprogramm entgegen, das sich dadurch, daß in ihm zugleich notwendi-

ge und praktikable Schritte enthalten sind, auch als brauchbarer Maßstab für die Beurteilung der Regierungspolitik erweist.

Kräfte, die der Auffassung sind, daß sich die Kampagne bei ihren aktuellen Forderungen an einer sozialistischen Alternative orientieren müßte und die Kampagne als Mitgliederbewegung bzw. Vorhof für eine sich entwickelnde Partei sehen möchten und dies als „revolutionär“ und „gesellschaftskritisch“ betrachten, betreiben eine Politik, die, ob sie es wollen oder nicht, zur Spaltung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung oder anderer außerparlamentarischer Bewegungen führen müßte. Da aber das Ringen um Frieden und Demokratie, das Zusammengehen aller Demokraten, unabhängig von ihrer gesamtpolitischen und weltanschaulichen Auffassung, notwendig macht, müssen alle, die in der Kampagne mitwirken, immer wieder davon ausgehen, daß diese keine Partei oder Organisation, sondern eine, wie es Sprecher der Kampagne definierten, Sammlungsbewegung ist.

elan: Aber es trifft doch zu, daß der Ostermarsch-Aufruf nicht jedem in der Kampagne Mitwirkenden oder der Kampagne Unterstützenden in allen Fragen ausreicht?

K.H. Schröder: Zum Beispiel hätte ich es für richtig gehalten, nicht nur die „offensive politische Auseinandersetzung mit der NPD“, sondern darüberhinaus deren sofortige Auflösung zu fordern und nicht nur für die „Verhinderung jeder Anwendung der Notstandsgesetze“, sondern darüberhinaus für deren Aufhebung zu wirken und stärker die sozialen Folgen der Rüstungslasten darzustellen. Andere mögen andere Anmerkungen zu den Zielen der diesjährigen Osteraktionen haben. Aber niemand wird bestreiten können, daß sie Lebensfragen unseres Volkes betreffen, für dessen Sicherheit gemeinsames Handeln gegen den lebensgefährlichen Rüstungskurs heute notwendiger denn je ist. Denn eines steht fest: Werden Frieden und Demokratie nicht durch den gemeinsamen Kampf aller Demokraten gewährleistet, sind alle anderen Probleme der Zukunftsgestaltung in unserem Land, wie immer sie sich der Einzelne auch vorstellen mag, nicht lösbar.

Angesichts der komplizierten innen- und außenpolitischen Probleme und der widerspruchsvollen Entwicklung der ApO, vor die sich die Kampagne bei ihren nächsten Aktionen gestellt sieht, möchte ich aus meiner Sicht betonen, daß ein Grundprinzip politischen Zusammenwirkens sein muß, daß jeder Partner seine volle Entscheidungsfreiheit bewahrt und keiner versuchen darf, dem anderen seine Ansichten oder Entscheidungen aufzuzwingen. Die Hauptmethode, um ein gemeinsames Vorgehen zur Durchsetzung der realistischen Ziele der Kampagne zu erreichen, besteht nicht in der Schaffung von Vorbedingungen oder in Versuchen zur Umstrukturierung der Kampagne in eine gesamtpolitisch und weltanschaulich gebundene Organisation, sondern in der freien Diskussion, in der Respektierung gegenseitiger Standpunkte und in der gemeinsamen Erarbeitung der Ziele des politischen Kampfes der Sammlungsbewegung oder Bündnisbewegung, seiner Mittel und Methoden. Der neue Ostermarschaufruf kann eine Grundlage für die Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte sein. 1933 hat gezeigt, wie notwendig das Zusammenwirken der Demokraten gegen Rüstungs- und Rechtskurs ist. Die Erinnerung daran und der Blick auf den Rechtsruck in der Bundesrepublik machen deutlich, wie notwendig die Unterstützung der Kampagne durch alle ist, die Frieden und Demokratie wollen und die Entwicklung der Bundesrepublik zum autoritären Rüstungsstaat ablehnen.

elan — Magazin für junge Leute, Weltkreisverlags-G.m.b.H., 46 Dortmund, Brüderweg 16
Verantwortlich: Ulrich Sander, Dortmund.
Druck: Hosch GmbH, Frankfurt/Main.

DGB-Jugend:

Die DGB-Bundesjugendkonferenz begrüßt die politische Aufklärungsarbeit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung als einen wertvollen Beitrag zur politischen Willensbildung in der Bevölkerung. Sie sieht in den Ostermärschen einen möglichen Weg, durch das direkte Ansprechen der Öffentlichkeit in Form von Demonstrationen und Informationskundgebungen die Bevölkerung mit der Notwendigkeit zur Abrüstung und zum Kampf um die Erhaltung der Demokratie zu konfrontieren, und damit die politische Selbständigkeit zu fördern.

Gerade unter den Bedingungen einer weitgehend konformistischen und zum Monopol tendierenden Presse hat sich die Kampagne durch die Mobilisierung der Eigeninitiative des Bürgers große Verdienste erworben. Das hat sich besonders während der großen Demonstrationen und öffentlichen Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze, im Kampf gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, der Schaffung einer Abrüstungsbehörde und der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages gezeigt.

Aufgabe der DGB-Jugend wird es sein, gemeinsam mit der Kampagne für Demokratie und Abrüstung die enge Verbindung zwischen Rüstungspolitik und sozialer Demontage, zwischen Gesellschaftsordnung und Einschränkung der Demokratie durch Notstandsgesetze aufzuzeigen.

Die Jugendkonferenz fordert deshalb die jugendlichen Mitglieder im DGB, insbesondere in den Kreis- und Landesbezirks-Jugendausschüssen sowie im Bundesjugendausschuß beim Bundesvorstand des DGB auf, weiterhin verstärkt in den örtlichen und regionalen Ostermarschausschüssen mitzuarbeiten. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, seine Haltung zu revidieren und sich am Ostermarsch offiziell zu beteiligen. Außerdem wird der Bundesjugendausschuß aufgefordert zum 8. ordentlichen Bundeskongreß des DGB einen Antrag einzureichen, der eine publizistische und materielle Unterstützung der Kampagne für Demokratie und Abrüstung fordert.

7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Braunschweig, 22./23. November 1968

NFJ:

Für Sicherheit in Europa, für Abrüstung und Demokratie, gegen Notstandsgesetze, gegen den Krieg in Vietnam demonstrierten auch in diesem Jahr weit über 100.000 Menschen mit den Ostermärschen der Kampagne für Abrüstung. Trotz aller Verleumdungen und pessimistischen Prognosen hat sich diese Bewegung zu einer breiten außerparlamentarischen Opposition entwickelt. SPD-Funktionäre, Gewerkschafter, Schriftsteller, Wissenschaftler und Kirchenvertreter unterstützen die Kampagne. Keineswegs ist die Gefahr eines dritten Weltkrieges und damit die Vernichtung der

gesamten Menschheit durch Atomwaffen ausgeschlossen. Mit Nachdruck schickt man sich an, die demokratische Substanz unseres Grundgesetzes durch Notstandsgesetze abzubauen. In Vietnam sterben Tag für Tag Menschen in einem Krieg, dessen Ende nicht abzusehen ist.

Eindeutig vorbehaltlos setzt sich die internationale Naturfreunde-bewegung in ihren Zielen für Frieden in der Welt und für demokratische Prinzipien ein.

Die Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands begrüßt die in diesem Sinn geführten Bestrebungen und sieht in der Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner — eine der Möglichkeiten, für eine Politik der Vernunft aktiv und wirksam einzutreten.

10. Bundesjugendkonferenz der Naturfreundejugend Deutschlands, Heidelberg, 19. — 21. Mai 1967

SDAJ:

Die Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ) ruft ihre Mitglieder und alle arbeitenden jungen Menschen zur Vorbereitung und Unterstützung der von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung für den 29. und 30. März geplanten Osterdemonstrationen 1969 auf.

Mit demokratischen Organisationen und Persönlichkeiten — Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern, Künstlern — wird die SDAJ auf der Grundlage des Aufrufes zu den diesjährigen Osterdemonstrationen in den Ausschüssen der Kampagne auf allen Ebenen aktiv mitarbeiten und die antimilitaristischen und demokratischen Aktionen der Kampagne mittragen.

Besonders die arbeitende Jugend muß sich im Kampf für die Demokratie und den Frieden engagieren; sie ist den sozialen Verschlechterungen und dem mangelhaften, weil unzureichend finanziell geförderten und undemokratisch strukturierten Bildungswesen sowie der Einschränkung der Grundrechte im Gefolge der Rüstungspolitik am stärksten ausgesetzt. Wir begrüßen die Bereitschaft von Arbeiterjugendorganisationen, der Gewerkschaftsjugend des DGB und der Naturfreundejugend, in den Ausschüssen der Kampagne mitzuarbeiten und die Osterdemonstrationen zu unterstützen.

Weiterhin sind verstärkte Aktionen aller Demokraten und Sozialisten zur Veränderung der in Bonn betriebenen Politik dringend geboten. Das 50 Jahre alte Liebknecht-Wort ist besonders aktuell: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ Dieser Hauptfeind betreibt wie 1914 und 1939 Großmachtspolitik durch hemmungslose Aufrüstung, durch Pläne zur Restauration und Festigung des Kapitalismus in den Nachbarländern, durch Pläne zur Veränderung des territorialen Status quo, durch Förderung des Nationalismus und Neonazismus. Wer wie die Regierung der Großen Koalition im 20. Jahr des Bestehens beider deutscher Staaten die DDR und die Grenzen in Europa nicht anerkennen will, betreibt eine friedensgefährdende Politik.

Wir rufen auf zu den Osterdemonstrationen 1969.

Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ), Essen, 6. Januar 1969 gekürzt



BARBE